Nr. 2004 / 040

Kanton Basel-Landschaft

Regierungsrat

Vorlage an den Landrat

Amtsbericht 2003 des Regierungsrates

vom 3. Februar 2004

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	2
Finanz- und Kirchendirektion	3
Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion	16
Bau- und Umweltschutzdirektion	31
Justiz-, Polizei- und Militärdirektion	55
Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion	61
Antrag	74
Anhang 1: Anfragen aus dem Landrat und Aufträge des Landrates	75
Anhang 2: Initiativen (Stand der Bearbeitung)	101

Einleitung

1.1 Auftrag

Der Regierungsrat unterbreitet dem Landrat auftragsgemäss seinen Amtsbericht für das Jahr 2003. Gemäss § 67 Absatz 1 Buchstabe a der Kantonsverfassung genehmigt der Landrat die jährlichen Amtsberichte des Regierungsrates.

1.2 Andere Informationsquellen

In den früheren Amtsberichten des Regierungsrates waren sehr viele Informationen in Form von Zahlen, Statistiken usw. enthalten. Diese waren zwar interessant, für den Landrat als Oberaufsichtsinstanz der kantonalen Verwaltung aber oft wenig relevant.
Viele dieser Informationen sind auch im vorliegenden Amtsbericht 2003 nicht mehr aufgenommen worden. Sie sind aber zu einem grossen Teil in anderen Publikationen des Kantons zu finden, so zum Beispiel im Statistischen Jahrbuch oder in zahlreichen anderen von der Verwaltung herausgegebenen Publikationen. Viele interessante Informationen werden im Verlaufe des Jahres auch anlässlich von Medienkonferenzen und in Medienmitteilungen von Direktionen, Dienststellen und Ämtern verbreitet.
Seit einiger Zeit steht ein äusserst vielfältiges aktuelles Informationsangebot im Internet auf der Website des Kantons Basel-Landschaft (www.baselland.ch) zur Verfügung.

1.3 Übersicht

Der Vergleich mit dem Jahresprogramm 2003 zeigt, dass nicht alle der gesetzten Ziele und Absichten umgesetzt werden konnten. Es ist aber festzustellen, dass die meisten Vorhaben programmgemäss in Angriff genommen, weitergeführt oder abgeschlossen werden konnten. Verzögerungen haben sich vor allem in der Vorbereitung verschiedener Gesetzesvorlagen ergeben. Verschiebungen oder Sistierungen von Projekten sind häufig aus finanziellen Gründen (als Sparmassnahme) erfolgt.
Für die Details wird auf die folgenden direktionsweise gegliederten Rechenschaftsberichte hingewiesen. Der Amtsbericht 2003 ist erstmals federführend von der Finanz- und Kirchendirektion betreut worden, die sich bei den vier anderen Direktionen und der Landeskanzlei für die gute und speditive Zusammenarbeit bedankt.

1.4 Anhänge

Anhang 1 umfasst
- alle vom Regierungsrat im Jahr 2003 beantworteten Interpellationen sowie schriftlichen und mündlichen Anfragen,
- die vom Landrat abgeschriebenen Aufträge (Motionen und Postulate),
- die vom Regierungsrat erfüllten, vom Landrat aber noch nicht abgeschriebenen Aufträge,
- die vom Regierungsrat innert der gesetzlichen Frist noch nicht erfüllten Postulate und Motionen
  (Zu diesen Vorstössen unterbreitet der Regierungsrat dem Landrat eine separate Vorlage) und
- die vom Landrat nach dem 1. 1. 2003 überwiesenen Postulate und nach dem 1. 1. 2002 überwiesenen Motionen.

Anhang 2 gibt einen Überblick über den Stand der Bearbeitung der kantonalen Volksinitiativen.

2 FINANZ- UND KIRCHENDIREKTION (FKD)

Generelle Absichtserklärung

Die Aktivitäten der Finanz- und Kirchendirektion werden hauptsächlich darauf ausgerichtet sein, in der Staatsrechnung ein strukturelles Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben zu erreichen. Daneben wird es ihre Hauptaufgabe sein, die notwendigen Instrumente für eine wirkungsorientierte Verwaltungsführung bereit zu stellen bzw. zu optimieren.

Programmpunkt Nr. 2.01 **Finanz- und Rechnungswesen**

Übersicht
Abschluss der Einführung der Client Server-gestützten Rechnungswesen-Architektur. Weiterführen und Verbreiten der Verwaltungsreform (WoV).

Ziele		Massnahmen	Amtsbericht 2003
Verbesserung der Abläufe aus finanzrechtlicher Optik in der Haushaltsführung	2.01.02	Schulung zur Verbesserung des Umgangs mit der Buchhaltungssoftware	Im Bereich Finanzbuchhaltung wurden zwei Einführungskurse für neu eingetretene Mitarbeitende, sowie fünf Workshops für das Berichtswesen durchgeführt.
		Erarbeitung eines Konzeptes betr. Rechnungslegung und Weiterentwicklung des Buschor-Modells	Auf gesamtschweizerischer Ebene wurde ein Projekt zur Überarbeitung des Buschor-Modells gestartet. Die Ergebnisse aus diesen Arbeiten, welche nicht vor 2006 erwartet werden können, sollen abgewartet werden.
		Umsetzung des Konzepts zur Optimierung der Betriebsrechnung	Ein erster Entwurf eines Konzepts zur Optimierung der Betriebsrechnung liegt vor.
		Bedarfsweise Einführung der Anlagebuchhaltung	Die Einführung der Anlagebuchhaltung befindet sich erst in der konzeptionellen Phase. Mit Vertretern der BUD und dem Softwareanbieter Wilken (CS2) wurde die Anlagebuchhaltung beurteilt. Sofern die beschlossene Plafonierung der Informatikausgaben keine Auswirkungen auf dieses Projekt hat, nimmt ein Pilot 2004 den Betrieb auf.
		Weiterentwicklung der Archivierung der Rechnungsdaten (Pilotprojekt optische Archivierung von Eingangsrechnungen)	Nach diversen Anpassungen können zur Archivierung der Jahresabschlüsse die ersten Tests durchgeführt, sowie Masken, Abfragen etc. erstellt werden. Das Scanning der Fremdbelege im Rechnungswesen wird erst nach definitivem Abschluss des Teils ”Archivierung Jahresabschlüsse” an die Hand genommen.

		LRV 1995/83 betr. Einführung Neues Rechnungswesen Verpflichtungskredit: Fr. 8'500'000 Nettoausgaben bis Ende 2001: Fr. 5'756'213 Budget 2002: Fr. - Budget 2003: Fr. 300'000	
Intensivierung der Anwendung der Leistungsaufträge	2.01.03	Prüfung einer stufengerechten Ausgestaltung der Leistungsaufträge (Leistungsebene Verwaltung / Wirkungsebene Parlament). (vgl. FKD 2.11)	Wird in Zusammenarbeit mit der landrätlichen Spezial-kommission ”Parlament und Verwaltung” bearbeitet.
		LRV 1996 / 205 betr. Pilotversuch mit Leistungs-aufträgen. In den nachfolgenden Jahren wurde dem Landrat zusammen mit dem Budget jeweils eine Liste jener Dienststellen, die einen Leistungsauftrag erhalten haben, vorgelegt und die Ermächtigung zur Kreditverschiebung erlangt.	Alle Dienststellen haben einen Leistungsauftrag.
Breite Anwendung des Projektcontrollings	2.01.04	Anreicherung des Ausbildungsprogramms mit Projektcontrollingkursen	Die ursprünglich vorgesehene Integration des Projekt-controllings in die WoV-Kurse wurde als nicht sinnvoll erachtet. Das Projektcontrolling wird nun in separaten Kursen angeboten.

Programmpunkt Nr. 2.02 **Steuern**

Übersicht
Das übergeordnete Ziel für den Bereich Steuern ist die Konsolidierung und Integration der einjährigen Veranlagung in die betrieblichen Abläufe, so dass auch in den kommenden Jahren die qualitativen und quantitativen Vorgaben erreicht werden können. Zu diesem Zweck müssen das Qualitätsmanagement, die Kommunikation mit den Kunden und die technische Unterstützung der Veranlagung weiter verbessert werden. Ein Schwergewicht des Programmes 2003 bildet die erste Projektphase der beantragten Ablösung der Host-Programme durch ein integriertes EDV-System, das alle Steuerarten abdeckt.

Ziele		**Massnahmen**	**Amtsbericht 2003**
Weiterführung der Aktualisierung der kantonalen Steuergesetzgebung	2.02.02	Umsetzung der Steuergesetzrevision 2002 *(vorbehältlich der Zustimmung des Volkes, Vorlage Nr. 2002 / 085)* Vorbereitung einer Vorlage für die Revision der Familienbesteuerung	Die Vorlage zur Steuergesetzrevision 2002 hat das Volk abgelehnt. Die Wohneigentumsförderungs-Initiative und die Wohnkostengleichbehandlungs-Initiative wurden mit hoher Priorität bearbeitet und konnten bereits am 19. 10. 2003 dem Souverän vorgelegt werden; dieser hat die Initiativen angenommen. Aufgrund der Entwicklung der Bundesgesetzgebung werden die Vorarbeiten für die Revision der Familienbesteuerung erst im Jahr 2004 in Angriff genommen. Ein Zeitplan dazu liegt vor.

Umsetzung der einjährigen Veranlagungs-periode in der kantonalen Steuerverwaltung und in den Gemeindesteuerämtern	2.02.04	Call Center: Verbesserung und Ausbau des Betriebes *Das Call Center soll als Anlaufstelle für die gesamte Steuerverwaltung eingesetzt werden und zusätzliche Dienstleistungen übernehmen (Formularversand, E-Mail etc.). Ziele: Verbesserung der Erreichbarkeit, Reduktion der erfolglosen Anrufe (number of calls abandonned) ist nicht grösser als entsprechende Vergleichszahlen der Privatwirtschaft.*	Die Erreichbarkeit konnte mit den eingeleiteten Mass-nahmen erheblich verbessert werden und ist jetzt im Rahmen der gesetzten Ziele. Der Anteil der erfolglosen Anrufe hat sich im Vergleich zum Jahr 2002 halbiert. Die Organisation für das Call Center als Anlaufstelle der ganzen Steuerverwaltung ist erstellt. Die Umsetzung erfolgt im 1. Quartal 2004.
	2.02.06	Optimierung des Teilsystems «Automation»: Anpassung des Regelwerkes an die Vorperiode 2001, damit Verbesserung und Verfeinerung der Regeln und weiter verbesserte Veranlagungsunterstützung. *(Quantitative Ziele werden nach Durchführung einer ersten Auswertung mit der Veranlagung 2001B festgelegt).*	Das Teilsystem "Automation" hat die Umsetzung der einjährigen Veranlagung wirksam unterstützt. Die regelmässigen Vergleiche des Veranlagungsstandes zeigen für unseren Kanton wiederholt ein sehr vorteilhaftes Bild. Mit diesem Projekt konnten sowohl beim Arbeitsablauf als auch bei der Anzahl Veranlagungen pro Zeiteinheit Verbesserungen erzielt werden.
	2.02.07	Beantragung und Umsetzung von Massnahmen aufgrund der Erfahrungen mit der Veranlagung 2001B. Vertiefung der Ausbildung aufgrund der Auswertungen der Qualitätskontrolle. Überprüfung und evtl. Anpassung des Personaleinsatzes in den Veranlagungsabteilungen.	Mit dem Abschluss der Veranlagungsperiode 2003 ist die einjährige Veranlagung umgesetzt. Die Fachausbildung der Mitarbeitenden der Gemeindesteuerämter und der Steuerverwaltung wurde intensiviert und verbessert. Die Ausbildung für das Jahr 2004 ist geplant und ein entsprechendes Programm liegt vor. Trotz erheblichen Produktivitätssteigerungen bei den Unselbständig-erwerbenden (Veranlagung und Einsprachen: + 50 %) mussten die Abteilung Dienste und die Veranlagung personell verstärkt werden. In den Bereichen Ver-rechnungssteuer, Einsprachen und Nach- und Straf-steuer reichen die personellen Kapazitäten zur Bewältigung des mit der einjährigen Veranlagung stark zugenommenen Arbeitsanfalls noch nicht aus.
Neue Informatikanwendungen für die kantonale Steuerverwaltung	2.02.08	Beginn der Realisation des Projektes «Census» *Zielsetzungen 2003 gemäss separatem Projektplan*	Das Projekt verläuft sowohl bezüglich Arbeitsfortschritt als auch finanziell nach Plan (separate Berichterstattung an die Finanzkommission, Finanzkontrolle und den Projektsteuerungsausschuss).
		LRV 2002/153 betr. Realisation des Projekts «Census» Verpflichtungskredit: Fr. 11'300'000 Budget 2003: Fr. 3'500'000	
Verbesserung bei der Behandlung von Einsprachen	2.02.12 (neu)	Bessere Triage, vermehrte Standardisierung, Erledigung von Routinefällen durch die Veranlagungsmitarbeitenden *Ziel: Verkürzung der Bearbeitungsdauer*	Durch die erfolgreiche Umsetzung der beschriebenen Massnahmen und den vermehrten Einbezug der Veran-lagungsmitarbeitenden - auch der Gemeindesteuerämter

			- konnte die Zahl der erledigten Einsprachen bei gleichem Personalbestand um 50 % erhöht werden. Dies reicht jedoch nicht aus, um die Einsprachen, deren Anzahl im Vergleich zur zweijährigen Veranlagungsperiode um ca. 70 % pro Jahr zugenommen hat, zeitgerecht zu erledigen und gleichzeitig die Betreuung und Ausbildung der Mitarbeitenden der Gemeinden sicherzustellen

Programmpunkt Nr. 2.03 **Gemeinden / Asylwesen**

Übersicht
Weitere Verbesserung und Ausbau der Zusammenarbeit zwischen Kanton und Gemeinden im Steuerbereich.
Im Asylbereich steht mit der Koordinationsstelle für Asylbewerber eine flexible Organisation zur Verfügung, welche fähig ist, kurzfristig steigende Asylgesuche speditiv und korrekt zu verarbeiten. Der Zuteilung und Einsetzung der Mittel kommt vermehrt eine hohe Bedeutung zu. Das bestehende Controllingsystem wird laufend verfeinert. Die rasche und gezielte Information der Behörden und der Bevölkerung wie auch die Evaluation und Sicherstellung von Asylunterkünften hat dabei absolute Priorität.
Die vom Landrat *(und Volk)* beschlossene Gesetzesrevision des Finanzausgleichs muss umgesetzt werden.

Ziele		**Massnahmen**	Amtsbericht 2003
Steuern Optimierung der Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden	2.03.01	Verhandlung der neuen Veranlagungsentschädigung aufgrund der Erfahrungen mit der Veranlagung 2001B. Information der Gemeindesteuerämter und Vorbereitung der Schulung im Hinblick auf die geplante Einführung der integrierten Steuersoftware NEST und des gemeinsamen Steuerbezugs. Diskussion und Festlegung von Anpassungen der Aufgabenteilung bei der Bearbeitung der Einsprachen *(vgl. FKD 2.02.12)* Aufbau eines Intranets unter Einbezug der Gemeinde-steuerämter zur weiteren Verbesserung der Beratung und Unterstützung der Veranlagungsmitarbeitenden.	Ist im November 2003 erledigt worden. Die Information erfolgte mit zwei Ausgaben der "Census-Zytig", zwei Informationsbriefen an die Gemeindeverwaltungen und an einer Tagung mit den Leitungen der Gemeindesteuerämter. Vgl. FKD 2.02.12 Der Zugriff auf das Intranet der Steuerverwaltung wäre für alle selbstveranlagenden Gemeinden nur mit hohem Aufwand realisierbar, weshalb Alternativen überprüft werden.
Finanzausgleich Sicherstellung der Finanzausstattung der Gemeinden	2.03.04	Umsetzung der Revision des Finanzausgleichs	Das Finanzausgleichsgesetz ist per 1. 8. 2003 in Kraft getreten. Die technische Umsetzung ging ohne Probleme vor sich.

Asylwesen Organisation und Koordination des Asylwesens und Unterstützung der freiwilligen Rückkehr von Personen im Bereich Asylrecht/Flüchtlinge	2.03.05	Fachgerechte Beratung der Gemeinden und der Betroffenen und Sicherstellen des Informationsflusses zwischen Bund, Kanton und Gemeinden	Grundlage der Zusammenarbeit bilden das ”Handbuch Asyl” (steht im Internet zur Verfügung) und die Kantonale Asylverordnung. Die Haupttätigkeit im ”schulischen Bereich” bestand aufgrund entsprechender Bedürfnisse in speziellen Einzelschulungen in den Gemeinden. Als Einführung oder ”brush up” wurde zusätzlich eine Gesamtveranstaltung für Behördenmitglieder durchgeführt.
	2.03.06	Überwachung der Kosten und Vergütungssätze des Bundes. Steuerung der Finanzierung im Kanton und in den Gemeinden	Mit allen Gemeinden wurden Quartalsabrechnungen erstellt. Das System ermöglicht jederzeit die Übersicht über die finanziellen Verpflichtungen. Jeweils Mitte des Vorjahres stellt sich heraus, ob die Tarifstruktur angepasst werden muss, was für 2004 wiederum nicht der Fall ist. Mittels Überprüfungen in den Gemeinden wird die Einhaltung der entsprechenden Grundlagen sichergestellt.
Neues Durchgangszentrum Baselland	2.03.08 (neu)	Evaluierung eines neuen Standortes mit dem Ziel der Inbetriebnahme bis spätestens im Jahre 2004	Nach dem positiven Grundsatzentscheid des Einwohnerrates Pratteln konnte die Evaluierung eines neuen Standortes in Zusammenarbeit mit den Behörden planmässig vorangetrieben werden. Der Regierungsrat hat im Februar 2003 die BUD mit der Projektierung beauftragt und die Baukreditvorlage an den Landrat überwiesen (LRV 2003 / 177). In Pratteln wurde nach einer Informationsveranstaltung für die Bevölkerung das Mitwirkungsverfahren eröffnet. Der Einwohnerrat Pratteln wird das Geschäft im 1. Quartal 2004 behandeln.

Programmpunkt Nr. 2.04 **Statistik**

Übersicht
Für die geordnete Führung der notwendigen kantonalen und anderen Statistiken werden die erforderlichen gesetzlichen Grundlagen geschaffen.
Die Führungsinstrumente des Regierungsrates werden mit einer einheitlichen Personalstatistik und dem Aufbau einer Sozialhilfestatistik verbessert. Für den Wirtschaftsbericht 2003 wird eine neuen Datengrundlage mit dem Statistischen Amt des Kantons Basel-Stadt erarbeitet.

Ziele		Massnahmen	Amtsbericht 2003
Volkszählung 2000	2.04.01	Bereitstellung und Veröffentlichung der wichtigsten Ergebnisse der Volkszählung 2000 für den Kanton und teilweise für die Wirtschaftsregion Nordwestschweiz.	Die wichtigsten Ergebnisse sind im Statistischen Jahrbuch veröffentlicht. Weiter stehen Daten für den Wirtschaftsraum Nordwestschweiz in der Publikation "Nordwestschweiz, Zahlen, Daten, Fakten" zur Verfügung. Die Gemeinden werden mit einem Flyer bedient, sobald die letzten Ergebnisse des Bundes vorliegen.
Geordnete Führung der kantonalen und Bundesstatistiken	2.04.02	Schaffung der notwendigen rechtlichen Grundlagen. Vorlage an den Landrat	Der Entwurf zu einem kantonalen Statistikgesetz liegt vor und wird für die Vernehmlassung vorbereitet.
Verbesserung der Datengrundlage in den Gemeinden	2.04.03	Förderung der Harmonisierung der Einwohnerregister in den Gemeinden durch die Einführung einheitlicher Standards.	Mit der Revision der Bevölkerungsstatistik wurde eine für alle Gemeinden gültige Datenschnittstelle geschaffen. Es besteht ein verbreitetes Bedürfnis für den elektronischen Datenaustausch. Eine von der Regierung eingesetzte Arbeitsgruppe klärt die Voraussetzungen für die Schaffung einer kantonalen Personendatenbank ab.
Konzeption einer kantonalen Gebäudedatenbank	2.04.05 (neu)	Konzipierung einer Gebäudedatenbank im Rahmen des kantonalen GIS-Projektes und des eidg. Gebäude- und Wohnungsregister. *Ziel ist die Vereinfachung des Datenaustauschs für die Gemeinden und den Kanton.*	Der Regierungsrat hat der Schaffung einer zentralen Gebäudedatenbank zugestimmt. Die regelmässige Nachführung der Gebäudedaten erfolgt ab zweitem Halbjahr 2004.

Programmpunkt Nr. 2.05 **Personalwesen**

Übersicht
Schwerpunkt ist die Konsolidierung der Umsetzung der Personalrechtsreform und Umsetzung der Ziele der WoV mit Hilfe eines aussagekräftigen Personal-Controllings. Ein unternehmerisches, neu konzipiertes Mitarbeiter/innen-Gespräch wird bei allen Dienststellen (mit Ausnahme für die Lehrpersonen) sukzessive eingeführt.

Ziele		Massnahmen	Amtsbericht 2003
Personalrecht Aufbau eines aussagekräftigen Personalcontrollings	2.05.01	Bereitstellen und Nutzen der erforderlichen Kennzahlen Koordination mit den Erhebungen des Bundes (Bildungsstatistik, Gesundheitsstatistik) Permanente Lohnvergleiche Aufbau Forum «Recht» Präventive Schulungen mit Schwergewicht Mitarbeitende der Gemeinden	Der Aufbau ist seit Mitte Jahr eingeleitet. Im Bereich Spitäler sind die Arbeiten soweit als möglich abgeschlossen. Die Realisierung der Schnittstelle für die Daten der Verwaltung und Schulen hat sich verzögert und wird im Laufe des Jahres 2004 vorgenommen. Lohnvergleiche wurden mit den Nachbarkantonen und der Privatwirtschaft durchgeführt. Der Aufbau eines Forums "Recht" kam wegen mangelnder Personalressourcen im PA (Wechsel im Bereich Personalrecht) nicht zustande. Die Schulungen wurden entsprechend der Publikation im Kursprogramm durchgeführt (2 Kurse für Mitarbeitende der Gemeinden).
Lohnwesen Einheitliche Leistungshonorierung	2.05.01	Umsetzen und Kontrolle der Richtlinien (Promotionssystem; ES-Anhaltung und/oder Beschleunigung; Prämien) Pflege des Systems zur Leistungshonorierung Lohncontrolling (interne Lohnvergleiche)	Die Richtlinien wurden publiziert und als Pilotversuch zusammen mit den Mitgliedern der Konferenz der Generalsekretäre umgesetzt. do. Interne Lohnvergleiche wurden wie vorgesehen punktuell durchgeführt.
	2.05.02	Publikation «Leitlinien Personalpolitik»; Verabschiedung durch RR oder FKD	Aufgrund der posteriorisiert und priorisiert durchgeführten Geschäftsbearbeitung konnte dieses Geschäft nicht erledigt werden.
Personalentwicklung Konsolidieren des einheitlichen Mitarbeiter/innen-Gespräches (MAG)	2.05.02	Umsetzung des teilrevidierten MAG bei den Anstellungsbehörden Schulung des teilrevidierten MAG in Verbindung mit WoV (Zielvereinbarung, Controlling Zielerreichung) Aufbau eines Controllings über die periodische Durchführung des MAG mittels HR-Access-Tool	Die Umsetzung ist erfolgt. Die Schulung ist erfolgt. Konnte bis anhin aufgrund anderer Prioritäten nicht realisiert werden.
Personalmarketing	2.05.02	Nutzung des HR-Access bei der Koordination der Personalanforderung und der Bewerberverwaltung Nutzung des E-Books bei der einheitlichen Koordination der Inseritegestaltung in der kantonalen Verwaltung Inhalte der Inserate der Spitäler koordinieren Flächendeckende Anwendung des Austrittsgespräches / Auswertungsblatt bei allen Anstellungsbehörden, inkl. Gerichte und Spitäler	Die Gesamtauswertung hängt von der Realisierung der Datenschnittstelle (vgl. Punkt 2.05.01) ab. Nicht erfolgt, da die Administration des Inseratewesens gesamthaft einer Prüfung unterzogen wird. Die Publikation des Fragebogens ist erfolgt. Die Auswertungen erfolgten laufend. Das IT – Tool konnte erfolgreich eingeführt werden.

Optimale Abwicklung des zentralen Personalwesens	2.05.05	Prüfung der Einführung weiterer Module des HR-Access, Ausbildungsverwaltung und Presento Umsetzen des Release-Wechsels für die Personal- und Lohnadministrations-Software im Zusammenhang mit der Revision der Statuten der BLPK. Prozessoptimierung und Schulung mit den dezentralen Personalverantwortlichen. Weitere Optimierung der Controllingprozesse	Die Anforderungen für einen Stellenplan und weitere Controllinginstrumente werden im Rahmen des sich in Erarbeitung befindenden Personalcontrolling-Konzepts überarbeitet. Die Statutenrevision der BLPK hat sich um ein Jahr verschoben. Mittels Publikation des Personalhandbuches (in Form einer CD), das umfassend über die Anwendung des Personalrechts Auskunft gibt, konnte diese Massnahme erfüllt werden. Der Aufbau des qualitativen Personalcontrollings wurde Mitte 2003 an die Hand genommen.
Weiterentwicklung des Ausbildungscontrollings	2.05.16 (neu)	Konzipieren eines neuen Feedbackbogens Controlling und Auswertung der Rückmeldungen von Teilnehmenden, Referentinnen und Referenten und Vorgesetzten	Die Fragebogen sind erstellt und erfolgreich eingeführt. Erfolgt.
Umsetzung neues Konzept Führungsseminare 1 + 2	2.05.17 (neu)	Umsetzung des neuen Konzeptes; ergänzende Kursangebote für Führungskräfte im Fachbereich WoV (Schulung und Instruktion der Referentinnen und Referenten unter Beizug der WoV-Projektleitung; Einführen des neuen «2 Phasen» Beurteilungsbogens für die Führungsseminare 1 + 2)	Erfolgreich eingeführt. Erfolgt.
Ergebnisorientierte Promotion des Insights	2.05.18 (neu)	Implementieren des Instrumentes bei den Anstellungsbehörden für den Einsatz bei Re- / Umstrukturierungen und Rekrutierungen «Upgrade» des bestehenden Systems	Erfolgt. Erfolgt.

Programmpunkt Nr. 2.06 **Gleichstellung von Frau und Mann**

Übersicht : Sicherung des Erreichten und erneute Schwerpunktsetzung

Ziele		Massnahmen	Amtsbericht 2003
Erreichen eines Spitzenplatzes bezüglich der Gleichstellung von Frau und Mann	2.06.01	Evaluation der Schwerpunkte des Regierungsprogramms 1999 - 2003 und Entwicklung neuer Massnahmen	Eine externe Evaluation der Gleichstellungsarbeit in den Bereichen Bekämpfung der häuslichen Gewalt, Bildung und Berufsbildung, Vereinbarkeit von Beruf und Familie weist eine gute Zielerreichung vor allem derjenigen Mass-nahmen aus, die von der Fachstelle für Gleichstellung (FfG) eng begleitet wurden.
	2.06.02	Erhöhung des Frauenanteils in allen (insb. leitenden) Funktionen und Kommissionen – Transfer der Ergebnisse des Projekts «Schaffung zusätzlicher qualifizierter Teilzeitstellen für beide Geschlechter» – Unterstützung von Kandidatinnen der LR- und RR-Wahlen 2003, Sensibilisierung der Wählerschaft	Die Datenlage ermöglichte bis anhin keine zuverlässigen Aussagen über die Langzeitentwicklung. Alle Direktionen sind bis auf Dienststellenleitungsebene informiert über konkrete Formen und Instrumente zur Schaffung von Teilzeitstellen in Kaderfunktionen. Die Erfahrungen im Umgang mit qualifizierter Teilzeit wurden erhoben und werden derzeit ausgewertet.
Aus- und Weiterbildung	2.06.03	Nachhaltige Unterstützung der geschlechtergerechten Integrationsbildung von Migrantinnen und Migranten	Ein Lehrmittel zur Bildungsmotivation steht vor der Drucklegung.
Erweiterung des Berufswahlspektrums von Mädchen und Frauen	2.06.04	Öffentlichkeitswirksame Auswertung und nachhaltige Verankerung der Projektergebnisse von 16+ sowie Lehrstellenbeschluss 2 (Lehrstellenförderung) und Begleitung der weiterlaufenden Projekte	An einer Tagung unter Bildungsverantwortlichen wurden die Ergebnisse breit diskutiert. Verankert wurde der Chancengleichheitsauftrag im Leitbild des Amtes für Berufsbildung und Berufsberatung.
Vereinbarkeit von Familie und Beruf für alle	2.06.06	Gleichstellungsfördernde Umsetzung des Wirtschaftsimpulsprogramms «Familie und Beruf» und eines Gesamtkonzepts für die familienergänzende Kinderbetreuung (vgl. VSD 3.03.04 und EKD 6.01.05)	Begleitmassnahmen sehen gleichstellungsfördernde Angebote für Mütter, Wiedereinsteigerinnen und Väter sowie für Unternehmen vor. Ein Gesamtkonzept der Fachstelle für Familienfragen liegt im Entwurf vor.
Gleichstellungsgesetz und Schutz der sexuellen Integrität	2.06.11	Sensibilisierung und Schulung von Vertrauenspersonen, Führungskräften und Schulen	Die FfG führte für Führungs- und Vertrauenspersonen sowie für externe Personalverantwortliche, Betriebe und Schulleitungen 12 gleichstellungsrelevante Weiter-bildungen durch.
Einführung der Gleichstellungsperspektive (Gender Mainstreaming) in ausgewählten Bereichen	2.06.12 (neu)	Sensibilisierung für Gender Mainstreaming (Gleichstellungsperspektive in allen Prozessen), Schulung und probeweise Übernahme eines Gleichstellungscontrollings im Personalbereich und im Submissionswesen.	Wurde zu Gunsten der Evaluation (2.06.01) zurück-gestellt.

Programmpunkt Nr. 2.07 **Informatik**

Übersicht
Die Informatik wird zur Unterstützung der Verwaltungstätigkeit in der gesamten Kantonsverwaltung zweckmässig ausgebaut.

Ziele		**Massnahmen**	**Amtsbericht 2003**
Laufende Anpassung des Dienstleistungsangebots des Zentralen Informatikdienstes an die Bedürfnisse der Verwaltung	2.07.03	Erweiterte Dienstleistungsangebote des ZID an Gemeinden und verwaltungsnahe Betriebe, insbesondere im Bereich E-Mail und Internet.	Die Dienstleistungsangebote werden den Bedürfnissen laufend angepasst. So wurden beispielsweise viele Anschlüsse der Gemeinden an das Kantonsnetz verstärkt. Dieser Bedarf ist auf die zunehmende Nutzung von Email und Internet sowie der neu zur Verfügung stehenden GIS –Daten zurückzuführen.
	2.07.04	Die Realisierung des neuen multimediatauglichen Kantonsnetzes erfolgt bis Ende 2003.	Die Realisierung ist abgeschlossen.
		LRV 2001/150; Verpflichtungskredit LRB 1208/2001; Total (Konto 2100 506.50.004) Fr. 4'691'000 Per Ende 2001 verbraucht: Fr. 12'589‘000 Budget 2002: Fr. 1'600'000 Budget 2003: Fr. 3'000'000	
	2.07.05	Bevorzugter Einsatz der Internettechnik und Erweiterung des Internetangebots. *Der Schwerpunkt im Bereich E-Government ist der Ausbau des Angebots nach Lebenslagen (-> Mitwirkung im Projekt Guichet virtuel des Bundes). Dabei steht die Ebene Information und Kommunikation im Vordergrund, die wirtschaftlich das grösste Kosten/Nutzen Potential aufweist. Weiter wird im Transaktionsbereich mit den Ausländerbewilligungen (KIGA) ein so genannter Archetype als Pilotprozess realisiert, der als Normprozess für mögliche weitere Anwendungen (ab 2003) dient.*	Das KIGA-Projekt konnte äusserst erfolgreich abgeschlossen werden, beim Guichet virtuel handelt es sich um ein mehrjähriges Projekt. siehe www.auslaederbewilligung.ch
	2.07.06 (neu)	Beginn der Ablösung des heutigen PC und Server Betriebssystems auf die Nachfolgeversion.	Die Einführung des Windows XP ist erfolgreich angelaufen.

Programmpunkt Nr. 2.08 **Sozialhilfe**

Übersicht
Die Sozialhilfestatistik gewinnt zunehmend an Wichtigkeit, lässt Ursachen der Sozialhilfeabhängigkeit erkennen und dient auch gleichzeitig als Führungsinstrument für das Sozialamt und die Gemeinden. Die im neuen Sozialhilfegesetz auf Zeit verankerte neue Aufgabe bedarf einer eingehenden Prüfung mit Ergebnisanalyse. Die Inter-institutionelle Zusammenarbeit hat zum Ziel, die Kooperation untereinander zu vereinfachen.

Ziele		Massnahmen	Amtsbericht 2003
Verbesserte Transparenz für präventive Massnahmen im Sozialbereich	2.08.03	Langfristiger Abschluss einer Leistungsvereinbarung mit dem Bund, welcher derzeit eine schweizerische Sozialhilfestatistik aufbaut.	Mit der Einführung der neuen EDV-Lösung im Sozialamt wird derzeit eine Schnittstelle mit dem Bund getestet.
	2.08.08	Verfeinerung der Sozialhilfestatistik. Auswertung und Publikation von statistischen Daten und Zahlen 2002 über die Entwicklung auf dem Gebiet der Sozialhilfe.	Die Einführung eines neuen EDV-Systems sowie das Abgleichen und Einbinden neuer Datenbestände führten zu einer etwas verzögerten Veröffentlichung der Sozial-hilfestatistik. Gleichzeitig beinhaltet sie aber auch zusätzliche Informationen. Eine weitere Verfeinerung der Datenstruktur ist auch für die Zukunft geplant.
Evaluation über die Eingliederung unterstützungsberechtigter Personen umsetzen	2.08.10	Praktische Umsetzung der neuen Komponente «Eingliederung unterstützungsberechtigter Personen» und Überprüfung der Wirksamkeit gemäss Auftrag von § 52 Sozialhilfegesetz	Die Administration und Kommunikation zwischen dem Kanton und den Gemeinden funktioniert gut. Die Gesuche werden innert Tagen geprüft und abschliessend bearbeitet. Die Auszahlung der Gemeindeanteile erfolgt quartalsweise gegen Rechnung. Die Wirksamkeits-prüfung wird in einem ausführlichen Bericht per Ende 2003 zusammengefasst.
Interinstitutionelle Zusammenarbeit (IIZ)	2.08.11 (neu)	Erarbeitung möglicher Massnahmen zur verbesserten Kooperation / Koordination mit Vertretern von KIGA, IV, Berufsberatung und Sozialamt	Im Berichtsjahr hat sich die Arbeitsgruppe "Koordina-tionsstelle IIZ" im Wesentlichen mit datenschutz-rechtlichen Problemen auseinandergesetzt. Zu Beginn des Jahres 2004 werden die ersten Pilotversuche in den Gemeinden Binningen, Oberwil und Tecknau gestartet.

Programmpunkt Nr. 2.09 **Luftverkehr**

Übersicht
Die Entwicklung des Landesflughafens «EuroAirport Basel-Mulhouse-Freiburg» soll entsprechend den Anforderungen des Wirtschaftsstandorts und Lebensraums Nordwest-schweiz resp. Oberrhein gefördert werden.

Ziele		Massnahmen	Amtsbericht 2003
Ausbau des Flughafens entsprechend den Anforderungen des Wirtschaftsstandorts	2.09.01	Umsetzung der vom Volk beschlossenen Mitfinanzierung des Ausbaus und Vollzug der damit verbundenen Auflagen	Die beiden Kanton Basel-Landschaft und Basel-Stadt haben eine dritte Tranche von 4.47 Millionen Franken ausbezahlt, nachdem die anteilsmässige Erfüllung der Auflagen geprüft worden ist.
Unterstützung bei der Wahrnehmung und Umsetzung berechtigter Umweltanliegen	2.09.02	Entsprechende Mitwirkung der Delegierten des Kantons Basel-Landschaft, insbesondere Vertretung der vom Landrat beschlossenen Auflagen im Verwaltungsrat des Flughafens	Seit dem 1. 1. 2003 gelten schadstoffabhängige Lande-gebühren. Zudem wurde im September ein Ministerialerlass unterzeichnet, welcher die Sanktionierung von Verfehlungen gegen das Betriebsreglement erlaubt.

Programmpunkt Nr. 2.10 **Gesetzgebung**

Übersicht
Die lückenhaften Regelungen über das Zusammenwirken von Gemeinden sind im Rahmen einer Revision des Gemeindegesetzes zu vervollständigen.

Ziele		Massnahmen	Amtsbericht 2003
Aktualisierung der Gesetzgebung betr. Kantonalbank	2.10.10	Vorlage an den Landrat im 1. Quartal 2003	Erledigt mit LRV 2003 / 228.
Regelungen über das Zusammenwirken von Gemeinden	2.10.13 (neu)	Teilrevision des Gemeindegesetzes; Vorlage an den Landrat im 3. Quartal 2003	Erledigt mit LRV 2003 / 084.

Programmpunkt Nr. 2.11 **Wirkungsorientierte Verwaltungsführung**

Übersicht
Koordination der Verwaltungsreform (Wirkungsorientierte Verwaltungsführung WoV). Erarbeitung von Richtlinien und Ergänzung des Instrumentariums.

Ziele		Massnahmen	Amtsbericht 2003
Schaffen der Grundlagen für die Umsetzung des Gesamtprojekts «Wirkungsorientierte Verwaltungsführung»	2.11.01	Schrittweise Umsetzung der von der neuen Projekt-leitung WoV ausgearbeiteten und vom Regierungsrat genehmigten Strategie in Zusammenarbeit mit dem WoV-Ausschuss FIK-GPK.	WoV wird in Zusammenarbeit mit der neuen landrätlichen Spezialkommission ”Parlament und Verwaltung” weiter-bearbeitet.

		(LRB 2000 / 075 betr. Wirkungsorientierte Verwaltungsführung: Der WoV-Ausschuss FIK-GPK wird als parlamentarischer Ansprechpartner für die WoV-Projektleitung bestimmt).	Parlamentarischer Ansprechpartner für die WoV-Projektleitung ist neu die landrätliche Spezialkommission ”Parlament und Verwaltung”.

Programmpunkt Nr. 2.12 **Subventionswesen**

Übersicht
Einführung und Anwendung einer dezentralen Datenbank für Subventionen

Ziele		**Massnahmen**	**Amtsbericht 2003**
Sicherstellung eines wirkungsorientierten Subventionscontrollings	2.12.03	Ein erster Subventionsbericht soll bis Mitte 2003 vorliegen.	Aufgrund anderer Prioritäten konnte der Bericht nicht erstellt werden. Ein Prototyp der Datenbank ist realisiert. Ein erster Subventionsbericht soll Ende 2004 vorliegen.
		Grundlage: Schlussbericht der Arbeitsgruppe Subventionswesen (GPK/FIK) über das kantonale Subventions- und Beitragswesen vom 1. März 2001	

Programmpunkt Nr. 2.14 **Familienfragen**

Übersicht
Neu wird eine Koordinationsstelle für Familienfragen eingerichtet mit dem Ziel, eine moderne Familienpolitik im Kanton umzusetzen.

Ziele		**Massnahmen**	**Amtsbericht 2003**
Einrichten einer Koordinations- und Anlaufstelle für Familienfragen	2.14.01 (neu)	Schaffung einer Anlauf- und Auskunftsstelle und Bewirtschaftung für Parlament, Regierung, öffentliche und private Stellen	Die Fachstelle für Familienfragen hat ihre Arbeit im Februar 2003 aufgenommen. Das Gesamtkonzept "Familienfragen Basel-Landschaft" liegt vor und befindet sich intern im Vernehmlassungsverfahren. Das Konzept für die Administration und den Aufbau der Fachdokumentation wurde erstellt und umgesetzt.

3 VOLKSWIRTSCHAFTS- UND SANITÄTSDIREKTION (VSD)

Generelle Absichtserklärung

Die Qualität der erbrachten Leistung hat für die drei Baselbieter Kantonsspitäler und die Kantonalen Psychiatrischen Dienste oberste Priorität. Im medizinischen Bereich heisst dies, dass der Bevölkerung in unseren vier kantonalen Institutionen eine effiziente und moderne stationäre und ambulante Betreuung anzubieten ist, die mit der medizinisch-technischen Entwicklung angemessen Schritt hält. Es gilt, den erreichten hohen Standard zu halten und die baulichen und technischen Infrastrukturen unserer Spitäler an die aktuellen Bedürfnisse anzupassen und wo nötig zu erneuern und zu ergänzen. Die laufende gemeinsame Spitalplanung Basel-Stadt und Basel-Landschaft soll wesentlich dazu beitragen, unsere qualitativ hochstehende Gesundheitsversorgung aufrecht zu erhalten, diese aber so kostengünstig und effizient wie möglich zu gestalten.
Im Bereich Volkswirtschaft geht es darum, die insgesamt hohe Standortqualität des Kantons weiter zu fördern und erkannte Schwachstellen gezielt anzugehen. Konkrete Massnahmen hierzu werden umgesetzt im Rahmen des laufenden Impulsprogrammes Familie und Beruf, durch eine Professionalisierung der kantonalen Tourismusförderung und die Neuschaffung und Neupositionierung der Funktion eines kantonalen Wirtschaftsdelegierten.

Programmpunkt Nr. 3.01 **Gesundheitswesen**

Nachdem die Teilrevision des Spitalgesetzes 2002 abgeschlossen wurde, wird das Gesundheitsgesetz im Landrat zu beraten sein, ebenso ein neues Gesetz über die Betreuung und Pflege im Alter. Nach Abschluss des Vorprojektes «Reorganisation der Berufsbildung im Gesundheitswesen der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft» wird im Kanton Basel-Landschaft die Planung der «Berufsfachschule Gesundheit» an die Hand genommen werden und im Kanton Basel-Stadt die Planung der «Höheren Fachschule Gesundheit». Die Positionierung der Kantonsspitäler und der Kantonalen Psychiatrischen Dienste als Leistungserbringer auf dem kostenmässig stark unter Druck stehenden Gesundheitsmarkt ist zu stärken, die gemeinsame Spitalplanung mit Basel-Stadt durchzuführen. Die Einflüsse der zweiten Teilrevision des Krankenversicherungsgesetzes auf das Gesundheitsversorgungssystem des Kantons und der Region werden bei allen Überlegungen zu beurteilen und zu berücksichtigen sein. Die stetig ansteigenden Prämien in der Krankenversicherung können durch den Kanton wenig beeinflusst werden: massvollen Spitaltaxerhöhungen bei kürzeren Aufenthaltszeiten stehen kostentreibende Mengenausweitungen in allen anderen Leistungsbereichen gegenüber.

Ziele		Massnahmen	Amtsbericht 2003
Behandlung / Betreuung			
Erfüllung der vom Krankenversicherungsgesetz geforderten Qualitätssicherungsbedingungen, Angebotsoptimierung	3.01.01	Kantonsspital Bruderholz: Fortgesetzte Prozessoptimierung, Durchführung von ausgewählten Qualitätsprojekten in allen Bereichen unter Berücksichtigung der Ergebnisse der systematischen Erfassung der Patientenzufriedenheit.	In den Therapien wurden Behandlungspfade und Soll-Standards in der Behandlung definiert; zudem wird ein neues EDV-basiertes Planungstool eingesetzt für eine optimale Terminvergabe und Ressourceneinsatzplanung. Generell wurden die Resultate der Patientenbefragung in den Teilbereichen, insbesondere den Pflegestationen, analysiert, und es wurden Massnahmen in Gang gesetzt unter anderem bezüglich der Patientenverpflegung.

	3.01.35 (neu)	Kantonsspital Bruderholz: Erhalt von Ertragsvolumen und –struktur und Aufrechterhaltung der Patientenzufriedenheit bei hoher Bettenauslastung und Erfüllung des Leistungsauftrages trotz dringlichem, weiter aufgeschobenem umfassendem Sanierungs- und baulichem Anpassungsbedarf des 30-jährigen Spitals.	Die Bettenauslastung beträgt hohe 90,7 %. Der Anteil der Zusatzversicherten konnte bei 28,7 % (Vorjahr: 30,1 %) gehalten werden. Das Problem der ungenügenden Parkplatzkapazität wurde im Dezember dank der Realisierung von 116 zusätzlichen Parkplätzen gelöst.
	3.01.31	Kantonsspital Liestal: Differenzierung als interdisziplinäres Behandlungs-zentrum für Patientinnen/Patienten (Änderung der innerbetrieblichen Untersuchungs- und Behandlungs-abläufe). Nachdem einerseits erfolgreich die interdisziplinär geführten Sprechstunden und Behandlungen in der plastischen Chirurgie mit dem Kantonsspital Basel und andererseits KSL-intern in der Angiologie (Radiologische, Chirurgische und Medizinische Klinik) abgeschlossen sind, wird 2003 das Projekt Ernährungs- und Stoffwechselkrankheiten (involvierte Stellen: Ernährungsberatung, Gastroenterologie und Chirurgische Klinik) gestartet. Dabei werden neue organisatorische und personelle Strukturen verfolgt. Finanzielle Auswirkungen auf das Budget 2003 sind nicht zu erwarten.	Die Ernährungsberatung hat 2003 relevante Themen als Projekte ausgewählt und diese im Laufe des Jahres bearbeitet. Somit konnte die erste Phase der Projektdefinition und Projekterarbeitung 2003 abgeschlossen werden. Im Jahre 2004 steht die praktische Umsetzung an.
Infrastruktur			
Modernisierung und Anpassung der baulichen Gegebenheiten in den Spitälern an den medizinischen Fortschritt und an neue Bedürfnisse. Modernisierung und Anpassung der baulichen Gegebenheiten in den Bereichen Kantonales Laboratorium und Berufsschule für Pflege.	3.01.07	Realisierung des Projektes Sanierung, Um- und Ausbau Haus 5 inkl. Neubau Werkstatt- und Bürogebäude in der Psychiatrischen Klinik. (Siehe Programmpunkt 4.03.01 BUD)	Die Bauarbeiten wurden aufgenommen.
	3.01.08	Kantonsspital Bruderholz: Konkretisierte Planung für KSB 2000 plus (zusammen mit Hochbauamt), unter Berücksichtigung des Standortentscheides UKBB und der Ergebnisse der gemeinsamen Spitalplanung mit Basel-Stadt.	Die Konkretisierung der Planung von KSB 2000 plus wurde im Zusammenhang mit der Bedarfsplanung betreffend stationäre Gesundheitsversorgung im Kanton Basel-Landschaft zurückgestellt. Die Bedarfsplanung hat bestätigt, dass die Kapazität des Kantonsspitals Bruderholz auch in Zukunft gebraucht wird (siehe dazu auch LR-Vorlage 2003 / 269 ”Strategiebericht Spitalversorgung Basel-Landschaft (Hausaufgaben BL)”.

			Das Projekt ”Erneuerung KSB” wird in der Legislatur 2004 bis 2007 neu aufgegleist.
	3.01.32	Kantonsspital Bruderholz: Schrittweise Realisierung eines neuen, digitalen PACS (Patienten-, Archiv- und Communications-Systems) sowie eines neuen Klinik-Informations-Systems. Budget 2003: Jahrestranche Fr. 1'630'000.–	Das Projekt wurde erfolgreich durchgeführt und abgeschlossen. Die angestrebte Verbesserung der Abläufe wurde realisiert. Die beiden grossen somatischen Spitäler Kantonsspital Liestal und Kantonsspital Bruderholz sind bezüglich digitaler Bildverarbeitung und -verwaltung schweizweit vorne positioniert.
	3.01.36 (neu)	Kantonsspital Liestal: Ersatzanschaffung des Narkosegeräteparks inklusive Monitoring und Patientendatenmanagement-System. (Der vorhandene Narkosegerätepark für die 8 Operationssäle mit den dazugehörenden Vorbereitungs-räumen und den 3 Aussenstationen ist in den einzelnen Komponenten zwischen 10 und 17 Jahre alt und entspricht teilweise nicht mehr den gesetzlichen Vorschriften und aktuellen Bedürfnissen). Budget 2003: 2. Jahrestranche Fr. 1'220'000.– Die Realisierungsphasen 1 und 2 (2002 / 2003) sind damit abgeschlossen.	Der ab Herbst 2002 in Betrieb genommene Ersatz beim Narkosegerätepark inklusive Monitoring funktioniert zur besten Zufriedenheit. Die Installation des Patientendatenmanagement-Systems (PDMS) wurde im Dezember 2003 erfolgreich vorgenommen. Mit der Realisierung des Gesamtprojektes konnte der alte Apparatepark durch einen zeitgemässen ersetzt werden, und er entspricht jetzt zudem den gesetzlichen Vorschriften. Die Dokumentation der Patienten- und Apparateparameter wird nun während eines Eingriffes automatisch elektronisch erfasst und archiviert. Zudem wurde damit auch die Möglichkeit einer Einbindung der Daten in eine gesamt-elektronische Krankengeschichte geschaffen. Der Gesamtkredit von Fr. 2'120'000.- wurde um Fr. 31'000.- (1,4 %) unterschritten.
	3.01.37 (neu)	Kantonsspital Liestal: MRI (Magnetic Resonance Imaging): Vorbereitung einer Landratsvorlage mit dem Ziel, für öffentliche und private Leistungserbringer der Versorgungsregion oberes Baselbiet den Zugang zu dieser Diagnosetechnik zu ermöglichen. *Vorlage an den Landrat.* Verpflichtungskredit: Fr. 2'100'000.– Budget 2003: Fr. 900'000.–	Die Beschaffung des MRI-Gerätes wurde dem Landrat mit der Vorlage 2003 / 133 beantragt und mit dem Landratsbeschluss vom 16. Oktober 2003 bewilligt.
	3.01.05	Abschluss des Pilotversuches für die heroingestützte Behandlung von schwerstsüchtigen Patientinnen und Patienten und Überführung in ein Definitivum.	Die heroingestützte Behandlung von schwerstsüchtigen Patientinnen und Patienten hat sich als sinnvolle Massnahme erwiesen und soll weiterhin durchgeführt werden.
	3.01.30	Zwecks Erfüllung der Rechtsnorm gemäss Bundes-gerichtsvorgaben ist die Vorlage für einen Gesetzes-	Die Revision des Gesundheitsgesetzes wurde auf das Jahr 2004 verschoben, nachdem sich bei der

		entwurf betreffend die Zwangsbehandlung von Patientinnen und Patienten mit psychischen Störungen zu erarbeiten. *Vorlage an den Landrat* *(Revision des Gesundheitsgesetzes).*	Neuregelung des Heilmittelbereichs auf Bundesebene Verzögerungen ergeben haben (vgl. dazu Programmpunkt 3.07.01 im Jahresprogramm des Regierungsrates 2004).
	3.01.38 (neu)	Dringliche Massnahmen zur Bewältigung der Überbeanspruchung der stationären psychiatrischen Dienste. Es ist die Einrichtung einer 5. Akutstation vorgesehen. Kosten: rund 2 Millionen Franken, im Budget 2003 der Kantonalen Psychiatrischen Dienste enthalten.	Die 5. Akutstation wurde Ende November 2003 eröffnet. Das Ziel, nämlich die Entlastung der seit längerer Zeit markant überbelegten Akutstationen, wurde erreicht. Die Belegung des Akutbereiches konnte im Jahre 2003 trotz neuerlicher Zunahme der Patientenzahlen bei hohen 95 % stabilisiert werden.
	3.01.39 (neu)	Kantonsspital Laufen: Planung von Sanierungsmassnahmen in den Bereichen Operationssaal, Radiologie und Physiotherapie. 2004: Vorbereitung; 2005: Baukreditvorlage.	Infolge Schliessung des Bezirksspitals Breitenbach (SO) erfuhr das Kantonsspital Laufen ab Juli 2003 eine ausserordentliche Volumensteigerung (+ 30 % Klinikaustritte, + 25 % Notfälle etc.), so dass die Prioritäten von der Spitalleitung anders gelegt werden mussten. Die Aufgabe wird im 2004 an die Hand genommen.
	3.01.40 (neu)	Planung eines neuen Schulgebäudes für die Berufsschule für Pflege. 2003: Wettbewerb, Konkurrenzverfahren; 2004: Vorprojektvorlage; 2005: Baukreditvorlage.	Die Berufsschule für Pflege wurde per 1. Januar 2003 in den Zuständigkeitsbereich der Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion verschoben.
Tarifstruktur			
Anpassung der betriebswirtschaftlichen Strukturen an die Erfordernisse des KVG und des neuen Tarifes im Medizinbereich (TarMed)	3.01.12	Alle Spitäler: Nachdem definitiv feststeht, dass der TarMed per 1.1.2004 eingeführt wird, kommen nun all die bisher ausgestellten Arbeiten zur Ausführung: Umstellung der Erfassung und Verrechnung ambulanter Leistungen auf TarMed; Übersetzung aller medizinischen Leistungen in TarMed-Katalogpositionen; Einführung der Einzel-leistungserfassung an Stelle der bisherigen Pauschalleistungen; Einführung unterstützender EDV-Instrumente für die Patientenadministration und die Leistungserfassung vor Ort; Umstellung der ganzen Fakturierung auf die mit TarMed verbundenen Kriterien; stufengerechte Schulung des medizinischen und administrativen Personals; koordinierte Verhandlungen neuer Tarif- und Chefarzt-Verträge.	Die Umstellung auf die neue Tarifstruktur TarMed ist per 1. Januar 2004 erfolgt. Die Anpassung der Chefarzt-Verträge wurde vor dem Hintergrund der 2. KVG-Teilrevision ausgestellt.

Planung / Regionale Zusammenarbeit			
	3.01.04	Folgeplanung II zum Psychiatriekonzept: Nach Verabschiedung durch den Landrat Planung der prioritären Einzelprojekte.	Die Folgeplanung II zum Psychiatriekonzept (LR-Vorlage 2003 / 173) wurde vom Landrat in seiner Sitzung vom 27. November 2003 zustimmend zur Kenntnis genommen. Die aus der Folgeplanung resultierenden Einzelmassnahmen werden dem Landrat zu gegebener Zeit unter Berücksichtigung der Dringlichkeit und der Finanzierbarkeit zur Beschlussfassung unterbreitet werden.
	3.01.16	Für das UKBB wird mit Basel-Stadt eine Begrenzung / Beseitigung des strukturellen Defizits angestrebt.	Mit der Vorlage 2002 / 275 betreffend Genehmigung von Globalbeiträgen für die Jahre 2003 und 2004 (partnerschaftliches Geschäft) wurden den Parlamenten von Basel-Stadt und Basel-Landschaft die jährlichen Globalbeiträge für die Abgeltungen der Dienstleistungen des UKBB 2003 und 2004 beantragt. Die Beseitigung des strukturellen Defizits wurde durch eine Erhöhung des Globalbeitrages für gemeinwirtschaftliche Leistungen um insgesamt 3 Millionen Franken und die Erhöhung des Kostensatzes pro Pflegetag von 1'220 Franken auf 1'360 Franken für 2003 und 1'380 Franken für 2004 eingeleitet.
	3.01.41 (neu)	Durch das Berufsbildungsgesetz werden die Gesundheitsberufe in die Systematik des Bundes überführt und die Verantwortung für die zukünftige Reglementierung und Anerkennung wechselt in das BBT. Aus diesem Grunde ist eine Überführung der Berufsschule für Pflege von der Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion in die Erziehungs- und Kulturdirektion vorzubereiten. Bis die aktuellen Ausbildungen (Pflegeassistenz, Diplomausbildungen Niveau I und II) nicht mehr angeboten werden, wird diese Überführung die bestehenden Reglementierungen des SRK berücksichtigen.	Die Überführung der Berufsschule für Pflege zur Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion ist per 1. Januar 2003 vollzogen worden.
Gesundheitsförderung und Prävention			
	3.01.42 (neu)	Das Projekt «Gesundheitsförderung im Frühbereich» tritt im Jahr 2003 in die zweite Phase. Schwerpunkt der Arbeit wird es sein, die Überführung der Aufgaben in nachhaltige Strukturen vorzubereiten. LRB 1999/1911 betr. Gesundheitsförderung im Frühbereich.	Das Projekt findet im Herbst 2004 seinen Abschluss (vgl. dazu auch Programmpunkt 3.08.01 im Jahresprogramm 2004 des Regierungsrates).

		Verpflichtungskredit:: Fr. 400'000 Nettoausgaben bis Ende 2001: Fr. 188'990 Budget 2002: Fr. 80'000 Budget 2003: Fr. 80'000	
	3.01.43 (neu)	Weiterführung des Projektes Take-off, eines Präventions-programmes für Jugendliche im sekundären Bereich für die Jahre 2002 bis 2004. LRB 2002/1577 betr. Weiterführung des Projektes Take-off. Verpflichtungskredit:: Fr. 865'000 Budget 2002: Fr. 50'000 Budget 2003: Fr. 265'000	Das Projekt wurde planmässig weitergeführt.
Rahmenbedingungen			
Konsolidierung der Gesetzgebung im Gesundheitswesen; Schaffung von mehr unternehmerischem Freiraum für die öffentlichen Spitäler	3.01.20	Abschluss der Totalrevision des Gesundheitsgesetzes. *Die fachliche Anhörung wurde durchgeführt. Es folgen die Vernehmlassung und die Vorlage an den Landrat.* Abschluss der Anschlussarbeiten an die Revision des Spitalgesetzes des Jahres 2002 mit Schwerpunkt Neuregelung der Chefarztbesoldung. *Änderung des Personaldekretes*	Vor dem Hintergrund des sehr hohen Arbeitsanfalles im Jahre 2003 und mit Blick auf die im Heilmittelbereich auf Bundesebene noch nicht vollständig abgeschlossene Neuregelung wird die Weiterarbeit an der Gesetzes-revision im Jahre 2004 erfolgen (vgl. dazu auch Programmpunkt 3.07.01 im Jahresprogramm 2004 des Regierungsrates).
	3.01.22	Erarbeiten der Vorlage für ein Gesetz über die Betreuung und Pflege im Alter. *Vorlage an den Landrat*	Die externe Vernehmlassung der Gesetzesnovelle ist erfolgt. Es ist vorgesehen, die Vorlage im 1. Quartal 2004 dem Landrat zu unterbreiten.
Aus- und Weiterbildung			
Die Reorganisation der Berufsbildung im Gesundheitswesen wird auf der Basis der neuen Bildungssystematik sowie der nachfolgenden Regelung durch das Berufsbildungsgesetz in Zusammenarbeit mit dem Kanton Basel-Stadt umgesetzt.	3.01.26	Die Integration der Pflegeassistenzschulen des Kantonsspitals Bruderholz und des Kantonsspitals Laufen wird gemäss Lehrortsprinzip implementiert. Die Gesamtverantwortung für diese Ausbildung liegt bei der Berufsschule für Pflege (gemäss Vorgaben des SRK). Die Praxisinstitutionen werden die Ausbildungsverträge mit den Lernenden abschliessen. Die Berufsschule für Pflege übernimmt neben dem theoretischen Unterricht die Verantwortung für den dritten Lernort (Lernwerkstatt) und die Lehraufsicht.	Die Integration der Pflegeassistenzschulen der Kantonsspitäler Laufen und Bruderholz in die Strukturen der Berufsschule für Pflege ist abgeschlossen.
	3.01.27	Der Aufbau der neuen Ausbildung Fachangestellte Gesundheit wird in Kooperation mit dem Kanton Basel-Stadt erarbeitet. Das bedeutet: Aufbau des theoretischen Unterrichts mit Integration des allgemeinbildenden	Die Umsetzungsarbeiten der neuen Bildungssystematik schreiten planmässig voran. Im Jahr 2004 werden wie geplant die ersten Kurse starten. Das neue Berufsbild der Fachangestellten Gesundheit ist auf erfreulich grosses

		Unterrichts, Aufbau der Organisation der Arbeitswelt mit überbetrieblichen Kursen, Aufbau des Lehrortsprinzips mit Lehraufsicht durch das Amt für Berufsbildung BL und BS, Aufbau der praktischen Ausbildung und Aufbau des Marketings für diesen neuen Beruf. Im Jahre 2004 werden zwei Pilotkurse angeboten.	Interesse gestossen. Entsprechend wird im 2004 mit drei Klassen gestartet.

Programmpunkt Nr. 3.02 **Arbeit**

Das Jahresprogramm des KIGA 2003 ist geprägt von den Neuerungen, welche z.T. bereits 2002 in Angriff genommen wurden, 2003 aber in den «Dauerbetrieb» übergehen sollen. Dazu zählen namentlich der Freie Personenverkehr mit der EU/EFTA, die Bekämpfung der Schwarzarbeit, aber auch das Projekt «ePublic». Neue Herausforderungen werden die Umsetzung des Einspracheverfahrens ATSG und eventuell das Projekt «Globalbudget für die arbeitsmarktlichen Massnahmen» sowie auch ein allfälliges Inkrafttreten der AVIG-Revision 2003 darstellen.

Ziele		**Massnahmen**	**Amtsbericht 2003**
Freier Personenverkehr EU - CH	3.02.05 (neu)	Aktualisierung und Bereitstellung der notwendigen formellen, organisatorischen und personellen Infrastruktur zur 1. Umsetzung der schrittweisen Einführung des freien Personenverkehrs unter Berücksichtigung der Übergangsregelung für Ausländergesuche aus EU/EFTA. 2. Umsetzung der Verordnung über die Begrenzung der Zahl der Ausländer (BVO 2) für Ausländergesuche ausserhalb EU/EFTA 3. Umsetzung der Konsequenzen im Vollzug der Arbeitslosenversicherung (RAV und Öffentliche Arbeitslosenkasse) *Reduzierte Einnahmen aus Bewilligungsgebühren für die arbeitsmarktlichen Prüfungen (Konto 2210.431.50)*	Ad 1. und 2.: Die weitere Umsetzung des Freien Personenverkehrs in der Phase I konnte erfolgreich realisiert werden. Eine wertvolle Unterstützung hiebei war die e-Government-Anwendung "Arbeitsbewilligungen online". Dies gilt auch für die Umsetzung der BVO 2. Ad 3.: Die Umsetzung im Vollzug der Arbeitslosenversicherung gestaltete sich bisher problemlos, aber aufwändig (Formulare E301 und E303). Der Einnahmenausfall ist infolge einer insgesamt grösseren Nachfrage nach Bewilligungen nicht so gross wie befürchtet.
Flankierende Massnahmen zum Freien Personenverkehr EU - CH	3.02.06 (neu)	Vorbereitung mittels 1. Konstituierung der Tripartiten Kommission (TPK), Erlass der entsprechenden Verordnung, Wahl der Mitglieder durch den Regierungsrat. 2. Aufbau des TPK-Sekretariates im KIGA, Abteilung Arbeitsbedingungen. 3. Vertiefung des Fachwissens betreffend Allgemeinverbindlicherklärungen von Gesamtarbeitsverträgen und Erlass von	Ad 1.,2. und 4.: Der Entwurf einer Verordnung zum Bundesgesetz über die in die Schweiz entsandten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer konnte in die Vernehmlassung gegeben werden. Diese wurde in der Zwischenzeit abgeschlossen. Die Ergebnisse werden derzeit ausgewertet und sollen in den ersten Wochen des Jahres 2004 zum Erlass der entsprechenden Verordnung führen. Ad 3.:

		Normalarbeitsverträgen mit Mindestlöhnen. 4. Bereitstellung der notwendigen Hilfsmittel für die Umsetzung des neuen Entsendegesetzes.	Die erfolgreiche kantonale Allgemeinverbindlicherklärung des GAV im Gipsergewerbe bot eine ausgezeichnete Gelegenheit zum Erwerb des entsprechenden Fachwissens.
Projekt «ePublic BL» – Bewilligungen für ausländische Arbeitnehmende	3.02.07 (neu)	Inbetriebnahme des zur Zeit als Konzept vorliegenden Projekts, im Rahmen des Projektauftrages, ab 1.1.03. *EDV-Budget VSD*	Erfolgreich realisiert (siehe oben). Die Rückmeldungen aus der Arbeitgeberschaft sind sehr positiv.
Bekämpfung der Schwarzarbeit	3.02.03	Umsetzung des Vollzugskonzeptes, primär der zentralen Kontroll- und Koordinationsaufgaben. *Lohnbudget 2210, nicht beim KIGA budgetierte Einnahmen durch Bussen*	In der Realisierungsphase.
Arbeitslosenversicherung	3.02.01	Allgemeiner Teil des Sozialversicherungsgesetzes (ATSG), Einspracheverfahren reibungslose Umsetzung im Vollzugsbereich der Arbeitslosenversicherung ab 1.1.2003. Umsetzung der Revision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes (AVIG) 2003, falls in Kraft tretend. Teilnahme am Pilotprojekt des seco «Globalbudgets für arbeitsmarktliche Massnahmen», falls BL berücksichtigt wird. *Aufwandminderung beim Kantonsgericht, Abt. Sozialversicherungsrecht*	ATSG wird bisher ohne bekannte Probleme im Vollzugsbereich umgesetzt, bringt aber einen wesentlichen Zusatzaufwand. Die Entlastung des Kantonsgerichtes liegt bei ca. 90 %. Die AVIG-Revision 2003 konnte ebenfalls ohne grössere Probleme umgesetzt werden. Etwelche Akzeptanzprobleme bei der entsprechenden Versichertengruppe verursachte eine Reduktion des maximalen Taggeldbezuges von 520 auf 400 Taggelder (Unter-55-Jährige).
Kinderzulagen	3.02.08 (neu)	Vorbereitung einer Revisionsvorlage zum Kinderzulagengesetz durch die Zentrale Aufsichtskommission für Kinderzulagen (ZAK, Sekretariat beim KIGA). *Vorlage an den Landrat*	Die Revisionsvorlage wurde auf den Herbst 2004 verschoben. Sie wird dem Landrat als Gegenvorschlag zur nicht formulierten Initiative ”Höhere Kinderzulagen für alle” unterbreitet werden.

Programmpunkt Nr. 3.03 **Wirtschaftspolitik**

Die Wirtschaftspolitik fusst auf dem Regierungsprogramm 1999-2003 («Der Ausbau der Standortgunst des Kantons Basel-Landschaft»), das nach wie vor gültig ist, dessen Inhalte aber in einzelnen Teilen aufgrund laufender Entwicklungen angepasst wurden und werden. Ein qualitativ hochstehender Wirtschaftsstandort zeichnet sich nicht nur durch gute Rahmenbedingungen, sondern auch durch einen unkomplizierten Zugang zu Verwaltung und Regierung aus. Der Regierungsrat hat erkannt, dass das Dienstleistungszentrum der Wirtschaftsförderung Basel-Stadt und Basel-Landschaft diesem Erfordernis nur schon aus Distanzgründen nicht vollständig gerecht werden kann. Entsprechend wurde die so genannten «Bestandespflege» in den Zuständigkeitsbereich der Verwaltung zurückgenommen und im Generalsekretariat der Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion eine zentrale Anlaufstelle für Anliegen der Baselbieter Wirtschaft geschaffen. Der Leistungsauftrag des Dienstleistungszentrums «Wirtschaftsförderung Basel-Stadt und Basel-Landschaft» wurde überarbeitet. Priorität haben nunmehr die aktive Ansiedlungsförderung und die Standortwerbung sowie die Betreuung von gründungswilligen Personen (neue Firmen).

Ziele		Massnahmen	Amtsbericht 2003
Wirtschaftsbericht	3.03.01	Die Neuauflage des Wirtschaftsberichtes in Zusammenarbeit mit dem Kanton Basel-Stadt wurde mit Blick auf die Verfügbarkeit aktualisierter Daten vom Jahr 2002 auf das Jahr 2003 verschoben.	Der Wirtschaftsbericht 2003 (Vorlage Nr. 2003 / 231) liegt vor.
Tourismus Etablierung einer professionellen Tourismusorganisation unter dem Namen Baselland Tourismus	3.03.02	Umsetzung der neuen Tourismus-Politik des Kantons auf der Basis eines neuen Tourismusgesetzes. Vorlage an den Landrat Budget 2003: Jahresbeitrag Fr. 300'000.–	Das Tourismusgesetz (Vorlage Nr. 2003 / 101 vom 29. April 2003 wurde vom Landrat in seiner Sitzung vom 19. Juni 2003 zuhanden der Volksabstimmung verabschiedet und vom Volk am 30. November 2003 mit 23'156 Ja gegen 18’506 Nein angenommen. Das Gesetz ist am 1. Dezember 2003 in Kraft getreten.
Familie und Beruf Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf über das Impulsprogramm «Familie und Beruf» gemäss Wirtschaftsbericht BL 2000	3.03.04	Umsetzung des Impulsprogramms «Familie und Beruf» für die Jahre 2002 bis 2004. Die Finanzierung erfolgt über den Wirtschaftsförderungsfonds.	Das Programm wurde planmässig weitergeführt.

Programmpunkt Nr. 3.04 **Landwirtschaft**

Die agrarpolitischen Vorgaben des Bundes sind im Vollzug laufend umzusetzen. Über die Grundausbildung, Weiterbildung und Beratung sind die Landwirte und Landwirtinnen zu befähigen, sich den wandelnden Bedürfnissen anzupassen. Auf kantonaler Ebene sind je nach Bedarf Ergänzungsmassnahmen bereitzustellen.

Ziele		Massnahmen	Amtsbericht 2003
Bildung, Weiterbildung, Beratung			
Modularisierung der hauswirtschaftlichen Ausbildung	3.04.12	Aufbau und Einführung der modularen Ausbildung nach den Vorgaben des Bundesamtes für Berufsbildung und Technologie.	Die Module sind aufgebaut und mit den Nachbar-kantonen abgesprochen. Es zeigt sich jedoch, dass die Umsetzung auf gesamtschweizerischer Ebene mit Schwierigkeiten verbunden ist.
Anpassung an das neue Bundesgesetz über die Berufsbildung	3.04.16 (neu)	Notwendige Anpassungen definieren und Umsetzung vorbereiten.	Der Schweizerische Bauernverband erarbeitet zur Zeit ein neues Bildungsmodell für die Landwirtschaft, das für die ganze Schweiz gelten soll und direkte Auswirkungen auf den Kanton hat. Deshalb werden die kantonalen Entscheide verzögert.
Landwirtschaftliche Produktion			
Erfassen der genauen landwirtschaftlichen Nutzflächen	3.04.14	Aufgrund der Luftbilder werden durch das Landwirtschaftliche Zentrum Ebenrain die landwirtschaftlichen Nutzflächen neu bestimmt.	Die Arbeit ist zu zwei Dritteln erledigt. Wegen der reduzierten Verfügbarkeit des Fachmannes wird sie erst im Jahr 2004 abgeschlossen.
Förderung des Tafelkirschenanbaus	3.04.17 (neu)	RRB Nr. 2275 vom 28. November 2000: Das Programm mit Gesamtkosten von rund Fr. 230'000.– wird wie geplant durchgeführt (2003 Pflanzung von ca. 4 ha). Budget 2003: Jahrestranche Fr. 50'000.–	Es wurden 3.5 ha gepflanzt. Die kantonalen Beiträge betrugen 73'471 Franken. Der Kanton nimmt keine neuen Gesuche mehr entgegen.
Infrastruktur			
Umschuldung von Bauernbetrieben, welche unverschuldet oder infolge der neuen Agrarpolitik in eine Notlage geraten	3.04.15	Einsatz von Betriebshilfedarlehen. Bereitstellen von kantonalen Mitteln, damit Bundesmittel ausgelöst werden können.	Die tiefen Bankzinsen erfordern nicht zwingend Umschuldungen mit zinsfreien Betriebshilfedarlehen. Dagegen kamen infolge der grossen Trockenheit einige Betriebe in eine finanzielle Notlage, welche Darlehen nötig machte. Aus Reservemitteln der Betriebshilfekasse konnten Bundesmittel ausgelöst werden.

Programmpunkt Nr. 3.05 **Wald**

Das Sicherstellen der nachhaltigen Erfüllung aller Waldfunktionen ist eine gemeinsame Aufgabe von Waldeigentümern und Öffentlichkeit. Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Waldeigentümer soll unterstützt und das Wissen der Öffentlichkeit und Behörden über Bedeutung und Schutz des Waldes gefördert werden.

Ziele		Massnahmen	Amtsbericht 2003
Walderhaltung			
Erhalten und Verbessern einer qualitativ und quantitativ nachhaltigen Entwicklung des Waldes	3.05.05	Weiterführung des Waldwiederherstellungsprojektes nach dem Orkan «Lothar». LRB 2001/1282 betr. Verpflichtungskredit Behebung der Schäden im Wald verursacht durch den Orkan «Lothar» Verpflichtungskredit (netto): Fr. 4'021'000 Nettoausgaben bis Ende 2001: Fr. 1'753'475 Budget 2002: Fr. 1'288'200 Budget 2003: Fr. 295'700 Weiterführung der Waldschadenuntersuchungen. LRB 2000/556 betr. Waldschadenuntersuchungen Verpflichtungskredit: Fr. 671'200 Nettoausgaben bis Ende 2001: Fr. 337'965 Budget 2002: Fr. 170'000 Budget 2003: Fr. 172'000	Zum Waldwiederherstellungsprogramm nach ”Lothar”: Als Folge der grossen Trockenheit im Jahr 2003 und des ausserordentlichen Borkenkäferaufkommens fielen erhöhte Aufwendungen im Bereich der Bekämpfung von Folgeschäden an. Zu den Waldschadenuntersuchungen: Die Arbeiten verliefen programmgemäss.
Stärken der Forstbetriebe als Garanten einer qualitativ guten und nachhaltigen Waldpflege durch das Sicherstellen der Marktfähigkeit des einheimischen Rohstoffes Holz	3.05.07	Entflechtung der hoheitlichen und der betrieblichen Aufgaben. Schaffung von Rahmenbedingungen für eine wirtschaftliche Ausrichtung der Forstbetriebe.	Im Jahr 2003 sind erste Überlegungen angestellt worden. Die Konkretisierung erfolgt im Jahr 2004.
Erhöhung des Wissens und der Sensibilität der Bevölkerung über und für das Öko-system Wald	3.05.08	Förderung des waldspezifischen Schulunterrichtes in den Unter- und Oberstufen.	Als konkrete Massnahme wurden im Jahr 2003 in Zusammenarbeit mit dem Försterverband beider Basel sogenannte ”Waldtage” durchgeführt.
Waldnaturschutz			
Erhöhung der für Naturschutzanliegen ausgeschiedenen Waldflächenanteile	3.05.06	Umsetzung des Konzeptes «Naturschutz im Wald» unter Einbezug des Waldnaturschutzkonzeptes beider Basel.	Die Umsetzungsarbeiten konnten im 2003 aufgrund der fehlenden finanziellen MIttel nicht fortgesetzt werden.

Programmpunkt Nr. 3.06 **Vermessungs- und Meliorationswesen**

Umsetzung des Landratsbeschlusses Geographisches Informationssystem (GIS) in der Verwaltung und in den Gemeinden. Abschluss der Realisierung der neuen amtlichen Vermessung 1. Etappe 1996 - 2000 und Fortsetzung der 2002 begonnenen 2. Etappe 2001 - 2008 gemäss Landratsbeschluss 2001. Förderung von Gesamtmeliorationen im Bezirk Laufen und von Einzelprojekten in den Gemeinden.

Ziele		Massnahmen	Amtsbericht 2003
Geografisches Informationssystem GIS			
Förderung und Nutzung von GIS Systemen, Applikationen und Daten	3.06.01	Weitere Umsetzung des Landratsbeschlusses «Geographisches Informationssystem (GIS) Basel-Landschaft». LRB 1013/2001 betr. GIS Verpflichtungskredit:: Fr. 2'800'000 Budget 2002: Fr. 491'000 Budget 2003: Fr. 458'000	Seit dem 26. März 2003 ist mit PARZIS und dem Geo Data Warehouse das GIS im Intranet der kantonalen Verwaltung operationell. Bis zum Dezember 2003 wurden pro Tag durchschnittlich 130 Besuche von Mitarbeitenden der kantonalen Verwaltung und den am Kantonsnetz angeschlossenen Gemeindeverwaltungen gezählt. An vier Kick Off-Meetings wurde PARZIS über 200 interessierten Mitarbeitenden der Verwaltung und der Gemeinden vorgestellt. Im Juli veranstaltete die VSD eine Medienorientierung über das GIS BL mit PARZIS. Im September besuchten 18 Führungskräfte aus der Verwaltung und den Gemeinden ein durch die GIS-Fachstelle und die Firma ITV durchgeführtes GIS-Management Seminar. 29 Mitarbeitende aus der Verwaltung absolvierten den intern angebotenen GIS-Kurs ”Einführung in ArcGIS”.
	3.06.08 (neu)	Realisierungsbeginn der Projekte Meta-Informations-system, GIS BL im Internet und Datenvertrieb. Integration Walddaten, Richtplan, Grundwasser-schutzzonen, Bodenkarten und Naturschutzinventare in das Geo Data Warehouse.	Bis Ende 2003 wurden die Konzepte für das Meta-Informationssystem und GIS im Internet erstellt. Der Auftrag für die Realisierung des Meta-Informations-systems GeoKato wurde noch Ende 2003 erteilt. Folgende Datenebenen standen bis Ende 2003 zur Verfügung: Amtliche Vermessung, Nutzungsplanung, Naturschutzzonen, Orthofotos, digitale Übersichtspläne, digitale Landeskarten, Gewässerschutzbereiche, Grundwasserschutzzonen, Bohrungen, Pumpwerke, Quellen und belastete Standorte. Der Zugriff auf die Daten des EDV-Grundbuches erfolgt ebenfalls über PARZIS.
	3.06.02	Betrieb der GIS-Fachstelle als Dienstleistungsbetrieb für GIS bezogene Projekte. Betreuung von GIS-Projekten in den Dienststellen der Verwaltung BL und Beratung für die Gemeinden.	Im November 2003 wurde der Entscheid für die Umstellung der Vermessungsapplikation Grivis auf GEOS Pro gefällt und die dazu notwendige Software bestellt. Mit der Umstellung der Daten auf das neue System wurde bereits begonnen. Die GIS-Fachstelle leistete Support für die Projekte Meliorationskataster, Trinkwasser-GIS, Naturgefahren-karte und Grabungskataster der Kantonsarchäologie.

			Die Gebäudedatenbank ist ein Gemeinschaftswerk des Bauinspektorates, des Statistischen Amtes und des Vermessungs- und Meliorationsamtes. Den Auftrag für die Realisierung hat der Regierungsrat im Dezember 2003 erteilt. Das Projekt ist das primäre Referenzsystem für Gebäude-Daten und Gebäude-Adressen im Kanton.
Amtliche Vermessung 93			
Abschluss der 1. Etappe, Start der 2. Etappe 2001 - 2008	3.06.04	Der Abschluss der 1. Etappe der Realisierung der AV93 über die Jahre 1996 bis 2000 setzt sich gemäss Werkverträgen fort und wird 2003 vollständig mit Schlussberichterstattung erfolgen. 2003 wird die 2002 begonnene Realisierung der 2. Etappe AV93 2001 - 2008 fortgesetzt gemäss dem mit dem Bund vereinbarten Programm. LRB 98/95 betr. Realisierung der Neuen Amtlichen Vermessung (AV93), 1. Etappe Verpflichtungskredit:: Fr. 9'700'000 Abschlussarbeiten 2003: Fr. 80'000 Einnahmen: Beitrag Gemeinden 2003: Fr. 151'500 LRB 1281/2001 betr. Realisierung der Neuen Amtlichen Vermessung (AV93) 2. Etappe Verpflichtungskredit: Fr. 13'106'000 Ausgaben Budget 2003: Fr. 1'195'580 Einnahmen: Beitrag Bund 2003: Fr. 114'645 Einnahmen: Beitrag Gemeinden 2003: Fr. 866'590	Der Abschluss der 1. Etappe ist erfolgt. Der Schlussbericht wird auf Ende Januar 2004 nach der vollständigen Verbuchung aller relevanten Kosten zur Rechnung 2003 vorgelegt. Die Fortsetzung der 2. Etappe ist gemäss dem Programm 2003 administriert und vertraglich geregelt worden. Das Ergebnis der Jahresrechnung 2003 wird nur insofern differieren, als durch Terminveränderungen andere Zahlen im Vergleich zum Budget resultieren.
Bodenverbesserung			
Förderung von Planung und Realisierung rationeller Infrastrukturen für die landwirtschaftliche Bodenbewirtschaftung	3.06.06	Weiterführen der laufenden Bodenverbesserungsunternehmen sowie Verfügbarmachen aller beim Bund vorgesehenen finanziellen Bodenverbesserungshilfen für den Kanton. Konto 2230.364.00-1; Jahrestranche 2003: Fr. 0.50 Mio. (abhängig von Verfügbarkeit Bundeskredite zu Gunsten Kanton BL)	In der Felderregulierung Biel-Benken wurden die Einsprachen zur definitiven Neuzuteilung behandelt und durch den Regierungsrat genehmigt. Damit kann der Eigentumsübergang vorgenommen werden. In der Felderregulierung Rickenbach ist die Rechtskostenverteilung rechtskräftig. Die Subventionsschlussabrechnung liegt vor. In der Felderregulierung Roggenburg laufen die Schlichtungsverhandlungen zur Neuzuteilung Feld.
	3.06.05	Einleitung von Gesamtmeliorationen im Bezirk Laufen. Weiterbehandlung von angemeldeten Beitragsgesuchen für Finanzhilfen an Meliorationsprojekte sowie	In der Gemeinde Blauen wurde eine landwirtschaftliche Vorstudie gestartet, welche den Entwicklungsbedarf für Strukturverbesserungen aufzeigen und die Grundlagen

		Beratungen betreffend Bodenverbesserungen in den Gemeinden. Nicht kostenwirksam im Budget 2003: Auftrag gemäss Dienstordnung VMA, Fachstelle Melioration	für die Abstimmung über eine Gesamtmelioration liefern wird. In der Gemeinde Brislach wurde eine Grundlagen-abklärung mit ähnlichem Inhalt eingeleitet. In der Gemeinde Wahlen wurden die Schlichtungs-vehandlungen über den Einbezug in eine Gesamtmelioration abgeschlossen.
	3.06.07	Realisierung der zweiten Jahresetappe für die digitale Sicherung der alten Meliorationsleitungspläne bei der Fachstelle Melioration, Meliorationspläne Laufental. Nicht kostenwirksam im Budget 2003: Erfassung mit verwaltungsinternen personellen und materiellen Ressourcen (gemäss Ergebnis Vernehmlassung Landratsvorlage zum Meliorationsleitungskataster MLK, 2000)	Im Jahr 2003 konnten die Arbeiten zur Sicherung der Meliorationsleitungspläne von weiteren zehn Gemeinden abgeschlossen oder neu aufgenommen werden.

Programmpunkt Nr. 3.07 **Rheinhäfen**

Die Rheinhäfen in Birsfelden und Muttenz werden weiterentwickelt zum Zwecke einer optimalen Nutzung. Der durch die gewerbliche Schifffahrt genutzte umweltfreundliche Gütertransport und -umschlag in den beiden Baselbieter Rheinhäfen wird durch geeignete Massnahmen unter Wahrung der Sicherheit und unter Schonung der Umwelt gefördert. Die eingeleiteten Überlegungen zur Optimierung der Zusammenarbeit mit den baselstädtischen Rheinhäfen werden weiterverfolgt. Für den wasserseitigen Einsatz von Sicherheitsmitteln wird eine Einsatzbasis geplant. Der Entwicklung bezüglich massiver Verlagerung der Mineralöltransporte von der Strasse auf die Bahn infolge der LSVA wird mit einem entsprechenden Projekt Hafenbahn Rechnung getragen.

Ziele		**Massnahmen**	**Amtsbericht 2003**
Container-Terminal im Rheinhafen Birsfelden	3.07.01	Der geplante Container-Terminal wird voraussichtlich im Jahr 2003 in Betrieb genommen. Die notwendigen Investitionen des Kantons für die Infrastruktur sind zur Zeit noch nicht bekannt.	Der neue Container-Terminal der Firma COBI AG wurde im Dezember 2003 mit der Montage des Portalkranes teilweise in Betrieb genommen. Die Aufnahme des Vollbetriebes ist auf Frühjahr 2004 geplant. Seitens des Kantons Basel-Landschaft sind keine grösseren Investitionen notwendig. Der Bau eines zusätzlichen Geleises wurde über die Konzessionierte Hafenbahn Basel-Landschaft mit Beteiligung des Bundes finanziert.
Optimierung Zusammenarbeit mit den Rheinhäfen Basel-Stadt	3.07.02	Die vertiefte Studie über eine allfällige Zusammenlegung der Rheinhäfen beider Basel, ergänzt durch ein gemeinsames Nutzungskonzept und eine Hafen-entwicklungsstrategie wurde im Sommer 2002 vorgelegt. In den beiden Regierungen BL und BS, allenfalls unter Einbezug des Landrates, wird im Rahmen eines	Die Arbeiten rund um das Fusionsprojekt wurden im Jahr 2003 weitergeführt. Im Vordergrund stand die Erarbeitung des Entwurfes eines Staatsvertrages. Es ist vorgesehen, das partnerschaftliche Geschäft im Jahr 2004 den Parlamenten von Basel-Stadt und Basel-Landschaft zum Entscheid zu unterbreiten.

		partnerschaftlichen Geschäftes ein Grundsatzentscheid zu fällen sein. Je nach Entscheid werden die weiteren Arbeiten fortgeführt.	
Optimierung und Ausbau der Hafenbahn BL	3.07.05 (neu)	Zur Beseitigung der Engpässe im Bereich der Hafenbahn BL wird ein Optimierungs- und Ausbauprojekt mit entsprechender Kreditvorlage an den Landrat vorbereitet.	Zur Abklärung der Möglichkeiten und Konsequenzen wurde eine externe Studie in Auftrag gegeben. Nach dem Vorliegen der Ergebnisse werden in drei Modulen entsprechende Optimierungsmassnahmen umgesetzt. Die kurzfristigen Massnahmen zur Überbrückung der Zeit bis zur Realisierung eines grösseren Ausbauprojektes werden im Rahmen der ordentlichen Planung und Rechnung der Konzessionierten Hafenbahn Basel-Landschaft durchgeführt.

4 BAU- UND UMWELTSCHUTZDIREKTION (BUD)

Generelle Absichtserklärung

Gemäss der vom Regierungsrat im Jahre 2001 verabschiedeten Leitideen gilt es auch für die Bau- und Umweltschutzdirektion die hohe Standortgunst für Wirtschaft und Gesellschaft zu fördern, sich für naturnahe und attraktive Erholungsräume einzusetzen und die regionale Zusammenarbeit zu verstärken, dies alles nach dem Prinzip der Nachhaltigkeit, das sich wie ein roter Faden durch alle Tätigkeiten zieht.

Programmpunkt Nr. 4.01 **Umweltschutz und Energie**

Übersicht
Zur Zeit wird die Strategie Nachhaltige Entwicklung des Kantons Basel-Landschaft überarbeitet und derjenigen des Bundes weiter angenähert. Es wird ein Controllingsystem erarbeitet, das anhand von Indikatoren ermöglichen soll, die Position des Kantons auf Nachhaltigkeit zu beurteilen.

Ziele		Massnahmen	Amtsbericht 2003
Katastrophenschutz			
Verbesserung des Katastrophenschutzes	4.01.03	Die stationären Risiken und die Risiken auf Strassen sollen mit der geographischen Darstellung die Bevölkerung, die Gemeinden und andere kantonale Dienststellen informieren. *Einführung GIS verzögert*	Nach Vorgesprächen wurden ein Grobkonzept und ein Pflichtenheft erstellt. Mit der Umsetzung wird 2004 begonnen.
		1. Sachaufwand 2003: Betrifft mehrere Dienststellen 2. Personalaufwand 2003: - 3. Projektstand 2003: Einführung GIS in der BUD verzögert.	
	4.01.04	Die Risiken durch den Transport gefährlicher Güter sind durch geeignete Sicherheitsmassnahmen an den Verkehrsträgern und durch organisatorische Massnahmen zu minimieren. *Vorlage 2002 / 176*	Die organisatorischen Massnahmen sind eingeleitet und werden in den folgenden Jahren umgesetzt. Bauliche Massnahmen sind bei Strassensanierungen durch das Tiefbauamt zu realisieren.
		1. Sachaufwand 2003: Betrifft mehrere Dienststellen der kantonalen Verwaltung 2. Personalaufwand 2003: - 3. Projektstand 2003: der Regierungsrat hat die Vorlage mit RRB Nr. 1191 vom 16. 07. 2002 an den Landrat überwiesen.	

Nichtionisierende Strahlung			
	4.01.31 (neu)	Erhebung und Messkampagne zur Ermittlung der Exposition der Bevölkerung durch nicht ionisierende Strahlung.	Die mobile Monitoring-Station für nicht ionisierende Strahlung wurde in Betrieb genommen. Sie wird für Stichprobenmessungen an verschiedenen Standorten eingesetzt. Die Erweiterung des Computermodells für Expositionsberechnungen ist in Arbeit (Abschluss im Jahr 2004).
		1. Sachaufwand 2003: Konto 2371.318.20 Fr. 50'000.– 2. Personalaufwand 2003: 0.8 Personenjahre 3. Projektstand 2003: Umsetzung im Gange	
Luftreinhaltung			
	4.01.01	Umsetzung der Massnahmen des Luftreinhalteplanes sowie Durchführung von Infokampagnen zur Förderung von umweltfreundlichem Gerätebenzin und von lösemittelarmen Produkten.	Die Verabschiedung des revidierten Luftreinhalteplanes hat sich verzögert und ist neu im 1. Quartal 2004 vorgesehen. Die Konsumenten-Informationskampagne "*an*gestrichen?" zur Förderung von lösemittelarmen Farben und Lacken wurde in Zusammenarbeit und mit finanzieller Beteiligung von Coop erfolgreich durchgeführt. Teilnahme am Mobilitätstag ”Xunderwäx” in Liestal mit einer Standaktion zu den Themen ” Langsamverkehr”, ”Luftqualität” und ”EcoDrive”.
		1. Sachaufwand 2003: Konto 2371.318.20 Fr. 100'000.– 2. Personalaufwand 2003: 0,8 Personenjahre 3. Projektstand 2003: Umsetzung im Gange	
Regionale Entwässerungsplanung			
Regionale Entwässerungsplanung für Gebiet Birs, Birsig und Ergolz	4.01.08	Die Erarbeitung der Regionalen Entwässerungsplanung (REP) Birs zusammen mit den Kantonen BS, BE, JU und SO tritt in die zweite Phase ein. Die Erarbeitung Regionale Entwässerungsplanung REP Birsig und Ergolz Phase 1 muss wegen fehlender Budgetmittel verschoben werden.	REP Birs: Die zweite Projektphase konnte plangemäss abgeschlossen werden. Es liegt somit ein Entwicklungs-konzept für die Birs und ihre Hauptzuflüsse vor. Die Ergebnisse werden Anfang 2004 der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Die dritte Projektphase "Massnahmenkatalog" wird bis Mitte 2004 vorbereitet. Der Start für die REP Ergolz und REP Birsig bleibt verschoben: Ein neuer Termin ist aus finanziellen Gründen nicht in Sicht.

		Birs: 1. Sachaufwand 2003: Konto 2330.318.20 0,17 Mio. Fr. 2. Personalaufwand 2003: 0,35 Personenjahre 3. Projektstand 2003: Auswertung Bestandesaufnahmen	1. Sachaufwand 2003: Konti: 2330.318.20. und 310.40: 0.14 Mio. Fr. (Anteil Basel-Landschaft) 2. Personalaufwand 2003: 0.25 Personenjahre 3. Projektstand 2003: Auswertung der Bestandes- aufnahmen und Entwicklungskonzept liegen vor.
Gewässerschutz			
Gewässerschutzverordnung	4.01.07	Gestützt auf das revidierte Gesetz über den Gewässerschutz (LRV 2000 / 157) erlässt der Regierungsrat eine Gewässerschutzverordnung.	Verzögerung, weil die Behandlung des Gesetzes über den Gewässerschutz im Landrat abgewartet wurde. Nach der Annahme des revidierten Gesetzes durch das Volk am 30. 11. 2003 kann die Verordnung im Jahr 2004 erarbeitet werden.
		1. Sachaufwand 2003: keine externen Kosten; 2. Personalaufwand 2003: Eigenleistungen von 0.02 Personenjahren 3. Projektstand 2003: Erlass der Verordnung durch den Regierungsrat	
Mitwirkung bei der Bestandesaufnahme der Herkunft von Verunreinigungen im Grundwasser am Oberrhein, Interreg III-Projekt	4.01.32 (neu)	Mitwirkung in der Expertengruppe «Wasserressourcen» der Oberrheinkonferenz bei der Erarbeitung der Projekte «Modellierung», «Indikatoren» und «Pädagogisches Modell» zum Schutz der Grundwasserressourcen am Oberrheingraben.	Die Projektkredite wurden durch die Partner genehmigt. Der Bearbeitungsstand entspricht der vorgegebenen Planung. Die erste Tranche der Mitfinanzierung wurde durch die Partner ausbezahlt; Anteil des Kantons Basel-Landschaft: Fr. 74'666.-.
		1. Sachaufwand 2003: Finanzierung über das Interreg-Budget; Fr. 47'666.- 2. Personalaufwand 2003: 0.05 Personenjahre 3. Projektstand 2003: Durchlaufendes Projekt 2002-2005	
Verbesserung der Gewässerqualität im Bereich von lokalen und regionalen Kläranlagen	4.01.12	Landratsvorlage für den Ausbau von zwei weiteren lokalen Kläranlagen (Rünenberg-Süd und Liesberg anstelle der ursprünglich vorgesehenen Anlagen Anwil und Oltingen) Die im Regierungsprogramm 1999 - 2003 u.a. vorgesehenen Ausbauten der lokalen Kläranlagen Zeglingen und Anwil werden zugunsten dringenderer Vorhaben und aus finanziellen Gründen zurückgestellt.	Die Ausarbeitung einer Landratsvorlage für den Ausbau der ARA Liesberg hat sich um rund 1 Jahr verzögert.
		1. Sachaufwand 2003: Konto 2341.318.20 0.02 Mio. Fr. 2. Personalaufwand 2003: 0.1 Personenjahre 3. Projektstand 2003: Rünenberg Süd: aus finanziellen	1. Sachaufwand 2003: Konto 2341.318.20 0.02 Mio. Fr. 2. Personalaufwand 2003: 0.1 Personenjahre 3. Projektstand 2003: ARA Liesberg: Vorarbeiten soweit

		Gründen zurückgestellt; Liesberg: Beschluss des Landrates Mitte Jahr rechtskräftig und Ausführungsprojekt im Gang.	abgeschlossen, dass der Regierung 2004 die Landratsvorlage unterbreitet werden kann.
	4.01.13	Landratsvorlage für den Ausbau der regionalen Kläranlagen in Reigoldswil und Bubendorf	Die Ausarbeitung einer Landratsvorlage für den Ausbau der ARA Frenke 1 in Reigoldswil hat sich um rund 1 Jahr verzögert. Der Ausbau der ARA Frenke 3 in Bubendorf kann aufgrund von absehbaren Frachtreduktionen aus Industrie- und Gewerbebetriebe resp. angestrebter separater Behandlung von zusätzlichen Frachten um 3 bis 5 Jahre verschoben werden.
		1. Sachaufwand 2003: Konto 2341.318.20 0.15 Mio. Fr. (ARA Frenke 3) und Konto 2341.501.51-061 0.1 Mio. Fr. 2. Personalaufwand 2003: 0.2 Personenjahre 3. Projektstand 2003: ARA Frenke 1: Mitte Jahr LR-Beschluss rechtskräftig und Ausführungsprojekt im Gang; ARA Frenke 3: LR-Vorlage Ende 2003 im Entwurf vorliegend	1. Sachaufwand 2003: Konto 2341.318.20 0.02 Mio. Fr. (ARA Frenke 1) und Konto 2341.501.51-061 0 Mio. Fr. 2. Personalaufwand 2003: 0.1 Personenjahre 3. Projektstand 2003: ARA Frenke 1: Vorarbeiten soweit abgeschlossen, dass der Regierung 2004 die Landratsvorlage unterbreitet werden kann.
	4.01.14	Landratsvorlage zum Ausbau der ARA Birs 2 inkl. Mischwasserbehandlung im Netz in Birsfelden	Der Regierungsrat hat die Vorlage zum Ausbau der ARA Birs 2 in Birsfelden im Juni 2003 zuhanden des Landrates verabschiedet. Die Behandlung der Vorlage im Landrat erfolgt voraussichtlich im Januar 2004. Der Baubeginn kann, vorbehältlich eines positiven Landratsbeschlusses, im 2004 erfolgen.
		1. Sachaufwand 2003: Konto 2341.510.51-066 1.5 Mio. Fr. (ARA Birs 2) und Konto 2341.510.52-118 0.1 Mio. Fr. (Anlagen im Netz) 2. Personalaufwand 2003: 0.6 Personenjahre 3. Projektstand 2003: Mitte Jahr LR-Beschluss rechtskräftig und Ausführungsprojekte im Gang	1. Sachaufwand 2003: Konto 2341.510.51-066 1.5 Mio. Fr. (ARA Birs 2) und Konto 2341.510.52-118 0 Mio. Fr. (Anlagen im Netz) 2. Personalaufwand 2003: 0.6 Personenjahre 3. Projektstand 2003: Mitte Jahr RR-Beschluss erfolgt, LR-Beschluss wird im 1. Quartal 2004 erwartet.
	4.01.15	Die unter Programmpunkt 4.01.15 im Regierungsprogramm 1999 - 2003 aufgeführte Vorlage einer neuen Schlammtrocknungsanlage ist zugunsten der Verbrennung des Klärschlammes in bestehenden Öfen der ARA Basel fallen gelassen worden.	
	4.01.15.1	Landratsvorlage zur Optimierung der Schlammbehandlung in der ARA Ergolz 2	Der Regierungsrat hat die Vorlage zum Ausbau der ARA Ergolz 2 in Füllinsdorf im Oktober 2003 zuhanden des

			Landrates verabschiedet. Die Behandlung der Vorlage im Landrat erfolgt voraussichtlich im 1. Quartal 2004.
		1. Sachaufwand 2003: Konto 2341.501.51-074 0.2 Mio. Fr. 2. Personalaufwand 2003: 0.2 Personenjahre 3. Projektstand 2003: LR-Beschluss bis Ende 2003 rechtskräftig	1. Sachaufwand 2003: Konto 2341.501.51-074 0 Mio. Fr. 2. Personalaufwand 2003: 0.2 Personenjahre 3. Projektstand 2003: LR-Beschluss voraussichtlich bis Ende 1. Quartal 2004 rechtskräftig.
Verwendung der Grundwassernutzungsgebühren			
	4.01.33 (neu)	Gemäss § 33 des Gesetzes vom 3. April 1967 über die Nutzung und den Schutz des Grundwassers erhebt der Kanton für den Bezug von Grundwasser Nutzungsgebühren. Über ihre Verwendung ist alljährlich im Amtsbericht Auskunft zu geben. Die Kosten des Kantons für die Wasserbeschaffung und die Sicherstellung der Wasserversorgung müssen langfristig durch die Grundwassernutzungsgebühren gedeckt werden. Seit 1971 erstellt das Amt für Umweltschutz und Energie jedes Jahr im Rahmen der Staatsrechnung die sogenannte Wasserrechnung, in welcher die Aufwendungen für die Sicherstellung der Wasserversorgung und die Nutzung und den Schutz des Grundwassers den Einnahmen aus Grundwassernutzungsgebühren gegenüber gestellt werden. Zu Beginn des Jahres 2003 belief sich der kumulierte Aufwandüberschuss (Negativ-Saldo) der Wasserrechnung auf Fr. 3.1 Mio.	Wasserrechnung 2003 (provisorisch): Einnahmen: Grundwassernutzungsgebühren + Diverses = Fr. 2.4 Mio. Ausgaben: Personalkosten: Fachstelle Wassernutzung = Fr. 0.6 Mio. Dienstleistungen andere Fachstellen = Fr. 0.5 Mio. Projektierungen, Expertisen, Unterhalt = Fr. 0.6 Mio. Zins auf Passivsaldo = Fr. 0.2 Mio. Abschreibungen = Fr. 0.5 Mio. In der Investitionsrechnung wurden für Grundwasserabklärungen/-schutzzonen Fr. 0.2 Mio. aufgewendet. Somit verringert sich die Wasserschuld um Fr. 0.3 Mio. auf Fr. 2.8 Mio. Die definitive und detaillierte Wasserrechnung wird in der Staatsrechnung 2003 aufgeführt.
Abfallvermeidung			
Impulsprojekte Abfallvermeidung und Ressourcenschonung	4.01.17	Start der Projektarbeit in den Handlungsfeldern – Betriebe – öffentliche Beschaffungen – Sport und Freizeit	Mit der Begleitkommission wurden Mitte 2003 die Projektvorschläge ausgewählt, die bis Anfang 2004 auf den Stand eines Vorprojektes bearbeitet werden.
		LRB 1384 / 2001 1. Sachaufwand 2003: Konto 2330.318.20: 0,1 Mio.Fr. 2. Personenaufwand 2003: 1,2 Personenjahre 3. Projektstand 2003: Beginn von 2 bis 3 der insgesamt 5 bis 6 Projekte	

Altlasten/belastete Standorte			
Systematische Erfassung belasteter Betriebsstandorte	4.01.19	Erfassung und Bewertung der belasteten Standorte in den wichtigsten Teilregionen des Kantons; schrittweiser Aufbau des Katasters gemäss Altlastenverordnung.	Die Erfassung der Betriebsstandorte ist in den Agglomerationsgemeinden abgeschlossen und für weitere Teilgebiete eingeleitet. Bei den Ablagerungs-standorten laufen die Vorbereitungen für den Eintrag in den Kataster.
		LRB 962 / 1992 1. Sachaufwand 2003: Konto 2330.318.20 0,15 Mio. Fr. 2. Personalaufwand 1,2 Personenjahre 3. Projektstand 2003: Erfassung zu 2/3 abgeschlossen	Der Katasteraufbau erfolgt aufgrund personeller Engpässe verzögert (nur ca. 0.6 PJ statt der angenommenen 1.2 PJ verfügbar).
Untersuchung von potentiellen Altlasten (u.a. Deponien mit Chemieabfällen) und Einleitung der erforderlichen Massnahmen	4.01.19	Ergänzende Untersuchungen an den Deponien Feldreben, Margelacker und Rothausstrasse, Muttenz; Einleiten der erforderlichen Schritte. Überprüfung weiterer potentieller Altlasten.	Bei den Deponien Muttenz wurden die technischen Untersuchungen nach Abschluss einer Vereinbarung über die Vorfinanzierung eingeleitet. Bei den Deponien im Elsass laufen die Arbeiten unter der Federführung der französischen Behörden plangemäss.
		1. Sachaufwand 2003: Konto 2330.365.80-200 0,05 Mio. Fr. 2. Personalaufwand 2003: 0.4 Personenjahre 3. Projektstand: Hauptphase der Bearbeitung	
Energie			
Ersatz nicht erneuerbarer Energie durch erneuerbare Energie: Zunahme der Nutzung der erneuerbaren Energiequellen im Kanton um 3% gegenüber dem Jahr 2000	4.01.21	Erweiterung Fernheizkraftwerk Liestal mit einer Holzschnitzelfeuerung	Der Baubeginn erfolgte im August 2003.
		1. Sachaufwand 2003: Konto 2344.501.60-071 1.5 Mio. Fr. 2. Personalaufwand 2003: 0.2 Personenjahre 3. Projektstand 2003: Baubeginn Mitte Jahr	1. Sachaufwand 2003: Konto 2344.501.60-071 2.0 Mio. Fr. 2. Personalaufwand 2003: 0.2 Personenjahre 3. Projektstand 2003: Baubeginn im August 2003
	4.01.21.1	Bau einer Vergärungsanlage für die Verwertung von Grüngut *Baukreditvorlage an Landrat*	Im Februar 2003 hat sich die Direktion der EBL entschieden, ein Projekt für eine Vergärungsanlage ausarbeiten zu lassen. Die BUD hat in der Folge entschieden, die Arbeiten durch das AIB einzustellen. Das Projekt wurde sistiert.
		1. Sachaufwand 2003: Konto 2343.501.60-052 0.1 Mio. Fr. 2. Personalaufwand 2003: 0.2 Personenjahre 3. Projektstand 2003:Bis Ende 2003 LR-Beschluss	

		rechtskräftig (sofern Vereinbarungen mit Abfall-lieferanten vorhanden)	
Verbesserung der Wirtschaftlichkeit bestehender Energieanlagen des Kantons und Aufbau von Wärmeverbünden mit alternativen Energieträgern	4.01.22	Projektierungsarbeiten zum Netzausbau Fernwärme Kriegacker Muttenz, sofern Verhandlungen mit potentiellen Bezügern erfolgreich verlaufen. *Baukreditvorlage an den Landrat.*	Die Verhandlungen mit potenziellen Bezügern wurden geführt, verliefen jedoch negativ (zu hohe Investitions-kosten für Bezüger erforderlich). Das Projekt wurde sistiert.
		1. Sachaufwand 2003: Konto 2344.501.60-073 0.1 Mio. Franken 2. Personalaufwand 2003: 0.1 Personenjahre 3. Projektstand 2003: LR-Beschluss bis Ende 2003 rechtskräftig (sofern weitere Anschlussverträge im Entwurf vorhanden)	1. Sachaufwand 2003: Konto 2344.501.60-073 0 Mio. Franken 2. Personalaufwand 2003: 0 Personenjahre 3. Projektstand 2003: Projekt sistiert
Reduktion des CO_2-Ausstosses durch: – Verminderung des Verbrauchs fossiler Energie – Steigerung der Energie-Effizienz/-Effektivität	4.01.30	Überarbeitung / Anpassung diverser rechtlicher Grundlagen wie: – Grundsätze der kantonalen Energiepolitik – Energiegesetz (Landratsvorlage) – Verordnung über Förderbeiträge	Als Vorbereitung für die Anpassung der Grundsätze der kantonalen Energiepolitik und der rechtlichen Grundlagen wurde die "Evaluation der Baselbieter Energiepolitik der letzten 12 Jahre" durchgeführt. In der Volksabstimmung vom 30. November 2003 wurde die Baselbieter Solarinitiative abgelehnt und dem Gegenvorschlag des Regierungsrates zugestimmt (Ergänzung von § 13 des Energiegesetzes). Die Überarbeitung der Verordnung über Förderbeiträge hat sich etwas verzögert, da die Konferenz Kantonaler Energiedirektoren - mit der Unterstützung des Kantons Basel-Landschaft - Ende August 2003 das "Harmoni-sierte Fördermodell der Kantone" erliess und die zukünftigen finanziellen Fördermöglichkeiten des Kantons noch unsicher waren. Weit fortgeschritten ist dafür die gemeinsam mit Basel-Stadt an die Hand genommene Revision der Verordnung über die rationelle Energienutzung (EnGV).
		1. Sachaufwand 2003: Konto 2344.501.60-073 0.1 Mio. Franken 2. Personalaufwand 2003: 0.1 Personenjahre 3. Projektstand 2003: LR-Beschluss bis Ende 2003 rechtskräftig (sofern weitere Anschlussverträge im Entwurf vorhanden)	

Programmpunkt Nr. 4.02 **Verkehr und Bau / Öffentlicher Verkehr**

Übersicht
Der mit dem Bericht «Grünes Licht für den öffentlichen Verkehr» 1976 eingeleitete Ausbau von Vorortsbahnen und Waldenburgerbahn geht in dieser Legislaturperiode seinem Ende entgegen.
Folgende baulichen Ausbauschritte sind weiter vorgesehen:
Ausbau der Vorortslinien, in erster Priorität der Linie 11 mit der Absicherung (teilweise Aufhebung) sämtlicher Niveauübergänge. Überarbeitung der Planung der Linie 10 mit der Erneuerung der Doppelspur zwischen Münchenstein-Dorf und der Griebengasse in Arlesheim. Bei der Waldenburgerbahn steht als letzte Sanierungsmassnahme ab dem Jahr 2003 die Verkehrstrennung Schiene/Strasse in Oberdorf an.

Ziele		**Massnahmen**	**Amtsbericht 2003**
Trasseausbauten Vorortslinien BLT			
Erhöhung der allgemeinen Verkehrssicherheit durch Reduktion der Konfliktpunkte Schiene/Strasse	4.02.02	Aufhebung bzw. Absicherung diverser Niveauübergänge entlang der BLT-Linie 11 in Münchenstein, Reinach und Aesch; Weiterführen und Abschluss diverser Plangenehmigungsverfahren (PGV).	PGV, Projektierung und Bauarbeiten sind für kleinere Ausbauten auf verschiedenen Abschnitten im Gang. Der Planungswettbewerb für die Ortsdurchfahrt Reinach ist abgeschlossen.
		Verpflichtungskredite für Trassesanierung inkl. Landerwerb BLT-Linie 11: – LRB 2481 / 1995 (total 38.3 Mio. Fr.) – LRB 1478 / 2002 (total 1.4 Mio. Fr.) 1. Sachaufwand 2003: Konto 2317.501.40-003 (Jahrestranche: 2 Mio. Franken) 2. Personalaufwand 2003: 1.0 Personenjahre 3. Projektstand 2003: Abschluss der PGV	Der vorgesehene Sach- und Personalaufwand wurde infolge Verzögerungen beim PGV nicht ausgeschöpft.
Erhöhung der durchschnittlichen Reisegeschwindigkeit	4.02.03	Trasseausbau der BLT-Linie 10 im Abschnitt zwischen Münchenstein-Dorf und Griebengasse kann nicht wie vorgesehen abgewickelt werden, weil das PGV stockt (z.B. Einsprachen) und das Projekt überarbeitet werden muss.	Das PGV im Abschnitt Münchenstein Dorf - Griebengasse ist noch nicht abgeschlossen; die Bauarbeiten im Abschnitt Baselstrasse in Arlesheim sind abgeschlossen.
		Verpflichtungskredit LRB 1348 / 1989 (total 68.1 Mio. Fr.) 1. Sachaufwand 2003: Konto 2317.501.40-002 (Jahrestranche: 2 Mio. Franken) 2. Personalaufwand 2003: 1.0 Personenjahre 3. Projektstand 2003: Ausführungsprojekt Münchenstein bis Griebengasse vorliegend	Der vorgesehene Sach- und Personalaufwand für das PGV und den Abschluss des Abschnittes Baselstrasse in Arlesheim ist ausgeschöpft.

Trasseerneuerung WB			
Erhöhung der allgemeinen Verkehrssicherheit durch Reduktion der Konfliktpunkte Schiene / Strasse	4.02.04	Weitgehende bauliche Trennung Schiene / Strasse in Oberdorf (Bauprojekt, PGV getrennt in Abschnitt Winkelweg und Ortsdurchfahrt); Weiterführung der Arbeiten im Abschnitt Winkelweg; Baubeginn im Abschnitt Ortsdurchfahrt abhängig vom Verlauf Plangenehmigungsverfahren.	PGV, Projektierungs- und Bauarbeiten verlaufen besser als erwartet.
	4.02.05	Beginn der Realisierungsarbeiten zur Absicherung der wichtigsten Niveauübergänge in Oberdorf.	PGV, Projektierungs- und Bauarbeiten verlaufen besser als erwartet.
		LRB 1988 / 1999 (total 12 Mio. Fr.) 1. Sachaufwand 2003: Konto 2312.501.20-134 (Jahrestranche: 2 Mio. Franken) 2. Personalaufwand 2003: 1.0 Personenjahre 3. Projektstand 2003: Planauflage Ortsdurchfahrt	Die vorgesehene Jahrestranche Sach- und Personalaufwand wurde infolge beschleunigtem Programmablauf leicht überzogen.

Programmpunkt Nr. 4.02 **Verkehr und Bau / Individualverkehr**

Übersicht
Die eingeschränkten finanziellen Mittel sollen gezielt für den qualitativen Strassenbau eingesetzt werden. Dies bedeutet die Erhaltung der bestehenden Infrastrukturen. Mit einer langfristigen Planung soll der Strassenverkehr möglichst auf wenige, leistungsfähige Hauptachsen (Hochleistungsstrassen) konzentriert werden.
Nach dieser Zielsetzung werden mit erster Priorität die Umfahrung Sissach sowie der Bau der H2 vorangetrieben, die Detailprojektierung für die H2 Pratteln - Liestal weiterbearbeitet sowie die Planung der H18 Umfahrungsstrassen in Laufen / Zwingen weiter verfolgt.
Ebenfalls im Rahmen des qualitativen Strassenbaus wird das kantonale Radroutennetz mit Schwerpunkt in ländlichen Gebieten (Laufental, oberes Baselbiet) weiter ausgebaut.

Ziele		**Massnahmen**	**Amtsbericht 2003**
N2 Belchentunnel			
Substanzerhaltung	4.02.10	Abschluss der Bauarbeiten für die Instandsetzung der zweiten Röhre	Das Ziel wurde erreicht.
		1. Sachaufwand 2003: Konto 2314.501.30-998/999 (Jahrestranche: brutto *~40Mio. Fr.; Kantonsanteil Basel-Landschaft netto ~3.5 Mio. Fr.)* 2. Personalaufwand 2003: 2.0 Personenjahre 3. Projektstand 2003: Abschluss Instandsetzung 2. Röhre bis Ende 2003	Die Querschlagstore und die optische Leiteinrichtung sind verzögert (Einsprache gegen Vergabe, inzwischen abgelehnt). Die Schlussrechnung der Bauunternehmung ist noch in Arbeit.

H2 Umfahrung Sissach			
Fortsetzung Bauarbeiten	4.02.11	Ausführung der Bauarbeiten im Hinblick auf eine mögliche Fertigstellung im 1. Semester 2005 (aufgrund der durch den Tagbruch erlittenen Verzögerung).	Die Bauarbeiten verlaufen nach Terminprogramm, jedoch mit unvorhergesehenen Schwierigkeiten infolge Hebungen des Tunnels im Bereich Haldenweg in Sissach.
		Verpflichtungskredit LRB 77 / 1987 (total 0.87 Mio. Fr.) Verpflichtungskredit LRB 2696 / 1991 (total 179 Mio. Fr.) 1. Sachaufwand 2003: Konto 2312.501.20-104 (Jahrestranche: *40.0 Mio. Fr. brutto)* 2. Personalaufwand 2003: 2.5 Personenjahre 3. Projektstand 2003: Detailprojekt Ausrüstung	
H2 Liestal - Pratteln			
Ausführungsprojekt	4.02.12	Beginn der Projektierungsarbeiten für das Ausführungsprojekt, evtl. Baubeginn Abschnitt Süd	Die Projektierungsarbeiten verlaufen nach Programm; der Baubeginn ist infolge ausstehender Beitragszusicherung und mangelnder Finanzen verzögert.
		Verpflichtungskredit LRB 2418 / 1995 (total 248 Mio. Fr.) 1. Sachaufwand 2003: Konto 2312.501.20-004 (Jahrestranche: 5,0 Mio. Fr.) 2. Personalaufwand 2003: 2.0 Personenjahre 3. Projektstand 2003: Ausführungsprojekt vorliegend	Der Sachaufwand ist infolge verzögertem Baubeginn nicht ausgeschöpft; der Personalaufwand ist infolge Überarbeitung des Tunnelprojektes aufgrund der neuen ASTRA-Richtlinien und Verhandlungen mit dem Bund ausgeschöpft.
	4.02.12	Ausarbeiten des Verkehrskonzepts Liestal unter Berücksichtigung der baulichen Sanierung der Umfahrung Liestal.	Die Planungsstudien sind abgeschlossen; der Variantenvergleich ist in Arbeit.
		Verpflichtungskredit LRB 1217 / 2001 (total 0.9 Mio. Fr.) 1. Sachaufwand 2003: Konto 2312.501.10-138 (Jahrestranche: 0.5 Mio. Fr.) 2. Personalaufwand 2003: 0.2 Personenjahre 3. Projektstand 2003: Entwurf Verkehrskonzept vorhanden	Der Sachaufwand liegt unter dem Budget; der Personalaufwand ist ausgeschöpft.
H18 Umfahrung Laufen / Zwingen			
Erschliessung der Region Entlastung Ortsdurchfahrten	4.02.14	Ausarbeitung Generelles Projekt inkl. Variantenvergleich und stufengerechte UVP	Die Offertbereinigung und die Vergabe der Planungsarbeiten ist aufgrund des Urteils des Kantonsgerichtes erfolgt.
	4.02.15	Generelles Projekt und Projektierung für Definitives Projekt: *Kreditvorlage an den Landrat für generelles Projekt (ca. Sommer 2004)*	Der Start der Planungsarbeiten erfolgt Anfang 2004.
		Verpflichtungskredit LRB 672 / 2000 (total 3 Mio. Fr.)	Der Sach- und Personalaufwand ist infolge Beschwerde-

		1. Sachaufwand 2003: Konto 2312.501.10-013 (Jahrestranche: 0,5 Mio. Fr.) 2. Personalaufwand 2003: 0.8 Personenjahre 3. Projektstand 2003: Planungsstudie	verfahren gegen die Vergabe der Planungsarbeiten nicht ausgeschöpft.
Nationalstrassen, kantonale Hochleistungsstrassen, Kantonsstrassen			
Aufrechterhaltung der Betriebsbereitschaft und Substanzerhaltung	4.02.16	Erhaltung der Kunstbauten und Erneuerung der Fahrbahnen, Nachrüsten der Anlagen (Verkehrsleitsystem, Lärm- und Grundwasser-schutzbauten)	Die Projektierung und die Ausführung der Erhaltung verlaufen nach Programm. Schwergewichtsprojekt: 1. Instandsetzung Belchentunnel
		Diverse Konti Investitionsrechnung + Laufende Rechnung unter der Kontogruppe 2313 und 2314	
Verkehrsentlastung der Dorfkerne	4.02.16	Überarbeitung «Gestaltungsrichtlinie», Abschluss	Die Überarbeitung der Gestaltungsrichtlinien für Kantons-strassen in erhaltenswerten Ortskernen in Zusammen-arbeit mit dem Institut für Verkehrsplanung, Transport-technik, Strassen- und Eisenbahnbau der ETH-Zürich wird im ersten Semester 2004 abgeschlossen mit dem Ziel, Erfahrungen und Erkenntnisse in einer Nachfolge-schrift darzulegen und allenfalls notwendige Anpas-sungen und Ergänzungen zu den damals aufgestellten Projektierungsgrundsätzen zu formulieren.
		Konto 2312.318.20 (Jahrestranche 2003: 0.01 Mio. Fr.)	
Kantonales Radroutennetz			
Weiterausbau	4.02.17	Ausarbeiten ausführungsreifer Projekte und Bauausführung mit Priorität Schulwegsicherung und Eliminierung gefährlicher Punkte und Strecken in ländlichen Gebieten (Laufental, oberes Baselbiet)	Die Projektierung und die Realisierung der Radrouten verlaufen nach Programm.
		Verpflichtungskredit 31 / 1996 (total 22.7 Mio. Fr.) Verpflichtungskredit 74 / 1998 (total 25 Mio. Fr.) Konto 2312.501.20-007 (Jahrestranche 2003: 2 Mio. Fr.)	Der Sach- und Personalaufwand ist weitgehend ausgeschöpft.

Programmpunkt Nr. 4.02 **Verkehr und Bau / Wasserbau**

Übersicht
Der Wandel von Umweltbewusstsein und die Anforderungen an den Wasserbau, speziell an den Hochwasserschutz und die Revitalisierungen, gehen einher. Das neue Bundesgesetz über den Wasserbau bezweckt den Schutz von Menschen und Sachwerten vor schädlichen Auswirkungen durch das Wasser. Dieses Ziel soll mit minimalen Eingriffen in die Fliessgewässer erreicht werden. Dabei kommt Gefahrenanalyse, Schutzzielen, Zweckmässigkeit der Massnahmenplanung und Begrenzung des Restrisikos zentrale Bedeutung zu.
Das Bundesgesetz über die Fischerei bestimmt, dass die freie Fischwanderung sicherzustellen ist. In diesem Sinne werden unüberwindbare Abstürze laufend in fischgängige Rampen umgebaut.

Ziele		**Massnahmen**	**Amtsbericht 2003**
Wasserbaukonzept	4.02.18	Der Entwurf für ein revidiertes Wasserbaugesetz sieht eine Massnahmenplanung vor, die aufzeigt, wo welche Massnahmen im Bereich der Revitalisierungen, des Hochwasserschutzes und der Korrektionen mittelfristig zu treffen sind.	Die Projektphase "Analyse der Defizite und Gewässerentwicklungskonzept" wurde unter der Federführung des Amtes für Umweltschutz und Energie (AUE) weiter bearbeitet. Der erste Entwurf des Wasserbaukonzeptes liegt vor.
Passiver Hochwasserschutz	4.02.19	Erstellen von Gefahrenkarten mit dem Forstamt beider Basel, dem Amt für Raumplanung, dem Amt für Umweltschutz und Energie, dem Tiefbauamt sowie der Basellandschaftlichen Gebäudeversicherung.	Die Gefahrenkarte Waldenburg (Pilotprojekt) ist abgeschlossen. Der Auftrag für die Gefahrenhinweiskarte Basel-Landschaft ist vergeben (Federführung bei der Basellandschaftlichen Gebäudeversicherung).
Wasserbaugesetz	4.02.20	Bereinigung des revidierten Gesetzes über den Wasserbau und die Nutzung der Gewässer gestützt auf die Vernehmlassung; Antrag und Behandlung im Landrat	Das revidierte Gesetz über den Wasserbau ist im Landrat in Behandlung.
Hochwasserschutz	4.02.21	Weiterführung der Arbeiten für Projekt und Bau diverser Objekte (Allschwil, Biel-Benken, Birsfelden, Gelterkinden, Ormalingen und Wenslingen)	
		Allschwil, Konto 2316.501.90-015, LRV 4.Quartal 2002 (Jahrestranche 2003: 0.1 Mio. Fr.) *Biel-Benken, Konto 2316.501.90-999 (Jahrestranche 2003: 0.01 Mio. Fr.)* *Birsfelden: Konto 2316.501.90-016 (Jahrestranche 2003: 2.0 Mio. Fr.)* *Gelterkinden, Konto 2316.501.90-017, LRV 4.Quartal 2002, (Jahrestranche 2003: 0.5 Mio. Fr.)* *Ormalingen, Konto 2316.501.90-018, LRV 4.Quartal 2002, (Jahrestranche 2003: 1 Mio. Fr.)*	Allschwil: Bauprojekte "Hochwasserschutz Dorf und Amphibienschutz Mülitäli" in Bearbeitung. Biel-Benken: Bauprojekt in Bearbeitung. Birsfelden: Bauarbeiten Revitalisierung "Birs vital" Gelterkinden: Behandlung von Einsprachen. Ormalingen: Im November 2003 erfolgte der Baubeginn.

Programmpunkt Nr. 4.03 **Bau und Architektur**

Übersicht
Der Kanton verfügt grundsätzlich über gute, zweckmässige Infrastrukturen zur Bewältigung seiner Aufgaben. In Liestal zeichnet sich weiterhin kurz- bis mittelfristig Raumknappheit ab, hauptsächlich ausgelöst durch weitere Personalaufstockungen in den Bereichen Gerichte, Justiz aber auch in verschiedenen Einzelbereichen aller Direktionen mit erweiterten Leistungsaufträgen. Auf Grund des bestehenden Raumangebots zeichnet sich ab, dass vermehrt Lösungen mit Neubauprojekten zur Deckung des Raumbedarfes gesucht werden müssten.
Die Reduktion der finanziellen Mittel im Bereich der laufenden Rechnung aber insbesondere auch der Investitionsrechnung ab 2003 werden zur Folge haben, dass in erster Linie dringend notwendige werterhaltende Sanierungsmassnahmen ausgeführt werden. Nutzeranforderungen, die Umnutzungen und Erweiterungen bestehender Bauten und Anlagen oder Neueinmietungen bedingen, können nur in beschränktem Masse realisiert werden. Die Umsetzung von Grossprojekten im Neubaubereich muss priorisiert und etappiert werden; Verzögerungen gegenüber den Ansprüchen sind vorprogrammiert.

Ziele		**Massnahmen**	**Amtsbericht 2003**
Raumbewirtschaftung			
Mit einer zentralen, ganzheitlichen Raumbewirtschaftung sind die Voraussetzungen gegeben, ökonomisch ausgerichtete Lösungen zu planen und umzusetzen.		Schwerpunkte im Jahre 2003 bilden Bauvorhaben in unterschiedlichen Bau- und Planungsprozessen:	
	4.03.14	Übernahme der Sekundarschule zum Kanton. Der Kanton soll die Sekundarschulen und -anlagen durch die Abgeltung der aktuellen Restschuld, die sie den Standortgemeinden schuldet, übernehmen. Neu wird das Hochbauamt für die Bewirtschaftung der Anlagen zuständig sein. Die Übernahme auf den 1. 1. 2004 wird vorbereitet.	
		1. Sachaufwand 2003: Konto 2320.503.30-247 0,3 Mio. Franken 2. Personalaufwand 2003: 1.5 Personenjahre 3. Projektstand 2003: Anfang 2003: Volksabstimmung Ende 2003: erste Planung, Investitionsprojekte gestartet.	Die Vorlage Nr. 2002 / 113 wurde vom Landrat am 5. Juni 2003 an die Regierung zurückgewiesen mit dem Auftrag, bis spätestens Ende 2004 eine neue Vorlage über Eigentum, Unterhalt und Nutzung der Sekundarschul-bauten und -anlagen (beinhaltend auch die heutigen Realschulbauten) zu unterbreiten. Ziel ist es, die Übernahme per Schuljahr 2005 / 2006 zu realisieren und dem Landrat im Herbst 2003 eine Vorlage mit einer Übergangslösung für den Zeitraum zwischen Inkrafttreten des neuen Bildungsgesetzes bis zur Umsetzung einer integralen Lösung unter Einbezug der heutigen Realschulbauten vorzulegen. Die BKSD hat die

			Federführung bei diesen beiden Vorlagen übernommen. Die Erarbeitung der Vorlage für die Übergangslösung ist per Ende 2003 noch in Bearbeitung.
		Im Bereich ***Bauausführung*** werden Bauleistungen an folgenden Objekten erbracht:	
	4.03.23 (neu)	Liestal, Kantonsspital Um- und Erweiterungsbauten Das bauliche Konzept sieht ein neues Bettenhaus, eine Erweiterung der Untersuchungs- und Behandlungsbereiche, die Schaffung eines Versorgungszentrums sowie zahlreiche Umbaumassnahmen im bestehenden Bettenhaus und in den Flachbereichen vor.	
		LRB Nr. 2814 / 1991, 2016 / 1994, 1799 / 1999, 1422 / 2002 1. Sachaufwand 2003 Konto 2320.503.30-144 8.0 Mio. Fr. 2. Personalaufwand 2003: 1.8 Personenjahre 3. Projektstand 2003: Anfang 2003: Baulicher Bereich abgeschlossen bis auf Umgebungsarbeiten sowie Haustechnikinstallationen; Ende 2003: Abschluss der Haustechnikoptimierungen und -ergänzungen sowie Mängelbehebung	Der Bereich Bau sowie der grösste Teil der Haustechnikoptimierungen konnten 2003 abgeschlossen werden. Die Erledigung von Mängeln und Pendenzen im Bereich Haustechnik weist einen Überhang in das Jahr 2004 aus. Der zeitliche Aufwand für die Erledigung dieser Arbeiten wurde unterschätzt. Der Sachaufwand im 2004 beträgt noch rund 2.0 Mio. Franken.
	4.03.01	Liestal. Kantonale Psychiatrische Dienste: Sanierung, Um- und Ausbau Haus 5 inklusive Werkstatt- und Bürogebäude Im Haus 5 der Kantonalen Psychiatrischen Klinik werden optimale, polyvalent nutzbare Patientenstationen geschaffen, sowie ein Therapie-Zentrum für körperbezogene Behandlungen. Gleichzeitig wird dieses Haus vollständig renoviert und der Innenausbau einem zeitgemässen Standard angepasst. Die im Haus 5 verdrängten Büros werden in einem neuen Bürogebäude mit Patientenwerkstatt in unmittelbarer Nähe in einem Neubau untergebracht.	
		LRB Nr. 0202 / 1999, 1288 / 2001 1. Sachaufwand 2003: Konto 2320.503.30-199 7.0 Mio. Franken; 2. Personalaufwand 2003: 1.2 Personenjahre 3. Projektstand 2003: Anfang 2003: Vorbereitung zur Ausführung, Ausschreibung zu 50 % erstellt; Ende 2003: In Ausführung: Haus C; Rohbau 2 Haus A;	Das Bauvorhaben verlief nach Programm.

		Ausbau begonnen	
	4.03.03	Liestal, Sanierung und Ausbau Kaserne Durch den Umbau der alten Kaserne, den Bau eines neuen Dienstgebäudes sowie eines Parking- und Magazingebäudes soll für die künftige Nutzung durch die Führungsunterstützung Heer eine polyvalent nutzbare und zeitgemässe Ausbildungsinfrastruktur für die Armee XXI realisiert werden.	
		LRB Nr. 1682 / 1090, 1789 / 1999, 0544 / 2000 1. Sachaufwand 2003: Konto 2320.503.30-114 16,0 Mio. Franken; 2. Personalaufwand 2003: 1.2 Personenjahre 3. Projektstand 2003: Anfang 2003: Dienstgebäude: Rohbau 1; Haupt- und Freizeitgebäude: Abbruch und Demontagen; Ende 2003: Dienstgebäude: Ausbau 2; Haupt- und Freizeitgebäude: Ausbau 1	Das Bauvorhaben verlief nach Programm.
	4.03.12	Liestal, Neue Kantonsbibliothek Baselland An zentraler Lage in Liestal, in unmittelbarer Bahnhofsnähe soll das Gebäude der ehemaligen Weinhandlung Roth für die Kantonsbibliothek umgebaut werden. Es wird eine moderne, hochfrequentierte Bibliothek im Sinne eines kulturellen Treffpunkts mit attraktiven Angeboten, Dienstleistungen und optimalem Betriebskonzept entstehen. Erste Bauarbeiten.	
		LRB Nr. 1590 / 2002 1. Sachaufwand 2003: Konto 2320.503.30-220 6,0 Mio. Franken; 2. Personalaufwand 2003: 1.0 Personenjahre 3. Projektstand 2003: Anfang 2003: Beginn Vorbereitung der Ausführung; Ende 2003: In Ausführung: Vorbereitung und Rückbau	Der Rückbau wurde abgeschlossen und die Rohbauarbeiten sind im Gang. Das Bauvorhaben ist im Zeitplan.
	4.03.15	Kantonsspital Bruderholz; Sicherheitsrelevante Sofortmassnahmen; Verschiedene der über 30-jährigen technischen Anlagen entsprechen nicht mehr den Sicherheitsanforderungen, welche an ein modernes Spital gestellt werden. Die geplanten Massnahmen sind für die kurz- und mittelfristige Aufrechterhaltung des Spitalbetriebes unabdingbar. Im Zusammenhang mit der noch offenen Spital-	

		planung muss festgehalten werden, dass diese Massnahmen keine Konsequenzen auf zukünftige Entwicklungsvarianten haben.	
		1. Sachaufwand 2003: Konto 2320.503.30-236 2,0 Mio. Franken 2. Personalaufwand 2003: 0.4 Personenjahre 3. Projektstand 2003: Anfang 2003: Baukreditvorlage überwiesen an den Landrat; Ende 2003: In Ausführung, Baubeginn im 3. Quartal	Am 16. Oktober 2003 wurde die Baukreditvorlage 2003 / 168 vom Landrat genehmigt. Der Baubeginn konnte somit erst im 4. Quartal erfolgen. Der Sachaufwand 2003 betrug bisher rund 1.0 Mio. Franken.
	4.03.16	Kantonsspital Bruderholz, Aufstockung offenes Parkdeck. Das ungenügende Parkplatzangebot soll durch die Erstellung eines zweiten Parkdecks entschärft werden. Das Angebot kann um 116 Parkplätze erhöht werden. Erste Bauarbeiten.	
		1. Sachaufwand 2003: Konto 2320.503.30-243 1.5 Mio. Franken 2. Personalaufwand 2003: 0.3 Personenjahre 3. Projektstand 2003: Anfang 2003: Vorbereitung der Ausführung; Ende 2003: Bau vollendet	Das neue Parkgeschoss wurde dem Nutzer übergeben und kann benutzt werden. Der definitive Deckbelag wird im Frühjahr 2004 eingebaut.
	4.03.17	Liestal, Zusammenführung Amt für Bevölkerungsschutz und Militärverwaltung Mit dem organisatorischen Zusammenschluss des Amtes für Bevölkerungsschutz und der Militärverwaltung soll ein Kompetenzzentrum in Sachen Militär, Bevölkerungs-schutz und Zivilschutz unter einem Dach entstehen. Die baulichen Investitionen beinhalten eine Verdichtung im Zeughaus, Oristalstrasse 100 und die Integration von 22 Arbeitsplätzen des Amtes für Bevölkerungsschutz. Landratsbeschluss vorbehalten. Erste Bauarbeiten.	
		Landratsvorlage 2002 / 154 1. Sachaufwand 2003: Konto 2320.503.30-245 1,7 Mio. Franken 2. Personalaufwand 2003: 0.6 Personenjahre 3. Projektstand 2003: Anfang 2003: Vorbereitung der Ausführung; Ende 2003: In Ausführung, Ausbau 1 abgeschlossen.	Der Baubeginn wurde aus militärbetrieblichen Gründen bis in den November 2003 verzögert. Der Ausbau der ersten Etappe von vier Etappen ist abgeschlossen und bezugsbereit. Der Sachaufwand 2003 betrug rund 1.0 Mio. Franken.
		Bauprojektvorlagen *(Landratsvorlagen)* für folgende Projekte:	
	4.03.09	Oberwil, Gymnasium Mediothek Umbau und Sanierung. Das Gymnasium Oberwil wird räumlich erweitert und	Die Projektierungsvorlage 2003 / 174 wurde erst am 12. August 2003 an den Landrat überwiesen. Der Beschluss

		teilsaniert. Die Mediothek wird neu platziert und vergrössert sowie der Eingangs- und Foyerbereich umgestaltet und mit den notwendigen Nebennutzungen ergänzt.	des Landrates erfolgte am 6. November 2003. Das Bauprojekt kann im 4. Quartal 2004 abgeschlossen werden. Das Bauprojekt ist somit ein Jahr in Verzug.
		1. Sachaufwand 2003: Konto 2320.503.30-225 0,3 Mio. Franken 2. Personalaufwand 2003: 0.5 Personenjahre 3. Projektstand 2003: Anfang 2003: Projektierungs-vorlage überwiesen an Landrat; Ende 2003: Bauprojekt abgeschlossen	
	4.03.18	Liestal, Erweiterung Staatsarchiv. Durch die Erweiterung des Staatsarchivs sollen Archivraumkapazitäten für die nächsten 25 Jahre realisiert werden, die notwendigen Arbeitsräume für die Erfüllung der Aufgaben bereitgestellt sowie für das Publikum attraktive Räume und Arbeitsplätze für die Nutzung der Archivalien geschaffen werden.	
		LRB Nr. 1504 / 2002 1. Sachaufwand 2003: Konto 2320.503.30-226 0,8 Mio. Franken; 2. Personalaufwand 2003: 0.5 Personenjahre 3. Projektstand 2003: Anfang 2003: Baukreditvorlage im Landrat; Ende 2003: Baubeginn	Die Baukreditvorlage wurde am 8. Juli 2003 vom Regierungsrat an den Landrat überwiesen. Die Vorlage ist in der Beratung in der Bau- und Planungskommission. Der Baubeginn kann erst im Jahr 2004 erfolgen.
	4.03.19	Muttenz, Fachhochschule beider Basel, Sanierung Lüftung Chemie / Mensa / Labor. Die Lüftungsanlagen im 7. / 8. OG des Hauptgebäudes, in der Aula/Mensa sowie im Labortrakt müssen aus Alters- und Sicherheitsgründen saniert werden. Daneben stehen auch in den Unterrichts- resp. Laborräumen der Abteilung Chemie verschiedene bauliche und infra-strukturelle Massnahmen an.	
		1. Sachaufwand 2003: Konto 2320.503.30-307 0,3 Mio. Franken 2. Personalaufwand 2003: 0.3 Personenjahre 3. Projektstand 2003: Anfang 2003: Bauprojekt in Abschluss begriffen; Ende 2003: Beginn Vorbereitung der Ausführung	Infolge mangelnder Personalressourcen des Bereichs Gebäudetechnik kam es zu Verzögerungen bei der Bearbeitung des Bauprojektes. Die Landratsvorlage wird im 2. Quartal 2004 vorliegen. Die Vorbereitung zur Ausführung kann nach dem rechtskräftigen Beschluss des Landrates Ende 2004 erfolgen.
		Basel, Universitätskinderspital beider Basel, Neubau in Basel. Partnerschaftliches Geschäft der beiden Kantone. Die	

		Projektverantwortung liegt beim Baudepartement Basel-Stadt. Für den Neubau wird ein Projektwettbewerb durchgeführt.	
		Landratsvorlage 2002 / 136 1. Sachaufwand 2003: Konto 2320.503.30-242 0.4 Mio. Franken 2. Personalaufwand 2003: 0.4 Personenjahre 3. Projektstand 2003: Anfang 2003: Start Projekt-wettbewerb; Ende 2003: Resultate Projektwettbewerb	Die Durchführung des zweistufigen Projektwettbewerbes erfolgt plangemäss. Auf Ende 2003 konnte die erste Stufe des Wettbewerbes abgeschlossen werden.
	neu	Kantonales Institut für Pathologie. Zur Unterbringung des Kantonalen Institutes für Pathologie sollen durch einen An- und Umbau des bestehenden Personalhauses des Kantonsspitals Liestal (KSL) zeitgemässe und gesetzeskonforme Labor- und Büroräumlichkeiten hergerichtet werden.	
		Keine Vorgaben.	Die Landratsvorlage wurde im 2002 sistiert und im 2003 aus dem Regierungsprogramm entfernt. Im Jahr 2003 wurde die Baukreditvorlage 2003 / 170 infolge Priorität am 15. Juli 2003 vom Regierungsrat an den Landrat überwiesen. Die Vorlage ist in der Beratung in der Bau- und Planungskommission.
	neu	Durchgangszentrum Pratteln Ein neues Durchgangszentrum für Asylsuchende soll in der Pratteler Gewerbezone Wannenboden-Ost entstehen.	
		Keine Vorgaben.	Die Baukreditvorlage 2003 / 177 wurde am 19. August 2003 vom Regierungsrat an den Landrat überwiesen. Die Vorlage ist in der Beratung in der Bau- und Planungs-kommission.

Programmpunkt Nr. 4.04 **Raumplanung**

Schwerpunkte der Raumplanung bilden die Erarbeitung des kantonalen Richtplans aufgrund der Zielvorstellungen für die räumliche Entwicklung des Kantons (KORE) mit den dafür notwendigen Grundlagen, der Aufbau der Raumbeobachtung als Entscheidungsgrundlage für den wirksamen Massnahmen- und Mitteleinsatz (insbesondere im Bereich Natur- und Landschaftsschutz) und die Verbesserung des öffentlichen Verkehrs im Rahmen der Umsetzung des Generellen Leistungsauftrages 2001 - 2005.

Ziele		Massnahmen	Amtsbericht 2003
Grenzüberschreitende Planung			
Verbesserung der Zusammenarbeit mit den in- und ausländischen Nachbarn und kontinuierliche Koordination der regionalen Planungen	4.04.01	Fortschreibung des Entwicklungskonzepts und Beginn der Machbarkeitsstudien der Schlüsselprojekte für die Aktionsräume Nord und Ost der Trinationalen Agglomeration Basel (TAB) im Rahmen von Interreg III.	
		1. Sachaufwand 2003: Konten 2351.317.20 und 2351.318.20-100 Fr. 30'000.– 2. Personalaufwand 2003: 1 Personenjahr 3. Projektstand 2003: gemäss Programm TAB	Das Amt für Raumplanung (ARP) wirkte bei den Projekten ”S-Bahn-Innerstadt” und ”Entwicklung Raum Rheinfelden” mit. Federführend wurde das Projekt ”Salina-Raurica” bearbeitet. Die Geldmittel wurden ausgeschöpft, der personelle Aufwand wurde eingehalten und die Arbeiten schritten programmgemäss voran. Zusätzlich wurden die Projekte ”Dreispitz” und ”Sportstadt / Parklandschaft St. Jakob” bearbeitet.
Kantonsplanung			
Festlegen der gewünschten räumlichen Entwicklung	4.04.04	Erarbeitung des kantonalen Richtplans Basel-Landschaft, Vernehmlassung	
		1. Sachaufwand 2003: Konten 2351.310.40 und 2351.318.20-100 Fr. 100'000.– 2. Personalaufwand 2003: 1.5 Personenjahre 3. Projektstand 2003: Entwurf Richtplan abgeschlossen. Vernehmlassung erfolgt	1. Der Sachaufwand wurde ausgeschöpft. 2. Der Personalaufwand wurde mehr als ausgeschöpft (1.6 Personenjahre). 3. Nachdem das KORE im September 2003 beschlossen wurde, steht nun der kantonale Richtplan im Entwurf für eine BUD-interne Vernehmlassung im Januar 2004 bereit (KORE = Konzept räumliche Entwicklung).
	4.04.19	Entwicklungsplanung Salina-Raurica	
		1. Sachaufwand 2003: Fr. 600'000.– Finanzierung über den Fonds für Wirtschaftsförderung 2. Personalaufwand 2003: 1 Personenjahr 3. Projektstand 2003: Entwicklungsplan (Spezialrichtplan) abgeschlossen, Vernehmlassung erfolgt	1. Sachaufwand: Das Projekt ”Salina Raurica” wurde zusätzlich zur Finanzierung durch den Fonds für Wirtschaftsförderung durch das Bundesamt für Raumentwicklung (Fr. 50'000.-) und Interreg III (Fr. 50'000.-) unterstützt. Die finanziellen Ressourcen wurden ausgeschöpft. 2. Personalaufwand: 1 Personenjahr wurde ausgeschöpft. 3. Projektstand: Der Entwicklungsplan liegt vor; der

			Spezialplan wird im 1. Quartal 2004 ausgearbeitet und die Vernehmlassung im 2. Quartal 2004 erfolgen.
	4.04.20	Gefahrenhinweiskarte Basel-Landschaft	
		1. Sachaufwand 2003: - 2. Personalaufwand 2003: 0.2 Personenjahre 3. Projektstand 2003: Projektorganisation aufgebaut. Submissionsverfahren Gefahrenhinweiskarte abgeschlossen	1. Sachaufwand 2003: - 2. Der Personalaufwand wurde ausgeschöpft. 3. Projektorganisation aufgebaut, Submissionsverfahren abgeschlossen, Vergabe erfolgt durch die kantonale Gebäudeversicherung im Januar 2004.
	4.04.23 (neu)	Langsamverkehr; Erarbeitung eines Leitbildes	
		1. Sachaufwand 2003: Konto 2351.318.20-100 Fr. 25'000.– 2. Personalaufwand 2003: 0.2 Personenjahre 3. Projektstand 2003: Leitbild erarbeiten	1. Sachaufwand: Fr. 0.-. 2. Der Personalaufwand wurde nicht ausgeschöpft (nur 0.1 Personenjahre) 3. Das Leitbild wurde nicht erarbeitet.
Ortsplanung			
Unterstützung der Gemeinden bei der Umsetzung des neuen Raumplanungs- und Baugesetzes (RBG) und der Verordnung (RBV) bzw. bei der Anpassung der Ortsplanungen	4.04.21	Erarbeiten weiterer Grundlagen und Muster-Reglemente für die Nutzungsplanung. Auswertung der Erfahrungen mit dem neuen Raumplanungs- und Baugesetz des Kantons Basel-Landschaft (RBG BL)	Aufgrund der Vernehmlassungsergebnisse müssen die Wegleitung und das Muster-Zonenreglement Landschaft überarbeitet und können deshalb noch nicht abgeschlossen werden. Die Auswertung der Erfahrungen mit dem RBG BL in Bezug auf die kommunale Richtplanung konnte abgeschlossen werden.
		1. Sachaufwand 2003: Konten 2352.310.40 und 2352.318.20: Fr. 93'000.– 2. Personalaufwand 2003: 0.5 Personenjahre 3. Projektstand 2003: Grundlagen und Muster-Reglemente zu 80 % abgeschlossen.	1. Die Geldmittel konnten nicht vollumfänglich ausgeschöpft werden, da Verzögerungen bei der Wegleitung zu Zonenvorschriften Landschaft sowie bei der Erarbeitung von Praxisrichtlinien auftraten. 2. Der Personalaufwand wurde ausgeschöpft. 3. Projektstand: Das Projekt ist zu 60 % abgeschlossen.
Öffentlicher Verkehr			
Verbesserung des öffentlichen Verkehrs	4.04.05	Umsetzen des Generellen Leistungsauftrages 2001 - 2005. Es ist davon auszugehen, dass dieser wegen fehlender Mittel nicht völlig realisiert werden kann!	Mit Ausnahme der Verlängerung der Buslinien 70 und 80 vom Aeschenplatz zum Bahnhof Basel SBB sind sämtliche Massnahmen bereits im Jahr 2001 umgesetzt worden.
		Studien zur ÖV-Erschliessung Raum Allschwil, Leimen- und Ergolztal.	Die Studien sind abgeschlossen, die Vernehmlassungsergebnisse sind eingeholt und werden zur Zeit ausgewertet.
		1. Sachaufwand 2003: Konto 2357.318.20-001	1. Sachaufwand: Fr. 64'785.-

		Fr. 110'000.– 2. Personalaufwand 2003: 1.5 Personenjahre 3. Projektstand 2003: Ende 2003 abgeschlossen	2. Der Personalaufwand wurde eingehalten. 3. Die Studie wurde gemäss Programm abgeschlossen.
	4.04.24 (neu)	Mitwirken an der Planung für den Innerstadttunnel («Herzstück») gemeinsam mit Basel-Stadt	Die Abklärungen in Bezug auf die Machbarkeit und die Zweckmässigkeit sind noch im Gang.
		1. Sachaufwand 2003: Konto 2357.318.20-001 Fr. 50'000.– 2. Personalaufwand 2003: 0.25 Personenjahre 3. Projektstand 2003: Projektbeginn 2003 (FF BS)	1. Sachaufwand: Fr. 0.- 2. Der Personalaufwand wurde eingehalten. 3. Der Abschluss erfolgt voraussichtlich bis Mitte 2004.
	4.04.07	Gemeinsame Planung der Regio-S-Bahn Basel 2005 (verbessertes Angebot, neues Rollmaterial, verbesserte Bahnhofinfrastruktur) mit SBB und Kantonen der NWCH, F und D *Vorlage an Landrat*	Die Verhandlungen über die Langfristvereinbarung sind noch nicht abgeschlossen. Die Vorbereitung der Vorlage an den Landrat wird ins Jahr 2004 verschoben.
		1. Sachaufwand 2003: Konto 2357.318.20-001 Fr. 50'000.– 2. Personalaufwand 2003: 0.5 Personenjahre 3. Projektstand 2003: Planung 2003 abgeschlossen	1. Sachaufwand: Fr. 0.- 2. Der Personalaufwand wurde eingehalten. 3. Der Abschluss erfolgt voraussichtlich bis Mitte 2004.
	4.04.25 (neu)	Gemeinsame Planung Bahn 2000, 2. Etappe (Fahrplankonzept / Rollmaterial / Investitionsmodule) mit SBB und Kantonen der NWCH	Die Planungsarbeiten des Bundes haben sich verzögert, weil der Finanzrahmen gemäss FinöV zur Realisierung der dringend benötigten Infrastrukturvorhaben nicht ausreicht.
		1. Sachaufwand 2003: Konto 2357.318.20-001 Fr. 20'000.– 2. Personalaufwand 2003: 0.5 Personenjahre 3. Projektstand 2003: Mitwirkung des Kantons im 2003 abgeschlossen	1. Sachaufwand: Fr. 0.- 2. Der Personalaufwand wurde nicht ausgeschöpft. 3. Die Mitwirkung des Kantons Basel-Landschaft wurde infolge der Verzögerungen beim Bund nicht beansprucht.
Ausbau des behinderten- und betagtengerechten öffentlichen Nahverkehrs	4.04.06	Revision des ÖV-Gesetzes für einen behinderten- und betagtengerechten öffentlichen Nahverkehr auf der Grundlage des erstellten Konzeptes (gemeinsam mit Basel-Stadt) *Gesetzesvorlage an den Landrat*	Die Beschlüsse des eidgenössischen Parlamentes zum Behindertengleichstellungsgesetz und zu den Verordnungen des Gesetzes haben sich verzögert. Sie bilden die Grundlage der kantonalen Gesetzesrevision. BUD-Bericht und Beschluss liegen vor. Die Arbeiten sind im Gang.
		1. Sachaufwand 2003: Konto 2357.318.20-001 Fr. 10'000.– 2. Personalaufwand 2003: 0.5 Personenjahre 3. Projektstand 2003: Gesetzesvorlage im 2003 an den Regierungsrat	1. Sachaufwand: Fr. 0.- 2. Der Personalaufwand wurde nicht ausgeschöpft (0.1). 3. Die Gesetzesarbeiten werden im 2004 aufgenommen.
Gemeindebeiträge	4.04.22	Prüfen der Gemeindebeiträge an die Abgeltungen des öffentlichen Verkehrs (Bericht an den Landrat)	Die Arbeiten sind noch im Gang.

		1. Sachaufwand 2003: - 2. Personalaufwand 2003: 0.25 Personenjahre 3. Projektstand 2003: Bericht Ende 2003 an Landrat	1. Sachaufwand: Fr. 0.- 2. Personalaufwand: programmgemäss. 3. Die Arbeiten werden voraussichtlich im 2004 abgeschlossen.
	4.04.08	Sicherstellung des Güterverkehrs mit Projekten: SBB-Linienführung im Ergolztal, Wisenberg	Entscheidend ist die Aufnahme des Wisenbergtunnels in das Bundesprogramm für die Bahn 2000, 2. Etappe. Dieser Entscheid ist noch hängig (vgl Ziffer 4.04.25).
		(siehe Projekt Gemeinsame Planung Bahn 2000 Ziffer 4.04.25)	(siehe Projekt Gemeinsame Planung Bahn 2000 Ziffer 4.04.25)
Natur und Landschaft			
Erhaltung und Förderung der Biodiversität	4.04.26 (neu)	Biotopschutz und ökologischer Ausgleich Fortsetzung des Programms «Naturschutz im Wald»	
		1. Sachaufwand 2003: Konto 2355.365.60-003 Fr. 925'000.– 2. Personalaufwand 2003: 0.6 Personenjahre (ohne Aufwand des Kantonsforstamtes) 3. Projektstand 2003: Fortsetzung des Programms gemäss Leistungsauftrag	Das Programm wurde im 2003 sistiert. Deshalb konnte nur der Restbetrag des alten Verpflichtungskredites von Fr. 255'466.- beansprucht werden. Die Fortsetzung ist für das Jahr 2005 vorgesehen. Die Kreditvorlage wird im 1. Quartal 2004 dem Regierungsrat zur Überweisung an den Landrat unterbreitet.
	4.04.27 (neu)	Ökologischer Ausgleich im Landwirtschaftsgebiet *Vorlage an den Landrat*	
		1. Sachaufwand 2003: Konto 2355.365.60-004 Fr. 3'450'000.– 2. Personalaufwand 2003: 0.6 Personenjahre (ohne Aufwand des Landwirtschaftlichen Zentrums Ebenrain) 3. Projektstand 2003: Fortsetzung des Programmes gemäss Leistungsauftrag	Der personelle Aufwand wurde eingehalten. Der Kredit konnte nicht voll ausgeschöpft werden (Fr. 3'246'425.-), da im Vorjahr wesentlich weniger Verträge als erwartet abgeschlossen wurden. Dieser "Rückstand" liess sich im 2003 nicht kompensieren.
	4.04.17	Vollzug des Inventars der Amphibien-Laichgebiete von nationaler Bedeutung, insbesondere Realisierung des Ersatzstandortes «Mühlebachtal», Allschwil (im Rahmen des Hochwasserschutzes), Zurlindengrube Pratteln (im Rahmen der Planung Salina-Raurica)	
		1. Sachaufwand 2003: Konto 2355.314.60-001 Fr. 150'000.– 2. Personalaufwand 2003: 1.0 Personenjahr 3. Projektstand 2003: Baubeginn des Ersatzstandortes “Mühlebachtal” durch Tiefbauamt, Lösungsvorschlag für die “Zurlindengrube” im Rahmen von “Salina Raurica”	Aufgrund der geringen personellen Ressourcen lässt sich der Schutz der einzelnen Objekte nicht fristgemäss umsetzen. Der Personalaufwand betrug 0.2 Personenjahre. Für die Pflege wurden Fr. 12'558.- aufgewendet. Programmgemäss verläuft die Realisierung des Ersatzstandortes “Mühlebachtal” im Rahmen des Hochwasserschutzes Allschwil.

	4.04.11	Umsetzung der Programme «Trend Natur Basel-Landschaft» (Biodiversitätsmonitoring) und «Erfolgskontrolle»	Das Programm ist aus finanziellen Gründen sistiert. Die Erfolgskontrolle wird punktuell durchgeführt in den Naturschutzgebieten: • Meistelberg-Bohlberg, Liesberg • Tal, Anwil • Reinacherheide • Chilpen, Diegten • Objekte des Inventars der Amphibien von nationaler Bedeutung (IANB)
		1. Sachaufwand 2003: Konto 2355.318.20-001 Fr. 43'000.– 2. Personalaufwand 2003: 1 Personenjahr 3. Projektstand 2003: Start des Programmes	1. Die Geldmittel für die punktuelle Erfolgskontrolle wurden ausgeschöpft. 2. Das Projekt “Trend Natur” sowie die dazugehörigen Mittel sind sistiert (0.05 Personenjahre). 3. Das Projekt “Trend Natur” ist sistiert.
	4.04.12	Etablierung der Aufsicht und Besucherinformation in Naturschutzgebieten	
		1. Sachaufwand 2003: Konto 2355.314.60-002 Fr. 100'000.– 2. Personalaufwand 2003: 0.1 Personenjahre 3. Projektstand 2003: Erstes Betriebsjahr des Projektes erfolgreich abgeschlossen	1. Der Kredit wurde vertragsgemäss ausgeschöpft. 2. Der personelle Aufwand wurde eingehalten. 3. Das Projekt verläuft programmgemäss.
	4.04.14	Grossräumiger Biotopverbund: Umsetzung mit Einzelprojekten, Aufnahme der Wildtierkorridore im Richtplan (4.04.04)	Der Projektstart wurde aufgrund dringenderer Prioritäten auf das Jahr 2004 verschoben.
		1. Sachaufwand 2003: (Kosten fallen beim Tiefbauamt an) 2. Personalaufwand 2003: 0.2 Personenjahre 3. Projektstand 2003: Projektstart unter der Federführung des Tiefbauamtes gemäss Vorgaben ASTRA vom 4. 7. 2002	
Denkmalpflege und Ortsbildpflege			
	4.04.18	Denkmalpflege und Denkmalschutz von bedeutenden Objekten. Abschluss von Umbau- und Renovationsarbeiten unter anderem von Schloss Zwingen, Schulhaus Arisdorf, Ostgarten Schloss Ebenrain, Aquädukt Ermitage, Pfarrscheune Liestal, Haas'sche Schriftgiesserei Münchenstein. Aufnahme von vier Kulturdenkmälern in das kantonale	Die Arbeiten verlaufen gemäss Programm.

		Inventar der geschützten Kulturdenkmäler durch den Regierungsrat nach festgelegten kantonalen Kriterien. Ausführliche Artikel über Wildenstein und Ermitage, Kunstführer Cheesmeyer in Sissach.	
		1. Sachaufwand 2003: Fr. 650'000.- Konto 2354.365.70 / 2354.318.20-100 2. Personalaufwand 2003: 3.0 Personenjahr	
	4.04.19	Erarbeiten von Grundlagen Für das Bauinventar Baselland (BIB) sind zehn Gemeinden abgeschlossen worden. 1. Sachaufwand 2003: Fr. 9'000.- / Konto 2354.310.30 2. Personalaufwand 2003: 1.5 Personenjahr	Es besteht ein leichter Rückstand bezüglich der Anzahl der abgeschlossenen Gemeinden. Begründung: Mehrere grosse Gemeinden sind im 2003 inventarisiert worden. Ausgleich der Bilanz in den nächsten Jahren mit mehreren kleineren Gemeinden.
	4.04.20	Projekte der Ortsbildpflege - Beratung und Jurierung von Wettbewerben - Mitarbeit bei der Aktualisierung des Inventars der schützenswerten Ortsbilder der Schweiz (ISOS) - Stellungnahmen und Begleitung von Ortskernplanungen	Die Arbeiten verlaufen gemäss Programm.
		1. Sachaufwand 2003: Fr. 0.- 2. Personalaufwand 2003: 1.5 Personenjahr	

5 JUSTIZ-, POLIZEI- UND MILITÄRDIREKTION (JPMD)

Generelle Absichtserklärung

Das Jahr 2003 wird für die Justiz-, Polizei- und Militärdirektion das Jahr der Umsetzung und des Vollzugs eingeleiteter Konzepte im Bereich «Sicherheit» und Gesetzgebungsvorhaben sein.

Programmpunkt Nr. 5.01 **Öffentliche Sicherheit / Kriminalitätsbekämpfung, Bevölkerungsschutz**

Übersicht
Die Garantie der öffentlichen Sicherheit hat eine präventive und eine repressive Seite. Vermehrt soll die Präsenz der Polizei sichtbar sein. Das Gebiet «Verkehrssicherheit» als Teil der öffentlichen Sicherheit wird nach wie vor einen Tätigkeitsschwerpunkt bilden. In den Bereichen Militär und Bevölkerungsschutz müssen die Reformen des Bundes (Armee XXI und Bevölkerungsschutz) auf der Ebene des Kantons umgesetzt werden.

Ziele		Massnahmen	Amtsbericht 2003
Kriminalitätsbekämpfung			
Polizeiliche Zusammenarbeit im Dreiländereck verstärken	5.01.10	Praktische Umsetzung der Staatsverträge zwischen der Schweiz und Deutschland bzw. Frankreich im Aufgabenbereich der polizeilichen Zusammenarbeit (Ausbildung, Übungen etc.)	Die Umsetzung der Staatsverträge in die Praxis wurde in diversen Verfahren im Bereich der Schwerstkriminalität vollzogen. So wurden bei den letzten Kapitalverbrechen länderübergreifende Hausdurchsuchungen sowie Observationen durchgeführt. Die Erfahrungen aus diesen Ermittlungen sind im Kontext zu den Verträgen sehr positiv; sie dienen heute einer effizienten, länderübergreifenden Kriminalitätsbekämpfung.
Kriminalitätsbekämpfung mit präventiven und repressiven Mitteln intensivieren	5.01.30	Optimierte sichtbare Polizeipräsenz	Die Verstärkung der sichtbaren Polizeipräsenz trägt Früchte bei der Kriminalitätsbekämpfung und bei der Verkehrssicherheit. Erstere ist aber auch eng mit der Reorganisation der Hauptabteilung Sicherheit und Ordnung verbunden. Dieser Prozess ist noch nicht abgeschlossen.
	5.01.32 (neu)	Ausbau der Polizei-Jugendsachbearbeitenden auf 6 Personen	Per November 2003 war der Ausbau der polizeilichen Jugendsachbearbeitung abgeschlossen. Insgesamt verfügt die Polizei Basel-Landschaft über 6 Mitarbeitende, die sich der Bekämpfung der Jugendkriminalität annehmen. Die Jugendsach-

			bearbeitenden sind zur Zeit dezentral bei den Polizeistützpunkten im Kanton eingesetzt und pflegen von dort aus direkten Kontakt mit Schulen und Jugendtreffpunkten. Sie wirken zu rund 30 % im präventiven sowie zu rund 70 % im repressiven Bereich und arbeiten sehr eng mit der Jugend-anwaltschaft zusammen.
	5.01.33 (neu)	Aufbau einer gerichtlich verwertbaren Beweissicherung und Auswertung im Zusammenhang mit Computer-delikten	Die Infrastruktur für insgesamt vier Auswerteplätze konnte angeschafft werden. Ein Mitarbeitender hat die Ausbildung zum Fachspezialist für Computerdelikte ("Cybercop") beim Schweizerischen Polizeiinstitut erfolgreich abgeschlossen. Ein weiterer Mitarbeiter befindet sich in Ausbildung. Die Auswertungen erfolgen gemäss gerichtlich anerkannten Methoden und Richtlinien.
	5.01.28	Weiterentwicklung der Schulungen zur Intervention gegen häusliche Gewalt	Zwei Mitarbeitende der Hauptabteilung Sicherheit und Ordnung absolvieren zur Zeit die Fachspezialisten-ausbildung und unterstützen zusammen mit den bereits ausgebildeten Fachspezialistinnen und Fachspezialisten die Mitarbeitenden der Sicherheits-abteilungen bei Interventionen gegen häusliche Gewalt. Bezüglich der geplanten Revision betreffend polizeiliche Wegweisung bei häuslicher Gewalt ist für sämtliche Mitarbeitende der Hauptabteilung Sicherheit und Ordnung im Herbst 2004 eine Ausbildung geplant.
	5.01.34 (neu)	Intensivierung der Kriminalprävention durch zusätzliche Aktivitäten wie, zum Beispiel verstärkte Teilnahme an Veranstaltungen	Die Medienarbeit im Präventionsbereich wurde verstärkt auf die aktuellen Kriminalitätserscheinungen ausgerichtet. So konnten zum Beispiel einer Betrügergruppe das Handwerk massiv erschwert und die Bürgerinnen und Bürger damit vor Delikten bewahrt werden. Insgesamt wurden zahlreiche Präventionsvorträge in der Öffentlichkeit gehalten. Ebenso wurde an diversen Gewerbeschauen teilgenommen, wo zum Thema Einbruchs- und Drogenprävention informiert wurde. Im neuen Bereich Jugendsachbearbeitung wurden zahlreiche Vorträge an Schulen zu den Themen Gewalt, Sach-beschädigungen und Drogenmissbrauch gehalten.

Bekämpfung des Rechtsextremismus	5.01.27	Weiterführung der Arbeit in der kantonalen Arbeitsgruppe und der neuen gemeinsamen Arbeitsgruppe mit Basel-Stadt.	Folgende Massnahmenvorschläge der Arbeitsgruppe wurden auf der Ebene Polizei unter anderem umgesetzt: • Erstellen eines Merkblattes betreffend Rechts-extremismus mit Hinweisen und Ansprechpartnern (in Zusammenarbeit mit der Jugendanwaltschaft und dem Schulinspektorat) • Vorträge zu Rechtsextremismus anlässlich von Lehrerweiterbildungen in Laufen und Muttenz Anbieten von Ausstiegshilfen.
Verkehrssicherheit			
	5.01.22	Anpassung des Geschwindigkeits-Kontrollsystems unter Einführung neuer Geräte (Auswechslung von Geräten und teilweise Standortverschiebungen)	Für den Standort Tenniken wurde ein digitales Überwachungsgerät beschafft. Die Inbetriebnahme ist im 1.Semester 2004 vorgesehen. Auf der Basis der dortigen Erfahrungen sind der Umbau und die Modifikation weiterer Standorte vorgesehen.
Verkehrsunfälle vermindern	5.01.26	Einführung einer substantiellen Verkehrsanalyse	Der neue Dienst „Verkehrsanalyse“ konnte wie vorgesehen in Betrieb genommen werden.
Bevölkerungsschutz			
Bevölkerungs- und Zivilschutz: Erreichen einer mehrheits-fähigen politischen Akzeptanz für das neue Konzept und für das Gesetz über den Bevölke-rungsschutz und den Zivilschutz im Kanton Baselland, das auf den 1. Januar 2004 in Kraft treten soll.	5.01.24	Auf den politischen Prozess abgestimmte, zielgruppen-gerechte und umfassende Informationstätigkeit. Durchführung von offenen Diskussions- und Meinungs-plattformen.	Die Vernehmlassungsergebnisse der Entscheidungs-träger in Gemeinden und Institutionen zeigten auf, dass die Informationstätigkeiten umfassend und klar waren. Bedingt durch die Eidgenössische Referendums-abstimmung vom 18. Mai 2003 musste der Zeitplan für das kantonale Gesetz angepasst werden. Das Gesetz tritt voraussichtlich am 1. Juli 2004 in Kraft.
Ausbildung Zivilschutz: Vorbereitung der auf den Leistungsauftrag des Zivilschutz XXI ausgerichteten allgemeinen und funktionsbezogenen Grund- und Kaderausbildung, die im Jahre 2004 beginnt.	5.01.36 (neu)	Überarbeitung der Ausbildungsinhalte und Erweiterung der methodisch-didaktischen Kompetenzen der Ausbildungspersonen.	Die Überarbeitung der Ausbildungsmodule in den Grundbereichen Führungsunterstützung, Betreuung und Einsatzunterstützung konnte unter Berück-sichtigung zeitgemässer Methodik- und Didaktikmittel abgeschlossen werden.
Bewältigung von Gross-ereignissen: Implementierung von	5.01.37 (neu)	Durchführung von Risikoanalysen und -beurteilungen als Grundlagen für die Erstellung der Einsatzpläne.	Die Grundlagenbeschaffung für die Sporthallen ist zum grössten Teil abgeschlossen. Die Erstellung der entsprechenden Einsatzpläne kann im 2004 erfolgen.

Einsatzplänen für die Bewältigung von Grossereignissen in den kantonalen Spitälern, der Sporthalle St. Jakob und der Eissporthalle St. Jakob.			Unterschiedliche Auffassungen zwischen involvierten Institutionen über Methodik und Abgrenzungen führten dazu, dass die Grundlagenbeschaffung für die Spitäler im Berichtsjahr noch nicht erfolgen konnte. Diese soll neu im 2004 erfolgen.
Militär			
Einführung einer schlanken Organisationsstruktur, welche die optimale Überführung des Zivilschutzes und des Katastrophenschutzes in den neuen Bevölkerungsschutz fördert.	5.01.38 (neu)	Zusammenlegung des Amtes für Bevölkerungsschutz und der Militärverwaltung Landratsvorlage 2002/154 vom 18.06.2002: «Projekt Zusammenführung Amt für Bevölkerungsschutz und Militärverwaltung» (Finanzen: siehe Ziffer 4.03.17 BUD)	Die organisatorische Zusammenlegung konnte in den zentralen Bereichen zufriedenstellend abgeschlossen werden.
	5.01.39 (neu)	Vorbereitung der räumlichen Zusammenführung, die auf den 1. Januar 2004 erfolgen soll.	Komplexe Planungs- und Ausführungsbestimmungen führten zu Verzögerungen. Die räumliche Zusammenführung erfolgt auf den 1. April 2004.
	5.01.40 (neu)	Vorbereitung des Zeughauses, sodass dessen Infrastruktur inskünftig auch für die materiellen Belange des Zivilschutzes genutzt werden kann.	Aufgrund der „Generellen Aufgabenüberprüfung (GAP)“ wurde die Erarbeitung der konzeptionellen Grundlagen zurückgestellt.

Programmpunkt Nr. 5.02 **Gesetzgebung**

Übersicht
Die Justizreform wird mit der Neugliederung der Friedensrichterkreise und der Gerichtsbezirke abgeschlossen. Beide Vorhaben führen zu einer Revision des Gerichtsorganisationsgesetzes. Mit den Vorbereitungen für ein Integrationsgesetz wird gesetzgeberisches Neuland betreten. Das im Jahr 2002 gestartete Projekt Effilex wird in der JPMD als Pilotprojekt fortgeführt.

Ziele		**Massnahmen**	**Amtsbericht 2003**
Wirksame, zeitgemässe und entschlackte Gesetze	5.02.01	Projekt Effilex: Überprüfung der kantonalen Erlasse auf Notwendigkeit und Aktualität: Weiterführung des Pilotprojektes bei der JPMD in den Dienststellen Generalsekretariat, Rechtsdienst des Regierungsrates und Amt für Migration.	Das Pilotprojekt bei der JPMD läuft weiter. In dessen Rahmen sind bereits verschiedene Verordnungen sowie ein Landratsdekret revidiert worden. Im Januar 2004 hat der Regierungsrat die Revisionsvorlage zum Verwaltungsverfahrensgesetz an den Landrat verabschiedet. Weitere Vorlagen folgen.
	5.02.15 (neu)	Revision EG StGB, Vernehmlassungsvorlage	Die Vernehmlassungsvorlage liegt vor.
	5.02.16 (neu)	Revision EG ZGB, Vernehmlassungsvorlage	Aufgrund des Vernehmlassungsergebnisses wird der Revisionsentwurf überarbeitet und ein zweites

			Vernehmlassungsverfahren durchgeführt.
	5.02.17 (neu)	Revision des Gesetzes über den zivilen Schutz der Bevölkerung und der Kulturgüter, Landratsvorlage	Der Regierungsrat hat die Revisionsvorlage an den Landrat verabschiedet. Sie befindet sich in der parlamentarischen Beratung.
Modernisierung der Gesetzestechnik	5.02.02	Die Überarbeitung der Weisung zur Gesetzestechnik vom 1. Juli 1975 wird abgeschlossen	Die Überarbeitung konnte aus Kapazitätsgründen und infolge anderer prioritärer Aufgaben noch nicht abgeschlossen werden. Die bisherige Überprüfung hat jedoch gezeigt, dass kein grosser Revisionsbedarf besteht.
Speditive Umsetzung der Gesetzgebungsaufträge	5.02.10	Revision Gastwirtschaftsgesetz (Motion 97 / 203), Landratsvorlage	Nach erfolgreicher Volksabstimmung ist das revidierte Gastwirtschaftsgesetz seit dem 1. Januar 2004 in Kraft.
	5.02.18 (neu)	Revision der Zivilprozessordnung: Ergänzende Bestimmungen betr. Schutzschrift (Postulat 98 / 280) Vernehmlassungsvorlage	Da der Vernehmlassungsentwurf für eine gesamtschweizerische Zivilprozessordnung eine Regelung im Sinne des Vorstosses enthält, soll dem Landrat die Abschreibung des Postulates beantragt werden.
	5.02.19 (neu)	Integrationsgesetz, Vorentwurf (Motion 2001 / 090)	Der Gesetzesentwurf liegt vor. Im Jahr 2004 wird das Vernehmlassungsverfahren durchgeführt.
Realisierung von Projekten im Zivilrecht	5.02.20 (neu)	Beginn des Pilotbetriebes von Infostar (Informatisiertes Standesregister auf allen fünf Zivilstandsämtern)	Das Pilotprojekt ist abgeschlossen.
	5.02.06	Einführung des neuen Vormundschaftsamtes und der Vormundschaftskommission gemäss der Vorlage 1999 / 182	Seit dem 1. Januar 2003 erfüllen das Vormundschaftsamt und die Vormundschaftskommission ihre Aufgaben.
	5.02.07	Umsetzung des revidierten Gesetzes betr. die Amtsvormundschaften, Vorlage 2002 / 001, sofern Parlament und Volk so beschliessen.	Der Regierungsrat hat die erforderliche Verordnung zum Gesetz betreffend die Amtsvormundschaften erlassen.
	5.02.21 (neu)	Umsetzung des Haager Adoptionsübereinkommens und des Bundesgesetzes zum Haager Adoptionsübereinkommen sowie über Massnahmen zum Schutze des Kindes bei internationalen Adoptionen.	Der Regierungsrat hat die erforderliche Verordnung betreffend Adoption und Pflegekinderwesen erlassen.

Programmpunkt Nr. 5.03 **Gerichte**

Übersicht
Die Justizreform soll mit der Neugliederung der Friedensrichterkreise und der Gerichtsbezirke abgeschlossen werden.

Ziele		**Massnahmen**	**Amtsbericht 2003**
Weiterführung bzw. Abschluss der Gerichtsreform	5.03.09	Revision des Gerichtsorganisationsgesetzes: Neugliederung der Friedensrichterkreise, Landratsvorlage	Der Landrat hat die Neugliederung der Friedensrichter-kreise beschlossen. Sie tritt per 1. April 2006 auf den Beginn der neuen Amtsperiode der Friedensrichterinnen und Friedensrichter in Kraft.
	5.03.10 (neu)	Revision des Gerichtsorganisationsgesetzes: Neugliederung der Gerichtsbezirke, Vernehmlassungs-vorlage	Die eingesetzte Arbeitsgruppe mit Vertretungen der Gerichte und der JPMD hat mehrmals getagt. Ein Berichtsentwurf liegt vor. Der Bericht wird im 1. Quartal 2004 dem Regierungsrat überwiesen.

6 BILDUNGS-, KULTUR- UND SPORTDIREKTION (BKSD)

Generelle Absichtserklärung

Die beiden wichtigsten Vorhaben sind: Die Bildungsgesetzgebung soll auf den Beginn des Schuljahres 2003 / 2004 in Kraft treten. Wegen der Grösse ihres Regelungsbereiches bedingt sie sorgfältige Vor- und Begleitarbeiten. Ferner harrt die Frage der Fachhochschulen (Hochschule für Pädagogik und Soziale Arbeit, Fachhochschule Nordwestschweiz) weiterer, intensiver Beschäftigung auf verschiedenen Ebenen der Politik und der Verwaltung.

Programmpunkt Nr. 6.01 **Bildung**

Der Schwerpunkt der Tätigkeit liegt klar auf den vielfältigen und reichlich komplexen Umsetzungsarbeiten, welche die Inkraftsetzung der neuen Bildungsgesetzgebung auf den 1. August 2003 mit sich bringt.

Ziele		Massnahmen	Amtsbericht 2003
Alle Bildungsinstitutionen			
Ein modernes und der Zeit gerechtes Bildungsangebot	6.01.01 bis 6.01.06	Umsetzung und Einführung des Bildungsgesetzes. Dazu gehören u. a. Vernehmlassung und Genehmigung der Verordnungen; Information und Instruktion von Schulen, Schul- und Gemeindebehörden, Erziehungsberechtigten etc. Mit der Einführung des neuen Bildungsgesetzes wird das Schulinspektorat aufgelöst und neu das Amt für Volksschulen (AVS) gebildet. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden auf ihre neuen Aufgaben vorbereitet und auch gezielt weitergebildet.	Das neue Bildungsgesetz ist, wie im Programm 2003 beschrieben, am 1. August 2003 in Kraft getreten. Für die damit verbundene Arbeit verdienen die Lehrpersonen, die Schulen und die Gemeinden Anerkennung. Aus unterschiedlichen Gründen sind dazu folgende wichtige Folgevorhaben noch ausstehend: Der neue Lehrplan der Sekundarschule, die Klärung von Eigentum und Finanzierung der Sekundarschulbauten und das Konzept für die Erwachsenenbildung. Die wichtigsten Verordnungen, insbesondere im Bereich der Volksschulen, wurden genehmigt. In ihnen sind die Aufgaben des neuen Amtes für Volksschulen (AVS) definiert, das seine Arbeit termingerecht aufgenommen hat. Eine erste Bilanz per Ende 2003 zeigt, dass die Strukturen zweckmässig sind und dem Steuerungsbedarf der Volksschulen durch den Kanton Rechnung tragen. Eine vom AVS verfasste Informationsbroschüre wurde den Schulbehörden und Erziehungsberechtigten zugestellt.

	6.01.07	Zusammenführung der heutigen Real- und Sekundarschulen und Organisation der neuen Sekundarschulen; Übernahmeverhandlungen mit den Standortgemeinden über die Sekundarschulanlagen sowie Einmietung in heutige Realschulanlagen der Gemeinden; *(Vorlage an den Landrat, BUD 4.03.14)*	Am 5. Juni 2003 wurde die Übernahme der Sekundarschulbauten vom Landrat an den Regierungsrat zurückgewiesen. Der Regierungsrat will dem Landrat anfangs 2004 eine Übergangsregelung über die Finanzierung und den Unterhalt der Sekundarschulbauten (inkl. Miete bisheriger Realschulbauten) vorlegen. Anschliessend sollen, wie vom Landrat verlangt, im Rahmen einer Arbeitsgruppe von Kanton und Gemeinden die noch offenen Schulbaufragen der Sekundarschule bis Ende 2004 definitiv geklärt werden.
Internetanschlüsse für alle Schulen einrichten; Einführung Internetkonzept mit intensivierter Fortbildung	6.01.03 bzw. 02	Alle Schulen der Sekundarstufe I und II verfügen über einen Internetanschluss und zumindest über eine minimale Informatikinfrastruktur, vermitteln Grundkompetenzen entsprechend den Lehrplänen und nutzen Informatikmittel fächerübergreifend für das Lernen. *(Verpflichtungskredit LRB 1947 / 1999 und 2000 / 180-9 total 3.29 Mio. Fr.; Konto 2503.319.7; Jahrestranche 2003: 0,8 Mio. Fr.)*	Das Projekt “Internet an den Schulen” konnte gemäss Landratsbeschluss vom 20. Mai 1999 auf Ende 2003 mit den entsprechenden Massnahmen abgeschlossen werden. Anträge für ein Anschlussprojekt für qualitative Verbesserungen gemäss den Ergebnissen der Evaluation mussten aus finanziellen Gründen zurückgestellt werden.
Arbeitszeitmodelle für Lehrpersonen	6.01.46	Der Entwurf zu einem neuen Berufsauftrag der Lehrpersonen für alle Stufen muss sich in der Vernehmlassung bewähren, ehe er dem Landrat zur Genehmigung unterbreitet wird. *(Vorlage an den Landrat)*	Die Vernehmlassung wurde durchgeführt und abgeschlossen. Die einzelnen Antworten haben keine grossen Änderungen ergeben. Die Vorlage „Berufsauftrag“ besteht nach wie vor aus einem Text zur Regelung der Pflichtstunden (Dekret zum Personalgesetz), der Verordnung über den Berufsauftrag, welche den inhaltlichen Aspekten Rechnung trägt, und der Verordnung über die Schulvergütungen, welche die finanziellen Aspekte regelt.
Volksschule ***Kindergarten, Primarschule, Sekundarstufe I***			
Informatik an der Primarschule	6.01.41	In Verbindung mit den Gemeinden wird ein Konzept erarbeitet werden. Die Weiterbildung von Primarlehrpersonen für die Bildung eines Informatik-Fortbildungskaders im Rahmen von Private Public Partnership des Bundes (PPP) setzt bereits im Jahre 2003 ein.	Die Weiterbildung hat begonnen, und ein Entwurf eines Konzeptes für die Unterstützung der Einwohnergemeinden wurde erstellt. Verhandlungen mit den Einwohnergemeinden wurden noch nicht aufgenommen.

Vereinfachung der Arbeit der Erziehungsberechtigten	6.01.47	In den Beratungen der Erziehungs- und Kulturkommission des Landrates zum Bildungsgesetz sind Blockzeiten an Kindergarten und Primarschule vorgeschlagen und aufgenommen worden.	Die Unterstützung der Umsetzung der Blockzeiten ging ab Schuljahr 2003 / 2004 von der Stabsstelle Bildung auf das Amt für Volksschulen über. Dieses berät die Gemeinden im konzeptionellen Bereich bei der Einführung von Blockzeiten und Mittagstisch.
Qualitätssicherung im Volksschulbereich	6.01.10	Schulpflegen und Schulleitungen werden auf ihre neuen Aufgaben vorbereitet. Bei der Neuorganisation der Schulkreise der Sekundarstufe I werden Schulbehörden und Schulleitungen von Schulinspektorinnen und -inspektoren begleitet und beraten. Im Rahmen der nationalen Stichprobe wirkt der Kanton Basel-Landschaft an PISA (Programme for International Student Assessment) mit. Es wird geprüft, mit welchen mittelfristig zu ergreifenden Massnahmen die Lesefähigkeiten der Kinder und Jugendlichen im Kanton Basel-Landschaft verbessert werden können.	In Zusammenarbeit mit dem Vorstand der Schulratspräsidien wurden verschiedene Weiterbildungsmodule entwickelt und Workshops für Schulleitungen und Schulbehörden durchgeführt. Die Neuorganisation der Schulleitungen in den Sekundarschulkreisen ist abgeschlossen. Der Kanton Basel-Landschaft hat an den nationalen Stichproben von PISA 2000 (Schwerpunkt Lesekompetenz) und 2003 (Schwerpunkt Mathematik) mitgewirkt, auf erweiterte Stichproben zur Sicherstellung kantonaler Auswertungen wurde verzichtet. Gestützt auf eine Weisung des Bildungsrates hat das Amt für Volksschulen didaktische Hinweise für die Hinführung zur deutschen Standardsprache am Kindergarten sowie lesedidaktische Hinweise für die Primarschule und die Lehrpersonen der Sekundarstufe I erarbeitet und veröffentlicht.
Massnahmen gegen den Mangel an Lehrpersonen	6.01.49	Der durch eine paritätisch zusammengesetzte Arbeitsgruppe erarbeitete Vorschlag wird im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten schrittweise umgesetzt.	
Inhaltliche Voraussetzungen für Trägerschaft der Sek I durch den Kanton	6.01.11	Gestützt auf die vom Erziehungsrat gutgeheissene Stundentafel und die Leitideen und Richtziele werden für die Sekundarschule mit den Niveaus A, E und P gemäss neuer Bildungsgesetzgebung Lehrpläne mit evaluierbaren Treffpunkten erarbeitet, so dass sie ab Schuljahr 2004 / 05 eingeführt werden können.	Der Entwurf des Stufenlehrplans Sekundarschule konnte abgeschlossen werden. Der Bildungsrat beschloss, den Stufenlehrplan nicht bereits auf das Schuljahr 2004 / 2005 einzuführen, sondern vorgängig noch vertiefende Abklärungen vorzunehmen.

Begabungsförderung	6.01.42	Die Erarbeitung eines kantonalen Rahmenkonzepts für die Begabungsförderung an der Volksschule ist nach wie vor zurückgestellt. Förderprogramme an einzelnen Volksschulen für Schülerinnen und Schüler mit speziellen Leistungsfähigkeiten, die Mehrkosten verursachen, werden vom Kanton, solange ein Rahmenkonzept fehlt, finanziell nicht mit getragen.	Die Umsetzung des Bildungsgesetzes im Bereich der Begabungsförderung an der Volksschule ist aus finanziellen Gründen weiterhin ausgestellt. Im Einzelfall können Schülerinnen und Schüler besondere Programme bei privaten Anbietern oder auch eine Privatschule besuchen. Für entsprechende Kosten kommt die Schulträgerschaft auf. Eine Arbeitsgruppe ist beauftragt, den gesamten Bereich der speziellen Förderung neu zu konzipieren, wobei auch Plafonierungsmassnahmen geprüft werden müssen.
Sonderschulung			
Wohnortsnahe Schulung behinderter Kinder	6.01.14	Volle Betriebsaufnahme der Tagessonderschule für Kinder mit schweren Verhaltensstörungen (Projektstart August 2002, voller Betrieb Januar 2003).	Tandem, die Tagessonderschule in Reinach, ist nach dem ersten Schuljahr auf dem maximalen Schülerbestand. Gegen Ende des zweiten Schuljahres im Sommer 2004 findet eine erste Evaluation statt, die insbesondere überprüft, ob das Ziel der Reintegration in die Regelschule erreicht wird.
	6.01.15	Projektbegleitung der Neubauten der Heilpädagogischen Tagesschulen des Vereins insieme in Liestal und Münchenstein (Baubeginn: Anfang 2003).	In Münchenstein liegt ein bereinigtes Bauprojekt vor. Der Baubeginn hat sich um fast ein Jahr verzögert. In Liestal wurde der Architekturwettbewerb abgeschlossen und das Vorprojekt liegt vor.
Jugend- und Behindertenhilfe			
Erweitern des Wohn- und Betreuungsangebotes für Kinder und Jugendliche im Bereich Pflegefamilien	6.01.16	Revision des Pflegekindergesetzes. Aufbau einer Vermittlungs- und Beratungsstelle für Pflegefamilien, um qualifizierte Pflegeplätze zu fördern und zu unterstützen; das Projekt wird in Zusammenarbeit mit dem Kanton Basel-Stadt und einer privaten Trägerschaft entwickelt; Betriebsaufnahme 2. Halbjahr 2003	Der Auftrag zum Aufbau eines Pflegefamiliendienstes konnte erst Ende 2003 vergeben werden. Im Sommer 2004 nimmt der Pflegefamiliendienst seine Tätigkeit auf. Die Arbeiten zur Revision des Pflegekinderrechtes stehen vor dem verwaltungsinternen Abschluss. Die Vorlage geht im Frühling 2004 in die Vernehmlassung.

Schliessen festgestellter Lücken im Wohn- und Betreuungsangebot	6.01.17	Begleiten des Neubauprojektes des privaten Trägers WKB für ein Wohnheim für schwerstkörperbehinderte Menschen in Bubendorf: Projektausarbeitung zusammen mit privaten Trägern für ein neues Wohnheim und eine Förderstätte für Menschen mit einer geistigen Behinderung (Standortsuche läuft, Projekteingabe an BSV Anfang 2003); Platzerweiterung und Neubau des Wohnheimes Laubiberg, Liestal (Projekteingabe Anfang 2003).	Der Architekturwettbewerb für den Bau des Wohnheimes für Schwerkörperbehinderte in Bubendorf ist abgeschlossen. Das definitive Bauprojekt wird ausgearbeitet. Für die neue Förderstätte erfolgt die Projekteingabe an das Bundesamt für Sozialversicherung Anfang 2004. Die Projekte für den Bau neuer Wohnheime verzögern sich. Grund ist neben der schwierigen Standortsuche eine Umorientierung weg vom traditionellen Heim hin zu kleinen zentralen Wohneinheiten mit angehängten dezentralen Wohngruppen in einer möglichst “normalen” Wohnumgebung. Neu werden in Zusammenarbeit mit Trägern der Betagtenhilfe Projekte evaluiert für angepasste Betreuungs- und Wohnformen für Behinderte, die jetzt in Alters- und Pflegeheimen untergebracht sind.
Leitlinien für die Behindertenhilfe	6.01.18	Wahrnehmen der Funktion einer Ombudsstelle durch den kantonalen Ombudsman., evtl. Anpassung des Gesetzes über den kantonalen Ombudsman. Konkretisieren des Aspektes Migration/Integration der Leitlinien. Auswertung der Tarifverträge mit den Wohnheimen für behinderte Erwachsene im Kanton Basel-Landschaft nach dem Abschluss auf den 1.1.2003.	Das überwiesene Postulat Rudin verlangt eine Überprüfung des Gesetzes über den Ombudsman mit dem Ziel, die Zuständigkeit auf private Institutionen mit öffentlichen Aufträgen auszudehnen. Eine vorzeitige Ausdehnung der Tätigkeit in der Behindertenhilfe ist vorbereitet, aber noch nicht umgesetzt. Wegen Zeit- und Mittelknappheit der Fachstelle wurde das Thema Migration / Integration der Leitlinien der Behindertenhilfe nicht bearbeitet. Die Auswertung der Tarifverträge mit vier Pilotinstitutionen ist erfolgt, mit positivem Resultat. Eine erste Auswertung der flächendeckenden Einführung im Jahr 2003 erfolgt mit dem Finanzcontrolling im Frühjahr 2004. “Gestört” wird die Auswertung durch die Änderung des Beitragssystems der IV bzw. des Bundesamtes für Sozialversicherung (Entlastungsprogramm des Bundes).
Mittelschulen und Gymnasien			
Umsetzung der Vorschriften des Maturitätsanerkennungsreglementes der Eidgenossenschaft und der Kantone	6.01.40	Weiterführung und Abschluss der Einführung Maturitätsanerkennungsreglementes (MAR). Vorbereitung der Evaluation der durch das MAR bedingten strukturellen und pädagogischen Veränderungen. Der immersive Unterricht wird an allen Gymnasien angeboten.	Im Dezember 2003 fanden an allen fünf Gymnasien die ersten Maturprüfungen gemäss neuem MAR statt und die Vorbereitungen auf eine Evaluation werden einerseits schweizweit mitgetragen und kantonal in Zusammenarbeit mit der Gymnasiallehrerkonferenz vorbereitet. An allen Gymnasien gibt es immersive Angebote.

Diplommittelschulen	6.01.51	Anpassung der DMS-3 an die durch die Einführung der Fachhochschulen veränderten Gegebenheiten. Unterstützung des zwischen Berufsbildung und gymnasialer Studienvorbereitung liegenden dritten Weges und einer klaren Positionierung auf eidgenössischer Ebene.	Die DMS-3 wurde den veränderten Gegebenheiten angepasst und mit der FMS-3 wurde eine profilierte und zukunftsweisende neue Form der Ausbildung konzipiert.
Berufsbildung			
Erhöhung des Lehrstellenangebotes für schulisch schwächere Jugendliche und Nachqualifikation von Erwachsenen	6.01.22	Per Sommer 2002 starten – wenn genügend Ausbildungsplätze geschaffen werden können – Attestausbildungen in den Bereichen Gastro und Metall. Das Projekt «E Lehr mit Kick», das bisher aus dem Impulsprogramm Chance finanziert worden ist, wird definitiv weitergeführt. Im Rahmen des Impulsprogrammes Chance *(Verpflichtungskredit LRB 1313 / 1998 total 4 Mio. Fr. Konto 2549 319.50 Jahrestranche 2003: 0,38 Mio.)* läuft ein Projekt «Nachholbildung für Erwachsene auf der Sekundarstufe I», das Erwachsenen den Einstieg in die Berufsbildung erleichtern soll. *(Postulat 2001 / 45, Motion 2001 / 133)*	Attestausbildungen in den Bereichen Gastro und Metall werden angeboten. Das Projekt ist definitiv eingeführt. Im Sommer 2003 ist eine erste Klasse mit Erwachsenen, die einen Abschluss auf der Sekundarstufe I nachholen wollen, gestartet. Das Angebot wird gemeinsam mit Basel-Stadt an der Allgemeinen Gewerbeschule angeboten.
Erhöhung des Lehrstellenangebots für anspruchsvolle und zukunftsträchtige Berufe	6.01.22	Die Ausbildung im Verbund soll insbesondere in den kaufmännischen und Informatikberufen gefördert werden. (Ziel: 50 Lehrstellen resp. beteiligte Betriebe). Die Betriebe sollen bei der Einführung der neuen kaufmännischen Grundausbildung gecoacht werden, damit keine Lehrstellen verloren gehen. *(Postulat 97/56)*	Der Rückgang bei den kaufmännischen Lehrstellen konnte dank der Verbundausbildung gebremst werden. Dank der Verbundausbildung sind rund 30 zusätzliche kaufmännische Lehrstellen geschaffen worden.
Überführung der Ausbildung der Gesundheitsberufe in die EKD und damit ins Amt für Berufsbildung und Berufsberatung	6.01.52 (neu)	Gemäss neuem Berufsbildungsgesetz wird für die Ausbildung in den Gesundheits- und Sozialberufen das Bundesamt für Berufsbildung und Technologie (BBT) zuständig. Der Wechsel von den Sanitätsdirektionen in die Erziehungsdirektionen ist bereits in über der Hälfte der Kantone vollzogen. Ziel ist es, die Überführung im Kanton Basel-Landschaft nach dem 1.1.2003 operativ umzusetzen. *(vgl. VSD 3.01.41)*	Der Transfer der Berufsschule für Pflege von der VSD in die BKSD ist per 1. Januar 2003 vollzogen worden.

Fachhochschulen und Universität: Tertiäre Bildung			
Fachhochschule beider Basel	6.01.32	Umsetzung der mittel- bis langfristigen Strategieprojekte, vertiefte Zusammenarbeit mit der FH SO und der FH AG im Rahmen des Kooperationsrates und der Fachhochschule Nordwestschweiz.	Die Planungsarbeiten zur und Verhandlungen über die Fachhochschule Nordwestschweiz laufen. Die Regierungen der Kantone AG, BL und BS sind sich einig, einen Staatsvertrag zur fusionierten FHNW auszuarbeiten. Mit dem Kanton SO besteht die Abmachung, den definitiven Entscheid der Regierung von SO nach dem Vernehmlassungsergebnis abzuwarten. SO befürwortet ein Teilschulenmodell. Das Präsidium des Fachhochschulrates wurde per 1. 9. 2003 neu bestellt. Die unbefristete Genehmigung des Bundesrates zur Errichtung und Führung der FHNW ist am 19.12.2003 erteilt worden mit der Auflage, bis Ende 2006 eine standortübergreifende, fachbereichsbezogene Organisation einzurichten.
Hochschule für Pädagogik und Soziale Arbeit beider Basel (HPSA-BB)	6.01.33 / 6.01.34	Inkraftsetzung des HPSA-BB-Vertrages; Überführung des Personals von Seminar, PI und FHS-BB in die HPSA-BB; Wahl der Direktion durch den Hochschulrat; Genehmigung der neuen Studiengänge durch den Hochschulrat; Institutionalisierung von Forschung und Dienstleistung. *(Postulate 95 / 200, 96 / 20, 99 / 111, Motion 2000 / 213)*	Nach der Annahme der Ergänzungsvorlage zum HPSA-Vertrag mit zusätzlichen Angaben zur Finanzierung der HPSA-BB (LRV 2003 / 309A) erfolgten die Vorbereitungen der Überführungsarbeiten im Bereich Personal, Rechnungswesen und Informatik. Die Volksabstimmung wurde vorbereitet und nach gewonnener Abstimmung am 9. 12. 2003 der Staatsvertrag über die HPSA-BB auf den 1. 4. 2004 in Kraft gesetzt.
Universität	6.01.35	Weiterführung der Universitätsreform, Entwicklung partnerschaftlicher Trägerschaftsszenarien für die Universität Basel durch eine Arbeitsgruppe. *(Postulat 2000 / 244)*	LRV 2003 / 229: Vertrag zwischen den Kantonen BL und BS über die Ausleihe von Liegenschaften im Eigentum des Kantons BS an die Universität und die finanzielle Beteiligung am Unterhalt und an den Veränderungen der von der Universität genutzten Liegenschaften (Immobilienvertrag) vom 23. 9. 2003 LRV 2003 / 275: Anschubfinanzierung für ein ETH-Institut für Systembiologie in der Region Basel (partnerschaftliches Geschäft)

Erwachsenenbildung			
«Ein Leben lang lernen» Konzept Erwachsenenbildung	6.01.36	Ausbau der Informationsdrehscheibe im Internet	In Zusammenarbeit mit dem Schweizerischen Verband für Erwachsenenbildung (SVEB) beteiligt sich die Fachstelle „Erwachsenenbildung“ am Aufbau einer Suchmaschine im Internet, um alle Weiterbildungs-angebote der Öffentlichkeit zugänglich zu machen (www.alisearch.ch).
	6.01.37	Realisierung der Fachstelle für Erwachsenenbildung *(Motion 98 / 112)*	Seit 1. August 2003 besteht die Dienststelle “Fachstelle Erwachsenenbildung”.
	6.01.38	Gemeinsames Forum für alle Bildungsinstitutionen zum Thema «Ethik in der Bildung»	Das Forum “Ethik in der Bildung” wurde am 14. Mai 2003 mit 80 Teilnehmenden durchgeführt.
	6.01.53 (neu)	Start gemeinsamer Projekte LFBL mit ULEF BS: Schulleitungsausbildung und Kaderausbildung für Informatik (in Zusammenhang mit Private Public Partnership (PPP) des Bundes)	Die erste Schulleitungsausbildung beider Basel und der FHBB hat im August 2003 begonnen, ebenso die inter-kantonale Kaderausbildung “2bits” im Rahmen des ppp-Projektes des Bundes unter der Leitung der Fachstelle Informatik der Lehrerinnen- und Lehrerweiterbildung.
Integration			
Integration / Migration	6.01.54 (neu)	Die Effektivität des Bundes in der Subventionspolitik soll – wo immer möglich – verbessert werden. Schwerpunktmässig werden seitens des Kantons jugendspezifische Projekte umgesetzt, die die sprachlichen und sozialen Kompetenzen nicht mehr schulpflichtiger junger Migrantinnen und Migranten verbessern.	2003 startete das Projekt “Sugal con Chili”; dies ist ein Deutschintensivkurs für frisch nachgezogene, nicht mehr schulpflichtige Jugendliche mit integriertem Konflikt-training. In diesem Projekt werden junge Migrantinnen und Migranten für einen konstruktiven Umgang mit Konflikten sensibilisiert und erarbeiten Handlungskompetenzen für schwierige Situationen, denen sie in ihrem Alltag be-gegnen.

Programmpunkt Nr. 6.02 **Kultur**

Die Beiträge und Investitionen des Kantons Basel-Landschaft im Kulturbereich dürfen sich im gesamtschweizerischen Vergleich sehen lassen. Um die öffentliche Wahrneh-mung in diesem Bereich zu stärken, muss vermehrt eine Koordination der kulturpolitischen Massnahmen und des kulturellen Engagements mit den Gemeinden des Kantons angestrebt werden.

Ziele		Massnahmen	Amtsbericht 2003
Römerstadt Augusta Raurica			
Neues Vermittlungskonzept	6.02.02	Spezielle Angebote in der Römerstadt für Firmen und Gruppen.	Die neu lancierten Schülergrabungen, das römische Brotbacken, die "Wanderkoffer" sowie der Römerrucksack , den die Kinder ins Gelände mitnehmen können, erfreuen sich grösster Beliebtheit. Weitere Vermittlungsprojekte sind: Silberschatz-Workshops und –Unterlagen, Überarbeitung der drei Römerkoffer (für Schul-Ausleihen), 4 Lehrerfortbildungskurse, Archäologische Woche für Jugendliche und Lateinführungen im Römerhaus.
Neue Silberschatz-Ausstellung im Römermuseum	6.02.22 (neu)	Die 18 zusätzlichen Silberplatten aus dem Kaiseraugster Silberschatz, welche 1995 dem Kanton Aargau infolge eines Erbganges zufielen, sind vom Kanton AG 2000-2002 restauriert und wissenschaftlich ausgewertet worden. 2003 wird der grösste spätantike Silberschatz Europas erstmals in seiner Gesamtheit im Augster Römermuseum präsentiert.	Eine grossartige Ausstellung konnte gestaltet, erarbeitet und eingerichtet werden.
Erschliessung und Optimierung des archäologischen Freilichtmuseums zur Kultur- und Naherholungsstätte	6.02.18	Gesamtplanung für die Römerstadt Augusta Raurica; Schaffung einer Archäologischen Schutzzone im ganzen noch unbebauten antiken Stadtperimeter, zonenrechtliche Anpassung der Archäologischen Schutzzonen im Rahmen der Entwicklungsplanung Salina-Raurica 2003-2004 (vgl. BUD 4.04.19); etappierte Einzelmassnahmen.	Die politische Lenkung von Salina Raurica hat am 22. 9. 2003 beschlossen, dass das neue Römermuseum im "Schwarzacker" zu planen sei.
Gästeservice	6.02.19	Verbesserung und klare Strukturierung des «incoming service», d.h. alle Kunden- und Gästeanfragen zur ganzen Angebotspalette der Römerstadt erfolgen über eine einzige Anlauf- und Koordinationsstelle	Schweiz Tourismus hat 2003 der Römerstadt Augusta Raurica das Qualitätsgütesiegel Stufe I verliehen! Zielsetzungen und Massnahmen des Gästeservice wurden erarbeitet und verabschiedet. Die Umsetzung wurde begonnen und erste Angebote (Schüler- und Publikumsgrabung) laufen bereits.
Migration MICRO-RAURICA inkl. digitales Bildarchiv und Geographisches Informationssystem (GIS)	6.02.20	Archäologiedatenbank MICRO-RAURICA (Oracle) muss abgelöst werden. Aufgrund des 2002 durchgeführten Evaluationsprojektes sind Anschaffung, Einrichtung und Migration sämtlicher Daten fällig.	Aufgrund der Evaluation wurde die Museumsdatenbank „ImdasPro" von Joanneum Research in Graz bestellt. Am Jahresende liefen die Migrationsvorbereitungen für die umfangreichen Daten und die im Vertrag vorgesehene Systemerweiterung für die archäologischen Ausgrabungen. Der Projektabschluss ist für Mitte 2004 vorgesehen.

Digitales Bildarchiv zur Sicherung und Erschliessung der 230'000 Fotos	6.02.20	Die Bildersicherung der 230'000 Fotos erfolgt vorerst etappiert in kleinen Tranchen über das reguläre Budget.	Aus Gründen der Priorität (Archäologiedatenbank „ImdasPro“) wurden 2003 keine Bilder extern gescannt.
Grossgrabung Augst	6.02.21	Nach Abschluss der Grossgrabung «Degen 2001 / 2002» nahtloser Übergang zur Grossgrabung «Olloz 2003 - 2005» aufgrund eines eingegangenen Baugesuches. Finanzierung über das reguläre Budget, verteilt über drei Jahre.	Das Bauinspektorat erteilte keine Baubewilligung, da die Parzelle Olloz nicht erschlossen sei; die Gemeinde Augst will die Parzelle nicht wegen eines einzigen Neubaus erschliessen. Die Grossgrabung „Olloz“ wurde wegen Planungsunsicherheit auf 2004 - 2007 verschoben.
Analyse der Forschungsschwerpunkte in Augusta Raurica	6.02.23 (neu)	Projektentwicklung im Augster «Archäologieforum» 2002 - 2003; Formulierung der Ziele und Massnahmen sowie Anpassung des Leitungsauftrags 2003; Inangriffnahme einzelner Auswertungsmodule nach Massgabe der Personalkapazitäten (abhängig u.a. vom Notgrabungsprogramm).	Durch die Ausschreibung von „Nationalen Forschungs-schwerpunkten” für die Geisteswissenschaften durch den Schweizerischen Nationalfonds verlagerten sich die Bemühungen vorerst: Die Römerstadt bereitete Ende 2003 eine umfangreiche Projektskizze “Die Stadt. Von der Blüte zur Krise?” vor und wird sich 2004 mit einem grossen Forschungsprojekt bewerben.
Archäologie und Kantonsmuseum			
Erhaltung und neue Nutzung der römischen Villa Munzach	6.02.03	Als Vorarbeit für weitere Arbeiten wird eine aufgrund des Studiums der Dokumentation angesetzte Nachgrabung und die Dokumentation des noch vorhandenen Mauerwerks ausgeführt. Konzept für Sanierung und künftige Nutzung *(Postulat 2000 / 98)*	Wegen der Grossgrabung Reinach aus personellen und finanziellen Gründen aufgeschoben.
Archäologiegesetz	6.02.04	Erste Umsetzungsarbeiten *(Landratsvorlage 2001 / 127; Motion 92 / 47)*	Das Gesetz ist seit 1. März 2003 in Kraft. Die Arbeiten für ein archäologisches Inventar laufen.
Auswertung der Grossgrabung Lausen läuft an	6.02.14	Die erste Etappe der Auswertungsarbeiten wird in Angriff genommen.	Die Vorlage wurde von der Regierung zurückgestellt. Eine neue Vorlage mit anderen Parametern ist in Vor-bereitung.
Die Dauerausstellungen werden erneuert	6.02.17	Die Ausstellung zur Seidenbandweberei wird erneuert.	Die Vernissage fand statt am 13. September 2003.
Kantonsbibliothek			
Neue Kantonsbibliothek	6.02.07	Bereinigen des Betriebskonzeptes / Businessplans für die neue Kantonsbibliothek.	Das Betriebskonzept und der Businessplan sind aufgrund der Sparbemühungen noch in Diskussion.

Kunst- und Kulturförderung			
Aktive Förderung des regionalen Kunst- und Kulturschaffens	6.02.08	Entwurf für eine kulturpolitische Kooperationsplattform zwischen den Gemeinden und dem Kanton. 1. Teilweise Übernahme der Subvention des Orchesters basel sinfonietta durch den Kanton Basel-Landschaft mit neuem Domizil im Kunsthaus BL in Muttenz 2. Ausbau der Infrastruktur für die BL Veranstalterinnen und Veranstalter.	Die Vorarbeiten zu dieser Plattform wurden in Angriff genommen, aber noch nicht weiter evaluiert. 1. Die Vorlage „basel sinfonietta“ wurde vom Regierungsrat verabschiedet und liegt beim Landrat zum Entscheid (Februar 2004). 2. Den Baselbieter Veranstaltern steht in Zusammenarbeit mit der ProgrammZeitung eine neue PR-Plattform zur Verfügung; sie wird rege benutzt und erfüllt ihre Zielsetzungen sehr gut.
Eigenproduktionen	6.02.16	Neue Konzertreihe im Schloss Ebenrain	Die Konzertreihe wurde im 2003 erstmals mit einem neuen Konzept durchgeführt; sie war erfolgreich, sowohl künstlerisch als auch von der Publikums- und Medienresonanz her.

Programmpunkt Nr. 6.03 **Sport**

Nach mehrjähriger Vorbereitung erfolgt am 1. Januar 2003 der Start von Jugend+Sport 2000. Bis alle Änderungen und Neuerungen der neuen Struktur erfolgreich greifen, bedarf es noch einiger Anstrengungen seitens des Sportamtes, aber auch der Verbände und Vereine. Wichtige Schwerpunkte bilden die Erarbeitung eines kantonalen sportpolitischen Konzeptes, gezielte Massnahmen im Schulsport sowie im Verbands- und Vereinsmanagement, welche Gegensteuer geben sollen für die schwindende Ehrenamtlichkeit. Als spezielle Veranstaltungen stehen der regionale Finaltag des nationalen Projektes sCOOL und nach zweijährigem Unterbruch wieder eine Informationsveranstaltung bevor.

Ziele		**Massnahmen**	**Amtsbericht 2003**
Beratung Unterstützung im Verbands- und Vereinsmanagement	6.03.10 (neu)	Die Verbände und Vereine gezielt beraten und unterstützen bei Fragen im Zusammenhang mit ehrenamtlicher Verbands- und Vereinstätigkeit. Modulartige Ausbildung im Bereich Verbands- und Vereinsmanagement.	Ein speziell für die Baselbieter Verbände und Vereine konzipierter Lehrgang „Sportmanagement Basel-Landschaft“ ist vorbereitet und wird im Jahr 2004 erstmals durchgeführt werden. Der modulartig aufgebaute Lehrgang ist so konzipiert, dass die Teilnahme wertvolle und umfassende Tips zur Verbands- und Vereinsarbeit liefert. Damit sollen mittelfristig in den Verbänden und Vereinen gut ausgebildete Sportmanager zur Verfügung stehen.

Leiterinnen- und Leiterausbildung			
Neukonzeption Jugend +Sport 2000	6.03.02	Definitive Umsetzung von J+S 2000 gemäss Vorgabe des Bundes; Anpassungen der kantonalen Sportförderung	Die Umsetzung von J+S erfolgte ohne grössere Schwierigkeiten. Bis die neue Struktur mit dem J+S-Coach als zentrale Figur jedes Vereins und jeder Schule überall fest verankert ist, bedarf es noch einiger Zeit. Die nationale Datenbank J+S ermöglicht die Sachbearbeitung und erleichtert die administrativen Arbeiten. Aufgrund der neuen Struktur von J+S wurde das kantonale Anschluss-programm „Jugendsport Baselland (JSBL)“ leicht angepasst, so dass die Sachbearbeitung ebenfalls über die nationale Datenbank erfolgen kann.
Veranstaltungen			
Projekt sCOOL	6.03.11 (neu)	Unterstützung der Organisation des regionalen Finalevents des nationalen Projektes sCOOL am 23. Mai 2003. Weltrekordversuch mit der Durchführung von möglichst vielen Schulhaus-Orientierungsläufen gleichzeitig in der ganzen Schweiz.	Das Projekt sCOOL war sowohl in der Region Basel, wie auch in der gesamten Schweiz ein grosser Erfolg. Die Teilnahme von schweizweit rund 200'000 Jugendlichen bedeutete ein Weltrekord, denn noch nie haben so viele Personen gleichzeitig einen Wettkampf bestritten. 13’000 Jugendliche aus 69 Gemeinden der Region Basel be-teiligten sich am Vormittag des 23. Mai an den lokalen Ausscheidungen, die Besten qualifizierten sich für das regionale Finalevent in der Reitsportanlage Schänzli. Organisiert wurde sCOOL von einem Organisations-komitee mit Vertretungen der regionalen OL-Vereine und des regionalen OL-Verbandes Nordwestschweiz. Das Sportamt wirkte im Hintergrund mit. Mit Unterstützung des Sportamtes wurden im Jahr 2003 27 neue Schul-arealkarten erstellt, so dass mittlerweile in 83 Baselbieter Schulhäusern Karten zur Verfügung stehen und so OL-Formen auf dem Schulareal geübt werden können.
Informationsveranstaltung	6.03.12 (neu)	Diskussionsplattform für ein sportliches Baselbiet.	Da vorgesehen war, eine Informationsveranstaltung zum kantonalen sportpolitischen Konzept durchzuführen, wurde die Informationsveranstaltung verschoben. (siehe 6.03.13).

Sportpolitisches Konzept			
Kantonales sportpolitisches Konzept erarbeiten	6.03.13 (neu)	Sportkommission und Sportamt erarbeiten ein richtungsweisendes Konzept für die Zukunft des Baselbieter Sports.	Das Konzept für Bewegung und Sport beinhaltet die künftige Sportpolitik des Kantons Basel-Landschaft. Im Zentrum stehen die allgemeine Bewegungsförderung der bisher Bewegungsinaktiven sowie die Förderung des Schulsportes. Die Vorlage liegt vor. Aufgrund der Finanzsituation wurde die Behandlung des Konzeptes durch Regierung und Landrat auf das Jahr 2004 verschoben.

Antrag

Der Regierungsrat ersucht den Landrat um Prüfung und Genehmigung des Amtsberichtes 2003 des Regierungsrates.

Liestal, 3. Februar 2004

Im Namen des Regierungsrates:

Der Präsident: Erich Straumann

Der Landschreiber: Walter Mundschin

Beilagen: Anhang 1: Anfragen aus dem Landrat und Aufträge des Landrates
Anhang 2: Initiativen (Stand der Bearbeitung)

Anhang 1: Anfragen aus dem Landrat und Aufträge des Landrates

1 Anfragen aus dem Landrat

Der Regierungsrat hat die folgenden Vorstösse im Landrat mündlich oder schriftlich beantwortet.

1.1 Interpellationen

G-Nr.	Geschäftstitel	Beschluss LR	Datum LR
2002/104	Interpellation der CVP / EVP-Fraktion vom 18. April 2002: Verwendung der ausserordentlichen jährlichen Beiträge aus den überschüssigen Goldreserven der Schweizerischen Nationalbank. Schriftliche Antwort vom 5. November 2002	erledigt	09/01/2003
2002/081	Interpellation der FDP-Fraktion vom 14. März 2002: "Stopp der Kostenexplosion V" WoV / Wie weiter?. Schriftliche Antwort vom 5. November 2002	erledigt	09/01/2003
2002/119	Interpellation von Max Ribi vom 2. Mai 2002: Zahlungsmoral? Schriftliche Antwort vom 5. November 2002	erledigt	09/01/2003
2002/115	Interpellation von Sabine Stöcklin vom 2. Mai 2002: Gestaltung des öffentlichen Raums	beantwortet	09/01/2003
2002/105	Interpellation von Peter Holinger vom 18. April 2002: Vertrag über die Aufnahme des Amtsbezirkes Laufen und seiner Gemeinden vom Kanton Bern zum Kanton Basel-Landschaft. Schriftliche Antwort vom 13. August 2002	erledigt	23/01/2003
2002/116	Interpellation von Urs Hintermann vom 2. Mai 2002: Auto- und Motorradrennen im Kanton Baselland	beantwortet	23/01/2003
2002/314	Interpellation der SVP-Fraktion vom 28. November 2002: Unangebrachte Zurückhaltung bei der Landesverweisung krimineller Asylbewerber und Kriminaltouristen!	beantwortet	23/01/2003
2002/315	Interpellation von Margrit Blatter vom 28. November 2002: Das neue Risiko: Fahren in bekifftem Zustand	beantwortet	23/01/2003
2002/263	Interpellation von Bruno Steiger vom 17. Oktober 2002: Steuereinbussen	beantwortet	06/02/2003
2002/261	Interpellation von Peter Holinger vom 17. Oktober 2002: Zahlungsfristen des Kantons Basel-Landschaft. Schriftliche Antwort vom 17. Dezember 2002	erledigt	06/02/2003
2002/149	Interpellation von Agathe Schuler vom 6. Juni 2002: Steuerbelastung von AHV-Rentnerinnen und-Rentnern	beantwortet	06/02/2003
2002/202	Interpellation von Marc Joset vom 5. September 2002: Der schnellste Weg auf den Zug	beantwortet	20/02/2003
2002/206	Interpellation von Patrick Schäfli vom 5. September 2002: Stand Projektierung / Bau der H2 Rheinstrasse-Entlastung (Liestal-Hülften). Schriftliche Antwort vom 29. Oktober 2002	erledigt	20/02/2003

2002/203	Interpellation von Eric Nussbaumer vom 5. September 2002: Auswirkungen der Welthandelsregeln auf die lokale Wirtschaft	beantwortet	20/02/2003
2002/209	Interpellation von Fredy Gerber vom 5. September 2002: Wie gut ist das neue Submissionsgesetz? Schriftliche Antwort vom 14. Januar 2003	erledigt	20/02/2003
2002/210	Interpellation von Peter Holinger vom 5. September 2002: Lärmimmissionen durch Knallkörper vor und nach dem 1. August	beantwortet	27/03/2003
2002/207	Interpellation der CVP / EVP-Fraktion vom 5. September 2002: Strafrechtliche Verfolgung von Kinder-Pornographie im Internet	beantwortet	27/03/2003
2002/262	Interpellation von René Rudin vom 17. Oktober 2002: Zwangseinbürgerung. Schriftliche Antwort vom 7. Januar 2003	erledigt	27/03/2003
2002/264	Interpellation von Madeleine Göschke vom 17. Oktober 2002: Kinderpornographie - wie weiter?	beantwortet	27/03/2003
2002/260	Interpellation von Hans Jermann vom 17. Oktober 2002: Kinderpornographie im Internet. Schriftliche Antwort vom 7. Januar 2003	erledigt	27/03/2003
2003/089	Interpellation von Jörg Krähenbühl vom 10. April 2003: SARS - Welche Massnahmen wurden im Baselbiet getroffen?	beantwortet	10/04/2003
2002/204	Interpellation von Daniel Münger vom 5. September 2002: Situation im Baugewerbe - Konkurs Meier und Jäggi. Schriftliche Antwort vom 4. Februar 2003	erledigt	10/04/2003
2003/068	Interpellation von Agathe Schuler vom 20. Februar 2003: Entwicklung des Lehrstellenangebots im Kanton Baselland und der Region	beantwortet	10/04/2003
2002/208	Interpellation von Uwe Klein vom 5. September 2002: Ausarbeitung eines Alters- und Pflegeheimgesetzes	beantwortet	10/04/2003
2002/255	Interpellation von Peter Meschberger vom 17. Oktober 2002: Nutzung der Rheinhäfen. Schriftliche Antwort vom 17. Dezember 2002	erledigt	10/04/2003
2002/288	Interpellation von Jörg Krähenbühl vom 14. November 2002: Prävention gegen Cannabiskonsum	beantwortet	10/04/2003
2002/256	Interpellation von Sabine Pegoraro vom 17. Oktober 2002: Welche Perspektive hat der Rheinhafen Birsfelden?. Schriftliche Antwort vom 17. Dezember 2002	erledigt	10/04/2003
2002/257	Interpellation der FDP-Fraktion vom 17. Oktober 2002: Beeinträchtigt der Cannabis - Genuss die Lernfähigkeit?. Schriftliche Antwort vom 17. Dezember 2002	erledigt	10/04/2003
2002/286	Interpellation der SP-Fraktion vom 14. November 2002: Herausforderung Alter. Schriftliche Antwort vom 17. Dezember 2002	erledigt	10/04/2003
2003/108	Interpellation von Madeleine Göschke vom 8. Mai 2003: Swiss-Flüge von Zürich nach Basel?	beantwortet	08/05/2003
2002/313	Interpellation von Paul Rohrbach vom 28. November 2002: Kiffen, Rauchen und erhöhte Gewaltbereitschaft von Jugendlichen in der Waldenburgerbahn	beantwortet	08/05/2003
2003/009	Interpellation von Roland Plattner vom 9. Januar 2003: Integrierte Desinvestitionspolitik als Mittel koordinierter und gemeindeverträglicher Raumentwicklung. Schriftliche Antwort vom 11. Februar 2003	erledigt	08/05/2003
2002/254	Interpellation von Roland Plattner vom 17. Oktober 2002: Prävention Hochwasser und extreme Naturereignisse?. Schriftliche Antwort vom 7. Januar 2003	erledigt	08/05/2003

2003/107	Interpellation der FDP-Fraktion vom 8. Mai 2003: Geplante Umleitungsflüge von Zürich nach Basel	beantwortet	08/05/2003
2003/049	Interpellation von Patrick Schäfli vom 6. Februar 2003: Wird der Kanton Basel-Landschaft immer mehr zum Gastwirt? (Mitbericht JPMD). Schriftliche Antwort vom 25. März 2003	erledigt	22/05/2003
2003/118	Interpellation von Hildy Haas vom 22. Mai 2003: Waldenburgerbahn und Läufelfingerli	beantwortet	22/05/2003
2002/287	Interpellation von Eugen Tanner vom 14. November 2002: Welche Fachhochschule braucht unsere Region	beantwortet	22/05/2003
2003/146	Interpellation der Grüne-Fraktion vom 19. Juni 2003: Kantonsreferendum gegen das Steuerpaket 2001?	beantwortet	19/06/2003
2003/030	Interpellation der Grünen-Fraktion vom 23. Januar 2003: Flugbewegungen um jeden Preis?	beantwortet	04/09/2003
2003/029	Interpellation von Madeleine Göschke vom 23. Januar 2003: Palliativmedizin, eine kantonale Aufgabe. Schriftliche Antwort vom 18. März 2003	erledigt	18/09/2003
2003/005	Interpellation von Eugen Tanner vom 9. Januar 2003: Verbindlichkeit von Landratsbeschlüssen	beantwortet	18/09/2003
2003/006	Interpellation der SVP-Fraktion vom 9. Januar 2003: Vertiefung der Diskussion zum Lastenausgleich zwischen den Kantonen Basel-Landschaft und Basel-Stadt I. Schriftliche Antwort vom 6. Mai 2003	erledigt	18/09/2003
2003/052	Interpellation von Agathe Schuler vom 6. Februar 2003: Auswirkungen der neuen Stundentafel an der Sekundarschule und Auswirkungen der Einrichtung von 19 Sekundarschul-Kreisen. Schriftliche Antwort vom 29. April 2003	erledigt	18/09/2003
2003/007	Interpellation der SVP-Fraktion vom 9. Januar 2003: Vertiefung der Diskussion zum Lastenausgleich zwischen den Kantonen Basel-Landschaft und Basel-Stadt II. Schriftliche Antwort vom 6. Mai 2003	erledigt	18/09/2003
2003/047	Interpellation von Ruedi Brassel vom 6. Februar 2003: Doppelzählung gemäss neuem Bildungsgesetz. Schriftliche Antwort vom 9. September 2003	erledigt	18/09/2003
2003/069	Interpellation von Madeleine Göschke vom 20. Februar 2003: Muss der Kanton Baselland ein Defizit des Flughafens Basel-Mülhausen mittragen?. Schriftliche Antwort vom 1. April 2003	erledigt	18/09/2003
2003/022	Interpellation der FDP-Fraktion vom 23. Januar 2003: Wie steht es um die Integration im Kanton Baselland?. Schriftliche Antwort vom 25. März 2003	erledigt	18/09/2003
2002/312	Interpellation von Sabine Pegoraro vom 28. November 2002: Revision des Steuer- und Finanzgesetzes - wie weiter?	zurückgezogen	16/10/2003
2003/067	Interpellation von Anton Fritschi vom 20. Februar 2003: Verkehrsdrehscheibe Dornach - Arlesheim / BLT Linie 10. Schriftliche Antwort vom 8. April 2003	erledigt	30/10/2003
2002/330	Interpellation von Silvia Liechti vom 12. Dezember 2002: Kosten der unentgeltlichen Prozessführung im Kanton Baselland. Schriftliche Antwort vom 23. September 2003	erledigt	30/10/2003
2002/326	Interpellation von Christine Mangold vom 11. Dezember 2002: Schliessung Autobahnauffahrt Augst Richtung Zürich (Mitbericht BUD)	beantwortet	30/10/2003
2003/008	Interpellation von Eric Nussbaumer vom 9. Januar 2003: Bauverzögerung beim Umbau Haus 5 der Kantonalen Psychiatrischen Dienste in Liestal	beantwortet	30/10/2003

2003/025	Interpellation der FDP-Fraktion vom 23. Januar 2003: Förderung der Juralinie SBB (Basel-Laufen-Délemont-Biel): Verkehrsangebot, Kapazitätsengpässe, Fahrplanstruktur. Schriftliche Antwort vom 1. April 2003	erledigt	30/10/2003
2003/050	Interpellation von Jacqueline Halder vom 6. Februar 2003: Feinstaubfilter von Dieselmotoren im öffentlichen Verkehr	beantwortet	30/10/2003
2003/093	Interpellation von Hanspeter Ryser vom 10. April 2003: Parkplätze beim Schloss Bottmingen	beantwortet	30/10/2003
2003/106	Interpellation von Madeleine Göschke vom 8. Mai 2003: Kantonales Projekt Vergärungsanlage wird aufgegeben - weshalb?	beantwortet	30/10/2003
2003/028	Interpellation der FDP-Fraktion vom 23. Januar 2003: Verkehrsplanung Liestal	beantwortet	30/10/2003
2003/026	Interpellation der FDP-Fraktion vom 23. Januar 2003: Vernehmlassung Sachplan Strasse des Bundes an die Kantone. Schriftliche Antwort vom 1. April 2003	erledigt	30/10/2003
2003/027	Interpellation der FDP-Fraktion vom 23. Januar 2003: Standortbestimmung Strassenverkehr im Kanton Baselland. Schriftliche Antwort vom 25. März 2003	erledigt	30/10/2003
2003/185	Interpellation von Esther Maag vom 4. September 2003: Fahrplan Bau Wisenberg	beantwortet	30/10/2003
2003/254	Interpellation von Remo Franz vom 30. Oktober 2003: Stopp der Personalvermehrung	beantwortet	30/10/2003
2003/051	Interpellation von Uwe Klein vom 6. Februar 2003: Lärmemission Tramschlaufe Endstation Linie 14 in Pratteln	zurückgezogen	30/10/2003
2003/048	Interpellation von Patrick Schäfli vom 6. Februar 2003: Bahnlärm in Frenkendorf, Füllinsdorf, Pratteln: Was unternimmt der Kanton Basel-Landschaft?. Schriftliche Antwort vom 25. März 2003	erledigt	30/10/2003
2003/202	Interpellation von Agathe Schuler vom 4. September 2003: Schulzozialdienst	beantwortet	13/11/2003
2003/224	Interpellation von Regula Meschberger vom 18. September 2003: Führer für Behinderte durch den Kanton Basel-Landschaft	beantwortet	13/11/2003
2003/155	Interpellation von Peter Küng vom 19. Juni 2003: Das lange Warten auf den gerechten Lohn. Schriftliche Antwort vom 4. November 2003	erledigt	13/11/2003
2003/126	Interpellation der FDP-Fraktion vom 22. Mai 2003: Gesamtschweizerischer Lohnausweis. Schriftliche Antwort vom 9. September 2003	erledigt	13/11/2003
2003/139	Interpellation von Urs Hintermann vom 12. Juni 2003: Zeitgemässes Rollmaterial für die BLT	beantwortet	13/11/2003
2003/197	Interpellation von Urs Hintermann vom 4. September 2003: Mitwirkung von Bevölkerung und Parlament beim Projekt "Bypass Hochrhein"	beantwortet	13/11/2003
2003/164	Interpellation der FDP-Fraktion vom 1. Juli 2003: Systemwechsel Eigenmietwertbesteuerung Abschaffung Eigenmietwert/Hypothekarzins per 1.1.2008. Schriftliche Antwort vom 23. September 2003	erledigt	13/11/2003
2003/125	Interpellation von Roland Laube vom 22. Mai 2003: Auswirkungen des Entlastungsprogrammes 2003 des Bundes. Schriftliche Antwort vom 9. September 2003	erledigt	13/11/2003

2003/156	Interpellation von Roger Moll vom 19. Juni 2003: Zur geplanten Fusion der FHBB mit den Fachhochschulen der Kantone Aargau und Solothurn. Schriftliche Antwort vom 2. September 2003	erledigt	13/11/2003
2003/140	Interpellation von Max Ribi vom 12. Juni 2003: Steuerveranlagung als Basis für Einnahmen und Ausgaben. Schriftliche Antwort vom 4. November 2003	erledigt	13/11/2003
2003/083	Interpellation von Heinz Mattmüller vom 27. März 2003: Gleichstellung von Mann und Frau. Schriftliche Antwort vom 9. September 2003	erledigt	13/11/2003
2003/082	Interpellation von Karl Rudin vom 27. März 2003: Strategische Eisenbahngesamtplanung im Raum Basel (Trinationale Untersuchung)	beantwortet	13/11/2003
2003/222	Interpellation von Eva Chappuis vom 18. September 2003: Spezielle Förderung. Schriftliche Antwort vom 4. November 2003	erledigt	14/11/2003
2003/227	Interpellation von Thomi Jourdan vom 18. September 2003: Welche Haltung nimmt der Kanton Basel-Landschaft in der Hanfpolitik ein?	beantwortet	27/11/2003
2003/024	Interpellation der FDP-Fraktion vom 23. Januar 2003: Asylwesen im Baselbiet: Besorgnis greift um sich. Schriftliche Antwort vom 11. November 2003	erledigt	27/11/2003
2003/094	Interpellation von Karl Rudin vom 10. April 2003: Datenbank für Hooligans	beantwortet	27/11/2003
2003/053	Interpellation von Ruedi Brassel vom 6. Februar 2003: Neue Wege in der Asylpolitik (Mitbericht VSD, FKD)	beantwortet	27/11/2003
2003/063	Interpellation von Remo Franz vom 20. Februar 2003: Mehr Polizei?	beantwortet	27/11/2003
2003/023	Interpellation der FDP-Fraktion vom 23. Januar 2003: Wie ist der Stand der Massnahmen gegen Hanfläden im Kanton Baselland?	beantwortet	27/11/2003
2003/310	Interpellation der SP-Fraktion vom 10. Dezember 2003: Polizeieinsatz gegen den Allpack-Streik	beantwortet	11/12/2003

Erläuterungen
Beantwortet = mündliche Antwort des Regierungsrates
Erledigt = schriftliche Antwort des Regierungsrates

1.2 Schriftliche Anfragen

G-Nr.	Geschäftstitel	Antwort
2002/273	Schriftliche Anfrage von Eric Nussbaumer vom 31. Oktober 2002: Übersicht über die anerkannten Familienausgleichskassen	14/01/2003
2003/010	Schriftliche Anfrage der SVP-Fraktion vom 9. Januar 2003: Vertiefung der Diskussion zum Lastenausgleich zwischen den Kantonen Basel-Landschaft und Basel-Stadt	06/05/2003
2003/054	Schriftliche Anfrage von Eric Nussbaumer vom 6. Februar 2003: Wie lauten die aktuellen Zahlen und Prognosen im Bahn-Güterverkehr	03/06/2003

1.3 Unbeantwortete schriftliche Anfragen

G-Nr.	Geschäftstitel
2003/287	Schriftliche Anfrage von Esther Maag vom 13. November 2003: Auslieferung H. Sevinc
2003/307	Schriftliche Anfrage von Ivo Corvini vom 27. November 2003: Klarstellung zum “Strategiebericht Spialversorgung Basel-Landschaft (Hausaufgaben BL)” vom 4. November 2003

1.4 Mündliche Anfragen (Fragestunde)

G-Nr.	Geschäftstitel	Beschluss LR	Datum LR
2003/014	Bericht der Landeskanzlei vom 21. Januar 2003: Mündliche Anfragen für die Landratssitzung vom 23. Januar 2003	alle Fragen (9) beantwortet	23/01/2003
2003/074	Bericht der Landeskanzlei vom 25. März 2003: Mündliche Anfragen für die Landratssitzung vom 27. März 2003	alle Fragen (5) beantwortet	27/03/2003
2003/116	Bericht der Landeskanzlei vom 20. Mai 2003: Mündliche Anfragen für die Landratssitzung vom 22. Mai 2003	alle Fragen (5) beantwortet	22/05/2003
2003/141	Bericht der Landeskanzlei vom 17. Juni 2003: Mündliche Anfragen für die Landratssitzung vom 19. Juni 2003	alle Fragen (3) beantwortet	19/06/2003
2003/208	Bericht der Landeskanzlei vom 16. September 2003: Mündliche Anfragen für die Landratssitzung vom 18. September 2003	alle Fragen (11) beantwortet	18/09/2003
2003/251	Bericht der Landeskanzlei vom 27. Oktober 2003: Mündliche Anfragen für die Landratssitzung vom 30. Oktober 2003	alle Fragen (5) beantwortet	30/10/2003
2003/291	Bericht der Landeskanzlei vom 25. November 2003: Mündliche Anfragen für die Landratssitzung vom 27. November 2003	alle Fragen (4) beantwortet	27/11/2003
2003/309	Bericht der Landeskanzlei vom 9. Dezember 2003: Mündliche Anfragen für die Landratssitzung vom 11. Dezember 2003	alle Fragen (5) beantwortet	11/12/2003

2 Aufträge des Landrates

2.1 Im Jahr 2003 abgeschriebene Aufträge

G-Nr.	Geschäftstitel	Beschluss LR	Datum LR	G-Nr neu
1991/285	Postulat von Jörg Affentranger vom 12. Dezember 1991: Änderung des Erbschafts- und Schenkungssteuergesetzes	abgeschrieben; überwiesen	09/01/2003	2002/234

2002/075	Postulat der FDP-Fraktion vom 14. März 2002: "Stopp der Kostenexplosion IV" Hinterfragen der Leistungsaufträge	überwiesen und abgeschrieben	09/01/2003	
1980/138	Motion von Werner Zahn vom 1. September 1980: Revision der Rechtserlasse über das Hausierwesen	abgeschrieben; überwiesen	23/01/2003	
2000/064	Postulat von Bruno Krähenbühl vom 23. März 2000: Einführung von staatlichen (oder staatlich anerkannten, kontrollierten und geförderten) Vorbereitungskursen für einbürgerungswillige ausländische Staatsangehörige	abgeschrieben; überwiesen	23/01/2003	2002/179
1998/264	Postulat von Esther Maag vom 17. Dezember 1998: Wie hält es der Kanton Baselland mit Minergie?	abgeschrieben; überwiesen	06/02/2003	2002/238
2000/065	Postulat von Remo Franz vom 23. März 2000: Schneller zahlen ist Wirtschaftsförderung	abgeschrieben; überwiesen	06/02/2003	2002/323
2002/198	Postulat von Peter Meschberger vom 5. September 2002: Mängel der KVA Basel nicht an die Gemeinden abwälzen	überwiesen und abgeschrieben	20/02/2003	
2000/142	Postulat von Franz Hilber vom 22. Juni 2000: Kampfhunde "an die Leine"	abgeschrieben; Motion als Postulat überwiesen	20/02/2003	2002/168
2001/046	Postulat von Esther Maag vom 22. Februar 2001: Viel Arbeit, viel Ehre(?) - wenig Qualifikation	abgeschrieben; überwiesen	27/03/2003	2002/317
1999/100	Postulat von Max Ritter vom 29. April 1999: Förderung bodenschonender Anbausysteme im Kanton Basel-Landschaft	abgeschrieben; überwiesen	27/03/2003	2002/319
2002/063	Postulat der Petitionskommission vom 21. März 2002: Aufwertung der Freiwilligenarbeit im Kanton Basel-Landschaft	abgeschrieben; Ziffer 1 als Postulat überwiesen	27/03/2003	2002/318
2002/251	Postulat von Sabine Pegoraro vom 17. Oktober 2002: Eine Meldestelle für kinderpornographische Darstellungen im Internet	überwiesen und abgeschrieben	27/03/2003	
1999/233	Postulat von Eva Chappuis vom 11. November 1999: Anstellungsverhältnisse an Jugendmusikschulen	abgeschrieben; Motion als Postulat überwiesen	27/03/2003	2002/233
1999/188	Postulat von Bruno Krähenbühl vom 16. September 1999: Änderung oder Aufhebung des Regierungsratsbeschlusses über die Bewertung der Aktien für die Vermögensbesteuerung vom 21. Januar 1975 (331.12)	abgeschrieben; überwiesen	27/03/2003	2002/293
1995/218	Postulat von Theo Weller vom 4. Dezember 1995: Regelungsbedarf für den atmosphärischen Gaskessel	abgeschrieben; überwiesen	27/03/2003	2002/291
2002/284	Postulat von Hans Jermann vom 14. November 2002: Verkehrsampeln mit Zeitanzeige	überwiesen und abgeschrieben	10/04/2003	
1994/010	Postulat der Petitionskommission vom 12. Januar 1994: Sicherung des Fussgängerübergangs Hauptstrasse Langenbruck durch eine Lichtsignalanlage	abgeschrieben; überwiesen	08/05/2003	2003/001
2000/167	Postulat von Peter Holinger vom 7. September 2000: Gesamtkonzept der beruflichen Nachwuchsförderung	abgeschrieben; überwiesen	08/05/2003	2003/011

2001/169	Postulat von Rita Bachmann vom 21. Juni 2001: Sicherheit im Kreisel für Zweiradfahrer und –fahrerinnen	abgeschrieben; überwiesen	08/05/2003	2003/013
1999/268	Postulat von Robert Ziegler vom 15. Dezember 1999: Unterstützung von Sportvereinen in der Integration jugendlicher Ausländerinnen und Ausländer	abgeschrieben; überwiesen	08/05/2003	2003/002
2003/004	Postulat von Bruno Steiger vom 9. Januar 2003: Denkmäler schleift man nicht	überwiesen und abgeschrieben	22/05/2003	
1997/203	Motion von Paul Schär vom 16. Oktober 1997: Neuauflage Gastwirtschaftsgesetz	abgeschrieben; überwiesen	22/05/2003	2003/037
1999/256	Postulat von Peter Tobler vom 25. November 1999: Richtige "Make or buy" - Analysen für kantonale Vorhaben	abgeschrieben; überwiesen	22/05/2003	2003/015
1999/170	Postulat der FDP-Fraktion vom 2. September 1999: Sofortmassnahmen im Asylbereich: Handeln tut Not!	abgeschrieben; Motion als Postulat überwiesen	22/05/2003	2003/035
2001/134	Postulat von Theo Weller vom 10. Mai 2001: Der Staat als Auftragnehmer in Konkurrenz zur Privatwirtschaft	abgeschrieben; überwiesen (modifiziert)	22/05/2003	2003/034
1997/031	Motion von Karl Rudin vom 6. März 1997: Baselland wird bis zum Jahr 2000 zum familienfreundlichen Kanton	abgeschrieben; überwiesen (modifiziert)	22/05/2003	2003/056
2001/094	Postulat von Thomas Haegler vom 5. April 2001: Studie über die Fiskalbelastungen, Sozialleistungen usw. von Mietern und Wohneigentümern im Baselbiet	abgeschrieben; überwiesen	22/05/2003	
2000/273	Postulat vom 29. Dezember 2000: 2 Petitionen zum Problem Tramlärm	abgeschrieben; Petition als Postulat überwiesen	22/05/2003	2003/059
1999/111	Postulat von Christoph Rudin vom 20. Mai 1999: Pädagogische Fachhochschule Nordwestschweiz mit europatauglicher Lehrkräfteausbildung	abgeschrieben; überwiesen	22/05/2003	
2000/082	Postulat von Eric Nussbaumer vom 6. April 2000: Berufe im Gesundheitswesen	abgeschrieben; überwiesen	05/06/2003	
1999/018	Postulat von Eugen Tanner vom 28. Januar 1999: Stabilisierungsprogramm des Bundes: Entlastung der Gemeinden	abgeschrieben; Motion als Postulat überwiesen	05/06/2003	2002/223
2001/033	Postulat von Max Ritter vom 8. Februar 2001: Poststellenschliessung - Noch zwei Poststellen im Kreis Gelterkinden?	abgeschrieben; überwiesen	05/06/2003	
2001/289	Postulat von Willi Grollimund vom 29. November 2001: Mehr Sicherheit im Belchentunnel	abgeschrieben; überwiesen	05/06/2003	
1988/202	Postulat von Max Kamber vom 23. Juni 1988: Rückvergütung von Steuergeldern aus dem Grenzgängerabkommen mit Frankreich; Teilabgabe an die arbeitgebenden Gemeinden	abgeschrieben; überwiesen	05/06/2003	2002/235

2001/066	Motion der FDP-Fraktion vom 22. März 2001: Elektrizitätsmarktöffnung: Anpassung der kantonalen Gesetzgebung	abgeschrieben; überwiesen	05/06/2003	2003/041
1997/133	Postulat der SP-Fraktion vom 19. Juni 1997: Angebot von Dienstleistungen des Sicherheitsinspektorates an die Nachbarkantone	abgeschrieben; überwiesen	05/06/2003	
2000/144	Motion von Rita Bachmann vom 22. Juni 2000: Änderung des Gesetzes über die politischen Rechte	abgeschrieben; überwiesen	05/06/2003	2003/058
2001/117	Postulat von Eric Nussbaumer vom 26. April 2001: Leistungsauftrag für Netzbetreiber gemäss Elektrizitätsmarktgesetz (EMG)	abgeschrieben; überwiesen	05/06/2003	
2001/032	Postulat der FDP-Fraktion vom 8. Februar 2001: Zukunftssicherung der Postdienstleistungen im Baselbiet	abgeschrieben; Motion als Postulat überwiesen	05/06/2003	
1998/081	Postulat von Esther Maag Zimmer vom 23. April 1998: Fürsorgekosten-Lastenausgleich	abgeschrieben; überwiesen	05/06/2003	2002/223
1999/247	Postulat der FDP-Fraktion vom 25. November 1999: Einrichtung eines Krisendispositivs	abgeschrieben; überwiesen	05/06/2003	
1998/113	Postulat von Uwe Klein vom 28. Mai 1998: Neues Sozialgesetz - Materielle Solidarisierung der Fürsorgeaufwendungen unter den Gemeinden	abgeschrieben; überwiesen	05/06/2003	2002/223
1999/221	Postulat von Esther Aeschlimann vom 28. Oktober 1999: Solidarisierung / Gemeindebeiträge an die Alters- und Pflegeheimbewohnerinnen und - bewohner	abgeschrieben; überwiesen	05/06/2003	2002/223
1988/207	Postulat von Eva Rüetschi vom 23. Juni 1988: Rückvergütung von Steuergeldern aus dem Grenzgängerabkommen mit Frankreich; Teilabgabe an die arbeitgebenden Gemeinden	abgeschrieben; überwiesen	05/06/2003	2002/235
2001/006	Postulat von Rita Kohlermann vom 11. Januar 2001: Eco-Drive-Technik für ressourcenschonendes Fahren	abgeschrieben; überwiesen	05/06/2003	
1996/218	Postulat von Claudia Roche vom 17. Oktober 1996: Berufsmaturität für Berufe im Gesundheitswesen	abgeschrieben; Motion als Postulat überwiesen	05/06/2003	
2002/056	Verfahrenspostulat von Ruedi Brassel vom 28. Februar 2002: Elektronisches Abstimmungsverfahren	abgeschrieben; überwiesen	12/06/2003	
2003/114	Verfahrenspostulat der Geschäftsprüfungs- und Finanzkommission vom 8. Mai 2003: Einsetzung einer Spezialkommission "Parlament und Verwaltung" zur umfassenden Überprüfung sowie ganzheitlichen Bewertung/Entwicklung der bisherigen und künftigen Aufgaben und Tätigkeiten der Legislative	überwiesen und abgeschrieben	12/06/2003	
1996/239	Postulat von Karl Rudin vom 31. Oktober 1996: Nicht mehr zeitgemässe Leumundszeugnisse	abgeschrieben; überwiesen	19/06/2003	2003/084
2002/035	Postulat der Justiz- und Polizeikommission vom 7. Februar 2002: Persönliche Haftung von Behördemitgliedern	abgeschrieben; überwiesen	19/06/2003	2003/084

2002/195	Motion der SVP-Fraktion vom 5. September 2002: Standesinitiative "Bankgeheimnis"	abgeschrieben; überwiesen (modifiziert)	19/06/2003	2003/097
1999/187	Postulat von Esther Maag vom 16. September 1999: Mehr Gemeindeautonomie bei Initiative und Referendum	abgeschrieben; Motion als Postulat überwiesen	19/06/2003	2003/084
1992/025	Motion von Max Ribi vom 23. Januar 1992: Vereinfachung der Steuererhebung und Verminderung der Verärgerung des Steuerzahlers	abgeschrieben; überwiesen (modifiziert)	19/06/2003	2000/310
2003/131	Bericht der Petitionskommission vom 5. Juni 2003: Petition UKBB	Petition als Postulat überw. und abgeschr.	19/06/2003	
1999/010	Postulat von Sabine Stöcklin vom 14. Januar 1999: Sicherung der Umwelt- und AnwohnerInnenschutzes beim Flughafen Basel - Mülhausen	abgeschrieben; überwiesen	04/09/2003	2002/333
1997/169	Postulat von Alfred Zimmermann vom 4. September 1997: EuroAirport: Emissionsgebühren für schmutzige Flugzeuge	abgeschrieben; überwiesen	04/09/2003	2002/331
1998/048	Postulat der CVP-Fraktion vom 12. März 1998: Bevölkerungsfreundliche und zukunftsorientierte Entwicklung des Flughafens Basel-Mülhausen-Freiburg	abgeschrieben; Motion als Postulat überwiesen	04/09/2003	2002/332
1995/220	Postulat von Jacqueline Halder vom 4. Dezember 1995: Einführung schadstoffabhängiger Landetagen und weiterer Massnahmen auf dem EuroAirport Basel-Mulhouse	abgeschrieben; überwiesen	04/09/2003	2002/331
2001/210	Motion von Alfred Zimmermann vom 6. September 2001: Verstärkte Benützung der Ost-West-Piste	abgeschrieben; überwiesen	04/09/2003	2002/335
2003/147	Postulat von Eric Nussbaumer vom 19. Juni 2003: Kantonsreferendum zum Steuerpaket 2001	abgeschrieben; Motion als Postulat überwiesen	18/09/2003	2003/204
2000/034	Motion der FDP-Fraktion vom 10. Februar 2000: Überprüfung der heute noch bestehenden Konkordatsverträge und Erarbeitung allfälliger Aenderungsvorschläge	abgeschrieben; überwiesen	30/10/2003	2003/036
2000/135	Postulat von Peter Holinger vom 8. Juni 2000: Konkurrenz der Privatwirtschaft durch öffentliche Betriebe	abgeschrieben; überwiesen	30/10/2003	2003/016

Erläuterungen
Überwiesen und abgeschrieben = in der gleichen Sitzung überwiesen und abgeschrieben
Abgeschrieben; überwiesen = am angegebenen Datum überwiesen; Überweisung zu einem früheren Zeitpunkt

2.2 Erfüllte Aufträge

G-Nr.	Geschäftstitel	G-Nr neu
1990/118	Postulat von Eva Rüetschi vom 17. Mai 1990: Änderung des § 134 des Schulgesetzes vom 26. April 1979	2002/113
1994/258	Postulat der FDP-Fraktion vom 21. November 1994: Änderung des Umweltschutzgesetzes § 21 “Kostendeckung - Siedlungsabfälle”	2002/152
1995/184	Motion von Dieter Völlmin vom 19. Oktober 1995: Einführung einer sachgerechten, klaren und zeitgemässen Regelung der Aufsichts- und Kontrollfunktionen bei der Basellandschaftlichen Kantonalbank (Änderung des Kantonalbankgesetz vom 17. Juni 1957)	2003/228
1996/179	Motion von Claude Janiak vom 5. September 1996: Erlass eines Gesetzes über das Archivwesen; Archivgesetz	2003/033
1998/259	Postulat von Dölf Brodbeck vom 16. Dezember 1998: Förderung zukunftsweisender Technologien im Strassenverkehr	2003/115
2000/088	Postulat von Monika Engel vom 13. April 2000: Für eine blühende Kulturlandschaft im Laufental	2002/237
2000/130	Motion von Erziehungs- und Kulturkommission vom 8. Juni 2000: Revision Finanzausgleich	2002/223
2000/187	Postulat von Alfred Zimmermann vom 21. September 2000: Strikte Nachtruhe zwischen 22'00 und 06'00 auf dem EuroAirport: Änderung des Staatsvertrags	2002/334
2000/198	Postulat der FDP-Fraktion vom 19. Oktober 2000: BetriebswirtschaftlicheGrundlagen für partnerschaftliche Geschäfte	2003/277
2001/005	Postulat der FDP-Fraktion vom 11. Januar 2001: Partnerschaft 2010+; ein Planungsinstrument für langfristige Strategien in der Partnerschaft	2003/277
2001/023	Motion der Erziehungs- und Kulturkommission vom 25. Januar 2001: Gesamtschau der Leistungen und Gegenleistungen zwischen den Kantonen Baselstadt und Basel-Landschaft	2003/277
2001/064	Postulat der FDP-Fraktion vom 22. März 2001: Bildung eines Biotech-Task-Force zwecks Koordination und Umsetzung einer Förderstrategie	2003/231
2001/237	Postulat von Sabine Pegoraro vom 27. September 2001: Kennzahlen zur Partnerschaft	2003/277
2002/002	Motion von Urs Steiner vom 10. Januar 2002: Revision § 97 Abs. 5 des Raumplanungs- und Baugesetzes (RBG) betr. Festlegung des Mindestabstandes der Baulinie entlang von Waldrändern	2003/182
2002/015	Postulat von Urs Baumann vom 24. Januar 2002: Ermittlung von wirtschaftlich interessanten Industrie- und Gewerbezonen im Kanton Basel-Landschaft	2003/012
2002/029	Motion der FDP-Fraktion vom 7. Februar 2002: Wie steht es mit der EDV im Kanton wirklich?	2002/212
2002/034	Postulat von Patrick Schäfli vom 7. Februar 2002: Ausbau der englischsprachigen Schulplätze im Baselbiet: International School of Basel, Reinach	2003/231
2002/143	Postulat von Remo Franz vom 6. Juni 2002: Stopp der Personalvermehrung	2003/289

2003/184	Postulat von Hannes Schweizer vom 4. September 2003: Linderung der Auswirkungen der Trockenheit auf die Baselbieter Landwirtschaft	2003/249

Erläuterungen
Erfüllte, aber noch nicht abgeschriebene Vorstösse

2.3 Mehr als ein Jahr alte Postulate seit der Überweisung

Über die Postulate, die nicht innert eines Jahres seit der Überweisung erfüllt sind, hat der Regierungsrat dem Landrat eine besondere Vorlage zu unterbreiten.

Büro Landrat

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2002/043	Verfahrenspostulat von Roland Laube vom 7. Februar 2002: Änderung der Reihenfolge der Traktanden	12/09/2002

Bau- und Umweltschutzdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
1983/229	Postulat der CVP-Fraktion vom 5. Dezember 1983: Weiterführung der BLT-Linie 70 Reigoldswil - Basel (Aeschenplatz) zum Bahnhof SBB Basel	02/02/1987
1990/136	Postulat von Ursula Bischof vom 28. Mai 1990: Sanierung der Vorderen Frenke zwischen Bubendorf (Talhaus) und Hölstein	13/05/1991
1989/318	Postulat der FDP-Fraktion vom 14. Dezember 1989: Rasche etappenweise Realisierung der Regio-S-Bahn	20/11/1991
1991/092	Postulat der SP-Fraktion vom 22. April 1991: Naturgerechtes kantonales Wasserbaukonzept	02/12/1991
1988/278	Postulat von Peter Brunner vom 31. Oktober 1988: Umweltfreundliches kantonales Wasserbaukonzept	02/12/1991
1991/279	Postulat von Annemarie Spinnler vom 11. Dezember 1991: Ausarbeitung einer Strassenrechnung von Kanton und Gemeinden	01/06/1992
1991/195	Postulat der Geschäftsprüfungskommission vom 9. September 1991: Neubau der Schule für Spitalberufe	01/02/1993
1989/024	Postulat von Max Ribi vom 30. Januar 1989: Direkte Tramlinie von Allschwil zum Bahnhof Basel SBB	03/05/1993
1994/016	Postulat von Peter Kuhn vom 20. Januar 1994: Rollstuhlgängige, behindertengerechte Trams und Busse auf den Linien der BLT für Rollstuhlfahrer/Innen, Gehbehinderte, betagte Leute, Frauen und Männer mit Kinderwagen, etc.	10/02/1994
1995/230	Postulat von Danilo Assolari vom 14. Dezember 1995: Überarbeitung der Projektierungsrichtlinien für die Gestaltung von Kantonsstrassen in Ortskernen	05/02/1996

1996/035	Postulat der SP-Fraktion und der Fraktion der Grünen vom 15. Februar 1996: Inkraftsetzung des § 28 des Umweltschutzgesetzes (Zuweisung der Abfälle zu den Abfallanlagen)	18/04/1996
1996/150	Postulat von Robert Piller vom 10. Juni 1996: Direkte Eisenbahnverbindung Suisse Romand - Region Basel gefährdet	09/01/1997
1997/189	Postulat von Max Ritter vom 25. September 1997: Bahn Sissach - Läufelfingen - Olten	25/09/1997
1998/079	Postulat von Hanspeter Frey vom 23. April 1998: Projektierung und Bau einer dritten Tunnelröhre am Belchentunnel	28/05/1998
1998/093	Postulat von Peter Brunner vom 14. Mai 1998: Öffentlicher Verkehr und Behinderte gemeinsam	26/11/1998
1998/193	Postulat von Ruedi Moser vom 15. Oktober 1998: Vermeidung Mobilfunk-Antennenwald	04/03/1999
1998/250	Postulat von Daniel Wyss vom 26. November 1998: Massnahmen zur Vermeidung von Feinstaub	15/04/1999
1999/058	Postulat von Heidi Portmann vom 25. März 1999: Einspar- und Anlagen-Contracting - dem raffinierten Weg zum technischen Energiesparen, Produzieren, Geld sparen und Umwelt schützen	11/11/1999
1999/130	Postulat der BPK vom 23. Juni 1999: Neue Gestaltungsideen in Dorfkernen	11/11/1999
1999/189	Postulat der FDP-Fraktion vom 16. September 1999: Zukunftsgerichteter, attraktiver und kostengünstiger öffentlicher Verkehr Nordwestschweiz	24/02/2000
1999/254	Postulat von Max Ribi vom 25. November 1999: Nutzungsaustausch oder Nutzungszusammenschluss von Gewerbe- und Industriegebiet unter den Gemeinden	24/02/2000
1999/255	Postulat von Max Ribi vom 25. November 1999: Verlängerung der Tramlinie 14 von Pratteln nach Liestal	24/02/2000
2000/037	Postulat von Hanspeter Frey vom 10. Februar 2000: Umfahrung Allschwil / Verkehrsentlastung Leimental	06/04/2000
2000/134	Postulat von Max Ribi vom 8. Juni 2000: Erhaltung bedienter Bahnhöfe im Kanton Basel-Landschaft	21/09/2000
2000/132	Postulat von Ruedi Moser vom 8. Juni 2000: Sanierung und Vermeidung von weiterem Bahnlärm in Pratteln	21/09/2000
2000/080	Postulat von Max Ritter vom 6. April 2000: Änderung des Gesetzes über den Denkmal- und Heimatschutz	21/09/2000
2000/269	Postulat von Esther Maag vom 14. Dezember 2000: Verkehrsführung Liestal	08/02/2001
2000/274	Postulat vom 29. Dezember 2000: Petition zu Gunsten der Buslinie 70	22/02/2001
2001/026	Postulat von Franz Ammann vom 25. Januar 2001: Schaffung klarer Berechnungsvorgaben für Sackgebühren	05/04/2001
2000/229	Postulat von Marc Joset vom 16. November 2000: Verlängerung der BLT-Buslinie 61 (bzw. 61A) nach Oberwil Dorf und Mühlematt Zentrum	05/04/2001
2000/197	Postulat von Peter Tobler vom 19. Oktober 2000: Neue Buslinie Aesch - Ettingen	05/04/2001

2000/196	Postulat von Christine Mangold vom 19. Oktober 2000: Genereller Leistungsauftrag öffentlicher Verkehr – Kostenverteilung	05/04/2001
2001/056	Postulat vom 16. März 2001: Verlängerung der Buslinie Hofstetten - Ettingen nach Aesch	05/04/2001
2001/068	Postulat von Franz Hilber vom 22. März 2001: Veröffentlichung der Achsenzählung auf den Eisenbahnlinien	10/05/2001
2001/112	Postulat der SP-Fraktion vom 26. April 2001: Aktive Landreservenpolitik für die Wirtschaftsförderung	31/05/2001
2001/114	Postulat von Alfred Zimmermann vom 26. April 2001: Ausdehnung der Quartierplanpflicht auf publikumsintensive Dienstleistungsbetriebe	31/05/2001
2001/111	Postulat von Rita Bachmann vom 26. April 2001: Ausbau des Güterbahnhofs Muttenz zum "Euro-Hub"	31/05/2001
2001/164	Postulat von Helen Wegmüller vom 7. Juni 2001: Ausbau BLT-Linie 10 / Abschnitt Lehenrain bis Haltestelle BBC (Arlesheim)	29/11/2001
2001/129	Postulat der SP-Fraktion vom 10. Mai 2001: Einführung eines Öko-Effizienz-Profils in der kantonalen Verwaltung	29/11/2001
2001/161	Postulat von Heinz Aebi vom 7. Juni 2001: Ausbau der SBB-Linie Basel - Laufen- Delémont	29/11/2001
2001/229	Postulat von Max Ribi vom 20. September 2001: "Fast food"-, "Fast drink" -Abgabe	29/11/2001
2001/251	Postulat von Remo Franz vom 25. Oktober 2001: Entlastung der Aescher Hauptstrasse	10/01/2002
2001/290	Postulat von Daniel Wyss vom 29. November 2001: Stromsparende Strassenkandelaber; ein Beitrag zur Nachhaltigkeit	19/09/2002
2002/003	Postulat von Peter Zwick vom 10. Januar 2002: Ausgeglichenere Verteilung der Gemeindebeiträge an die ungedeckten Kosten des öffentlichen Verkehrs	17/10/2002
2002/097	Postulat von Heinz Aebi vom 18. April 2002: Sanierung bzw. Aufhebung von unbewachten Bahnübergängen auf der SBB-Linie zwischen Grellingen und Soyhières	31/10/2002
2002/051	Postulat von Hildy Haas vom 28. Februar 2002: Reaktivierung der Buslinie 55, Hägendorf-Allerheiligenberg-Bärenwil-Langenbruck	14/11/2002
2002/101	Postulat von Esther Maag vom 18. April 2002: Einführung eines Umweltmanagementsystems in der kantonalen Verwaltung zur Erreichung der CO2-Zielvorgaben	12/12/2002

Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
1995/200	Postulat von Barbara Fünfschilling-Gysin vom 9. November 1995: Gemeinsame KindergärtnerInnenausbildung BL / BS	25/01/1996
1996/020	Postulat von Barbara Fünfschilling-Gysin vom 25. Januar 1996: Gemeinsame Ausbildung der Primarlehrkräfte BL / BS	25/03/1996

2000/145	Postulat von Heinz Aebi vom 22. Juni 2000: Förderung der Zweisprachigkeit in der Oberrheinregion	30/11/2000
2000/098	Postulat von Pascal Wyss vom 4. Mai 2000: Sicherung, Schutz und Nutzungskonzept für die Römervilla Munzach in Liestal	30/11/2000
2000/244	Postulat der FDP-Fraktion vom 30. November 2000: Inventar der Immobilien, die von der Uni Basel genutzt werden	22/02/2001
2001/055	Postulat vom 16. März 2001: "Hitzefrei im Kanton Basel-Landschaft"	26/04/2001
2001/045	Postulat der FDP-Fraktion vom 22. Februar 2001: Optimierung der Berufsbildung	31/05/2001
2001/093	Postulat von Mirko Meier vom 5. April 2001: Fach Lerntechnik an den Schulen	10/01/2002
2001/168	Postulat der FDP-Fraktion vom 21. Juni 2001: Bedarfsabklärung betreffend öffentlichen Tagesschulen	10/01/2002
2001/300	Postulat von Ruedi Brassel vom 13. Dezember 2001: Interdisziplinäres Zentrum für Konflikt- und Kooperationsforschung	12/09/2002
2002/016	Postulat von Robert Ziegler vom 24. Januar 2002: Werbung für Augusta Raurica	12/09/2002

Finanz- und Kirchendirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
1994/226	Postulat der SP-Fraktion vom 31. Oktober 1994: Anerkennung der Kinderbetreuungskosten als Gewinnungskosten im Steuerrecht	16/02/1995
1994/242	Postulat von Danilo Assolari vom 10. November 1994: Milderung der unsozialen Auswirkungen der Gebührenerhebung nach dem Verursacherprinzip	16/02/1995
1995/066	Postulat von Peter Brunner vom 22. März 1995: Überprüfung der staatlichen und gemischtwirtschaftlichen Unternehmen und Dienstleistungen des Kantons (Standortbestimmung, Kantonsbeteiligung, Ziele, Führungs-verantwortung usw.)	29/05/1995
1995/172	Postulat von Max Ribi vom 21. September 1995: Für verständliche Steuerabrechnungen	15/01/1996
1997/104	Postulat der SP-Fraktion vom 29. Mai 1997: Verzicht auf die Erhebung der Handänderungssteuer bei Unternehmensumstrukturierungen (§ 84/3 Steuer- und Finanzgesetz)	19/03/1998
1998/036	Postulat der FDP-Fraktion vom 19. Februar 1998: Ausweisung finanzielle Folgen für Bürgerinnen und Bürger bei Gesetzes- und Dekretsvorlagen	14/05/1998
1998/041	Postulat von Uwe Klein vom 19. Februar 1998: Vereinfachung des Gemeindesteuer-Einzuges bei juristischen Personen	14/05/1998
1998/153	Postulat der CVP-Fraktion vom 3. September 1998: Steuererleichterung für Familien	17/12/1998
2000/036	Postulat von Roland Plattner vom 10. Februar 2000: WoV und Ethik - ein Personalleitbild für die kantonale Verwaltung	13/04/2000

1999/232	Postulat von Eva Chappuis vom 11. November 1999: Ruhegehalt der Mitglieder des Regierungsrates	04/05/2000
2000/049	Postulat von Esther Maag vom 24. Februar 2000: Arbeitsteilungs-Modelle bei Verwaltungskadern und Gerichtspräsidien	19/10/2000
2000/223	Postulat einer Überparteilichen Petition für kantonale Mutterschafts- / Vaterschaftsbeihilfen "Mutterschaftsbeiträge endlich auch im Baselbiet" vom 6. Januar 2000	13/12/2000
2000/214	Postulat der Petitionskommission vom 2. November 2000: Kantonale Mutterschafts- und Vaterschaftsbeihilfen	13/12/2000
2001/218	Postulat von Alfred Zimmermann vom 6. September 2001: Forderungen aus der Risikoanalyse des Flughafens	24/01/2002
2001/132	Postulat von Gerold Lusser vom 10. Mai 2001: Konzept über die Abwicklung und Entwicklung des Flugverkehrs in der Regio TriRhena	24/01/2002
2001/237	Postulat von Sabine Pegoraro vom 27. September 2001: Kennzahlen zur Partnerschaft	21/03/2002
2001/228	Postulat der FDP-Fraktion vom 20. September 2001: Effiziente Prozesse bei der kantonalen Verwaltung	21/03/2002
2001/296	Postulat der CVP / EVP-Fraktion vom 12. Dezember 2001: Massvolle Verschuldung - Gesunder Finanzhaushalt	31/10/2002
2002/033	Postulat von Urs Baumann vom 7. Februar 2002: Vermeidung von unliebsamen Überraschungen bei Institutionen mit Globalbudget	14/11/2002

Kantonsgericht

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
1998/221	Postulat von Peter Brunner vom 29. Oktober 1998: Kontrollberichte und Analysen des Bundesgerichts über die Urteilspraxis der Baselbieter Gerichte	15/04/1999
2001/162	Postulat von Christoph Rudin vom 7. Juni 2001: Publikation der kantonalen Verwaltungs- und Gerichtsentscheide	29/11/2001

Justiz-, Polizei- und Militärdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
1994/169	Postulat von Roland Meury vom 5. September 1994: Erleichterte Einbürgerung von Jugendlichen der sogenannten “zweiten Generation”	20/10/1994
1994/175	Postulat von Klaus Hiltmann vom 5. September 1994: Einbürgerungs-Erleichterung für Jugendliche der zweiten Ausländergeneration	20/10/1994
1995/159	Postulat von Theo Weller vom 11. September 1995: Revision des Gesetzes über die Jugendstrafrechtspflege vom 1. Dezember 1980	05/02/1996

1998/218	Postulat von Peter Tobler vom 29. Oktober 1998: Ergänzung der Zivilprozessordnung	15/04/1999
1999/201	Postulat von Eric Nussbaumer vom 14. Oktober 1999: Baselbieter Zeitspende-Preis	13/01/2000
1999/185	Postulat von Max Ribi vom 16. September 1999: Beschleunigung der Verfahren am Zivilgericht	27/01/2000
1999/137	Postulat der SP-Fraktion vom 24. Juni 1999: Lockerung der Wohnsitzerfordernisses bei Einbürgerungen	10/02/2000
2001/003	Postulat der SP-Fraktion vom 11. Januar 2001: Mener à bien - Erleichterte Einbürgerung für Jugendliche	26/04/2001
2001/073	Postulat von Esther Maag vom 22. März 2001: Aggression im Strassenverkehr	29/11/2001
2001/167	Postulat von Peter Tobler vom 21. Juni 2001: Vernehmlassung für formulierte Gesetzesinitiativen?	29/11/2001
2001/163	Postulat von Remo Franz vom 7. Juni 2001: Einführung des Öffentlichkeitsprinzips	10/01/2002
2001/208	Postulat der CVP / EVP-Fraktion vom 6. September 2001: Gesetz über die Gewährung und Vermittlung von Konsumkrediten	24/01/2002

Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
1997/129	Postulat von Rudolf Keller vom 19. Juni 1997: Anpassung der ins Ausland bezahlten Kinderzulagen an die Kaufkraft in den Empfängerländern	18/09/1997
1997/132	Postulat der SP-Fraktion vom 19. Juni 1997: Schaffung einer einzigen überkantonalen Rheinhafenverwaltung	04/12/1997
1997/191	Postulat von Peter Brunner vom 25. September 1997: Grundsätzliches Wahlrecht des Patienten beim Medikamentenbezug und Einführung einer margenunabhängigen Medikamentenverrechnung bei aerztlicher Selbstdispensation	05/02/1998
1998/039	Postulat von Hansruedi Bieri vom 19. Februar 1998: Ausbildung von kommunalen Wirtschaftsbeauftragten	14/05/1998
1999/245	Postulat der SP-Fraktion vom 25. November 1999: Für eine aktive Industriepolitik	25/11/1999
1999/215	Postulat der FDP-Fraktion vom 28. Oktober 1999: Alters- und Pflegeheimdekret - § 12 Finanzielle Leistungskraft, (Änderung der bisherigen Regelung bei der Berechnung der finanziellen Leistungskraft)	16/12/1999
1999/202	Postulat der CVP / EVP-Fraktion vom 14. Oktober 1999: Überprüfung des Leistungsauftrages und der Struktur des Kantonalen Laboratoriums in Liestal	10/02/2000
2000/246	Postulat von Esther Maag vom 30. November 2000: Kinderbetreuung beim Kanton	11/01/2001
2000/243	Postulat der Grünen-Fraktion vom 30. November 2000: Für eine langfristige regionale Gesundheits- und Spitalplanung	25/01/2001

2000/240	Postulat von Eva Chappuis vom 30. November 2000: Kinder- und Ausbildungszulagen	25/01/2001
2001/007	Postulat von Eugen Tanner vom 11. Januar 2001: Ablösung/Vereinfachung des Kinder- und Jugendzahnpflegegesetzes	22/02/2001
2001/036	Postulat von Roland Bächtold vom 8. Februar 2001: Schaffung eines Verbandsklagerechts für Tierschutzorganisationen	26/04/2001
2001/115	Postulat der SP-Fraktion vom 26. April 2001: Marktbeobachtung und Publikation der verfügbaren Industrie- und Gewerbeareal	31/05/2001
2001/070	Postulat der FDP-Fraktion vom 22. März 2001: Wirkungskontrolle bei der Standortpolitik und den dafür wichtigen Gesetzen	31/05/2001
2001/213	Postulat von Peter Brunner vom 6. September 2001: Von der wirtschaftlichen Rand- zur Baselbieter Modellregion	13/12/2001
2001/212	Postulat von Krähenbühl Jörg vom 6. September 2001: Sicherheit während psychiatrische Betreuung in U-Haft / im Strafvollzug	24/01/2002
2000/245	Postulat der Grünen-Fraktion vom 30. November 2000: Schaffung einer zeitlich befristeten Kommission zusammen mit dem Kanton Basel-Stadt zur Erarbeitung einer kurzfristigen, mit Basel-Stadt koordinierten und zukunftsverträglichen Spitalplanung	07/02/2002
2000/260	Postulat der FDP-Fraktion vom 13. Dezember 2000: Erarbeitung einer koordinierten regionalen Spitalplanung	07/02/2002
2001/252	Postulat von Franz Ammann vom 25. Oktober 2001: Sparmassnahmen an den Kantonsspitälern	28/02/2002
2001/269	Postulat der SP-Fraktion vom 8. November 2001: Aufbau eines Kompetenzzentrums "Wirtschaftspolitik"	21/03/2002
2002/127	Postulat der Petitionskommission vom 28. Mai 2002: Für mehr Qualität im Gesundheitswesen	05/09/2002
1999/169	Postulat der FDP-Fraktion vom 2. September 1999: Optimierung der Transportinfrastruktur am Oberrhein und Hochrhein	17/10/2002
2002/268	Postulat von Urs Wüthrich vom 31. Oktober 2002: Briefpostzentrum muss in der Region bleiben!	14/11/2002
2002/088	Postulat von Agathe Schuler vom 21. März 2002: Jugendliche rauchen immer früher	14/11/2002
2002/099	Postulat von Paul Schär vom 18. April 2002: Förderung des Business Parcs Reinach und ähnlich gelagerter Projekte	14/11/2002
2002/250	Postulat von Roland Plattner vom 17. Oktober 2002: Gesundheitskosten - Gesundheitsförderung auch am Arbeitsplatz	28/11/2002
2002/229	Postulat der SP-Fraktion vom 19. September 2002: Nordwestschweizerisches Gesundheitskonkordat	28/11/2002
2002/073	Postulat von Roland Plattner vom 14. März 2002: Spitex wie weiter	28/11/2002
2002/231	Postulat von Madeleine Göschke vom 19. September 2002: Mehrfach geführte Zentrums-Kliniken zusammenlegen	28/11/2002

2002/159	Postulat der CVP / EVP-Fraktion vom 20. Juni 2002: UKBB und regionale Spitalplanung	28/11/2002
2002/270	Postulat von Madeleine Göschke vom 31. Oktober 2002: Bedarfsabklärung als Grundlage der gemeinsamen Spitalplanung	28/11/2002
2002/252	Postulat von Madeleine Göschke vom 17. Oktober 2002: Kenntnis der zukünftigen medizinischen Schwerpunktbildung in der Schweiz als Voraussetzung der regionalen Spitalplanung	28/11/2002
2002/271	Postulat von Madeleine Göschke vom 31. Oktober 2002: Medizinische Zentrumsbildung in der Region	28/11/2002
2002/199	Postulat der FDP-Fraktion vom 5. September 2002: Spitalplanung: Ergänzung der Grobmodelle	28/11/2002
2002/183	Postulat der FDP-Fraktion vom 5. September 2002: Spitalplanung: Angemessene Berücksichtigung der privaten Trägerschaften bei der koordinierten regionalen Spitalplanung!	28/11/2002
2002/189	Postulat der FDP-Fraktion vom 5. September 2002: Spitalplanung: Vertiefte Kostentransparenz und vergleichbare Betriebskostenrechnungen BL und BS	28/11/2002
2002/190	Postulat der FDP-Fraktion vom 5. September 2002: Spitalplanung: Behandlungspfade definieren zur Kosteneinsparung	28/11/2002
2002/191	Postulat der FDP-Fraktion vom 5. September 2002: Spitalplanung: Synergiepotential der BL-Spitäler nutzen	28/11/2002
2002/228	Postulat der SP-Fraktion vom 19. September 2002: Bedarfsgerechtigkeit als Eckwert in der Spitalplanung	28/11/2002

Landeskanzlei

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
1998/197	Postulat der FDP-Fraktion vom 15. Oktober 1998: Vereinfacht die Gesetzgebung	15/04/1999

2.4 Mehr als zwei Jahre alte Motionen seit der Überweisung

Über die Motionen, die nicht innert zwei Jahren seit der Überweisung erfüllt sind, hat der Regierungsrat dem Landrat eine besondere Vorlage zu unterbreiten.

Büro Landrat

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR

Keine

Bau- und Umweltschutzdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
1998/192	Motion der FDP-Fraktion vom 15. Oktober 1998: Wisenbergtunnel. Dem 2. Juradurchstich zum Durchbruch verhelfen	04/03/1999
1998/219	Motion von Emil Schilt vom 29. Oktober 1998: Bahn 2000 im Raume Liestal	04/03/1999

Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2000/213	Motion der FDP-Fraktion vom 2. November 2000: Integration der Hochschule für Pädagogik (HP) und der Höheren Fachschule für Soziale Arbeit (HFSA) als zusätzliche Departemente in die bestehenden Strukturen der FHBB	30/11/2000
2000/266	Motion von Remo Franz vom 14. Dezember 2000: Stärkung der Berufsausbildung	22/02/2001
2001/133	Motion der SP-Fraktion vom 10. Mai 2001: Der "Chance" eine Chance geben	31/05/2001
2001/067	Motion der FDP-Fraktion vom 22. März 2001: Für die Zukunftsicherung des Impulsprogramms "Qualifikation"	31/05/2001
2001/113	Motion der SP-Fraktion vom 26. April 2001: Aufbau eines Kompetenzzentrums für Rechnungswesen / Controlling an der Fachhochschule beider Basel	31/05/2001

Finanz- und Kirchendirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
1988/005	Motion von Ruth Heeb vom 11. Januar 1988: Einführung eines Taggeldes für einkommensschwache erwerbstätige und nicht erwerbstätige Mütter	13/11/1989
1988/006	Motion von Susanne Leutenegger Oberholzer vom 11. Januar 1988: Ausrichtung von Beiträgen an kleinkinderbetreuende Mütter oder Väter (sog. Mutterschaftsbeiträge)	13/11/1989
1999/074	Motion von Eric Nussbaumer vom 15. April 1999: Kantonales Konzept für die familienergänzende Kinderbetreuung II	02/09/1999
1999/198	Motion der SP-Fraktion vom 14. Oktober 1999: Ausarbeitung eines Berichts über die Staatsverschuldung und den allfälligen Abbau der Staatsschulden	13/01/2000
2000/023	Motion von Peter Tobler vom 27. Januar 2000: Das Baselbiet braucht ein modernes Haftpflichtrecht	04/05/2000
2000/113	Motion von Dieter Völlmin vom 18. Mai 2000: Einführung einer proportionalen Ertragssteuer für juristische Personen	02/11/2000

2001/034	Motion von Elisabeth Schneider vom 8. Februar 2001: Steuerabzug der effektiven Kinderbetreuungskosten	05/04/2001
2001/155	Motion der CVP / EVP-Fraktion vom 31. Mai 2001: Familienbesteuerung	13/12/2001

Kantonsgericht

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR

Keine

Justiz-, Polizei- und Militärdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2001/090	Motion von Bruno Krähenbühl vom 5. April 2001: Schaffung eines Gesetzes zur Förderung der Integration der ausländischen Wohnbevölkerung (Integrationsgesetz)	20/09/2001

Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2001/065	Motion der FDP-Fraktion vom 22. März 2001: Wirtschaftsförderungsgesetz den neuen Anforderungen anpassen	31/05/2001
2001/130	Motion von Esther Aeschlimann vom 10. Mai 2001: Aenderung des Gesundheitsgesetzes / Absatz E. Medizinische Hilfsberufe	29/11/2001
2001/154	Motion von Rita Kohlermann vom 31. Mai 2001: Geriatrieplanung im Kanton Baselland	29/11/2001

Landeskanzlei

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR

Keine

2.5 Im Jahre 2003 überwiesene, noch nicht erfüllte Postulate und Verfahrenspostulate

Büro Landrat

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR

Keine

Bau- und Umweltschutzdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2002/074	Postulat der FDP-Fraktion vom 14. März 2002: "Stopp der Kostenexplosion VI" Hoher Standart für Bauten und Anlagen	09/01/2003
2002/197	Postulat von Eric Nussbaumer vom 5. September 2002: Statistische Auswertung der kantonalen Beschaffung	20/02/2003
2002/200	Postulat von Patrick Schäfli vom 5. September 2002: Öffentliche Beschaffungen im Baselbiet	20/02/2003
2002/249	Postulat von Max Ritter vom 17. Oktober 2002: Beiträge für das Schleppschlauchverfahren der Landwirtschaft	10/04/2003
2003/046	Postulat von Eric Nussbaumer vom 6. Februar 2003: Nutzung des Adlertunnels für alle Nacht-Güterzüge	30/10/2003
2003/038	Postulat von Max Ribi vom 6. Februar 2003: Kantonaler Spezialrichtplan öffentlicher Verkehr	30/10/2003
2003/081	Postulat von Isaac Reber vom 27. März 2003: Urwaldfreundlicher Kanton	30/10/2003

Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2003/065	Postulat von Urs Wüthrich vom 20. Februar 2003: "wie weiter 2" - subito!	10/04/2003
2003/066	Postulat von Urs Wüthrich vom 20. Februar 2003: Lehrstellenoffensive	10/04/2003
2002/282	Postulat der CVP / EVP-Fraktion vom 14. November 2002: Fremdplatzierung von Kindern in Gastfamilien	08/05/2003
2002/283	Postulat der SP-Fraktion vom 14. November 2002: Finanzierung von stationären Platzierungen von Kindern und Jugendlichen sowie pädagogischen Familienbegleitungen	08/05/2003
2003/105	Postulat der SVP-Fraktion vom 8. Mai 2003: Geschichtliche Wahrheit nicht unter den Teppich kehren!	08/05/2003

2003/092	Postulat von Elisabeth Schneider vom 10. April 2003: Partizipation von Jugendlichen am politischen System	13/11/2003
2003/113	Postulat von Beatrice Fuchs vom 8. Mai 2003: Berufsberatung und Berufsinformation: regional und aktuell!	13/11/2003

Finanz- und Kirchendirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2002/069	Postulat der FDP-Fraktion vom 14. März 2002: "Stopp der Kostenexplosion lll" Konsequente Umsetzung § 35 Abs. 4 des Finanzhaushaltsgesetzes	09/01/2003
2002/146	Postulat der CVP-Fraktion vom 6. Juni 2002: Gezielte Steuerentlastung für AHV-Rentnerinnen und- Rentnern mit kleinem Einkommen	06/02/2003
2003/080	Postulat der CVP / EVP-Fraktion vom 27. März 2003: Vorlage eines neuen Finanzierungskonzeptes zwecks - mindestens teilweiser - Beseitigung der vorhandenen Deckungslücke der Basellandschaftlichen Pensionskasse	19/06/2003
2003/039	Postulat der Grünen-Fraktion vom 6. Februar 2003: Nachtflugsperre in Zürich verlangt Nachtflugsperre in Basel	04/09/2003
2002/325	Postulat von Robert Ziegler vom 11. Dezember 2002: Verwirkungsfrist bei der Prämienverbilligung gemäss KVG	18/09/2003
2003/017	Postulat von Remo Franz vom 23. Januar 2003: Wie kommen die staatlichen Dienstleistungen an?	18/09/2003
2002/324	Postulat von Peter Meschberger vom 11. Dezember 2002: Sozialabzug für behinderungsbedingte Mehrkosten	30/10/2003
2002/304	Postulat der FDP-Fraktion vom 28. November 2002: Erbschafts- und Schenkungssteuer bei der Unternehmensnachfolge	30/10/2003
2002/299	Postulat von Roland Laube vom 28. November 2002: Kinderabzug vom Steuerbetrag	30/10/2003
2002/309	Postulat der FDP-Fraktion vom 28. November 2002: Abschaffung / Milderung der Kapitalsteuer bei juristischen Personen	30/10/2003
2002/301	Postulat von Urs Wüthrich vom 28. November 2002: Steuerbelastung der Rentnerinnen und Rentner - wirtschaftliche Leistungsfähigkeit berücksichtigen	30/10/2003
2002/306	Postulat der CVP / EVP-Fraktion vom 28. November 2002: 600 Franken Kinderabzug vom Steuerbetrag	30/10/2003
2002/308	Postulat der FDP-Fraktion vom 28. November 2002: Milderung der wirtschaftlichen Doppelbesteuerung	30/10/2003
2002/310	Postulat der FDP-Fraktion vom 28. November 2002: Verrechnungsmöglichkeit von betrieblichen Verlusten mit Grundstückgewinnen	30/10/2003
2003/237	Postulat der FDP-Fraktion vom 16. Oktober 2003: Evaluation der Fachstelle für Gleichstellung von Frau und Mann	13/11/2003
2003/120	Postulat von Esther Maag vom 22. Mai 2003: Aufhebung des Verkehrsteuerrabattes	13/11/2003

2003/112	Postulat der CVP / EVP-Fraktion vom 8. Mai 2003: Neue Chancen für den beruflichen Wiedereinstieg	13/11/2003
2003/149	Postulat von Urs Baumann vom 19. Juni 2003: Bewahrung des AAA-Ratings des Kantons Basel-Landschaft durch Eindämmung des stetig steigenden Personalausbaues auf der Verwaltung	13/11/2003
2003/111	Postulat von Peter Meschberger vom 8. Mai 2003: Vereinfachung des Verfahrens für Steuererlassgesuche von Empfängerinnen und Empfänger von Ergänzungsleistungen und Sozialhilfen	13/11/2003
2003/119	Postulat von Urs Hintermann vom 22. Mai 2003: Anpassung des Verkehrssteuer-Rabatts	13/11/2003
2003/123	Postulat der CVP / EVP-Fraktion vom 22. Mai 2003: Der neue Lohnausweis, Kampf gegen die Bürokratie im KMU-Bereich	13/11/2003

Kantonsgericht

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2002/078	Postulat von Esther Maag vom 14. März 2002: Verhaltenskodex	30/10/2003

Justiz-, Polizei- und Militärdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2002/050	Postulat von Roland Plattner vom 28. Februar 2002: Effektives und effizientes Vernehmlassungsverfahren	23/01/2003
2002/032	Postulat von Christoph Rudin vom 7. Februar 2002: Revision des Gesetzes über den Ombudsman	23/01/2003
2001/025	Postulat von Peter Zwick vom 25. Januar 2001: Einsetzung eines Tierschutzanwaltes	23/01/2003
2002/230	Postulat von Dieter Völlmin vom 19. September 2002: Vermeidung der Mehrfachbestrafung bei SVG-Verstössen	27/03/2003
2002/302	Postulat von Eric Nussbaumer vom 28. November 2002: Bekanntmachung der KandidatInnen bei der Urnenwahl von RichterInnen	30/10/2003
2003/020	Postulat der FDP-Fraktion vom 23. Januar 2003: Bessere Vernetzung bei der Bekämpfung von Jugendgewalt und Jugendkriminalität	27/11/2003
2003/019	Postulat der FDP-Fraktion vom 23. Januar 2003: Erhöhung der sichtbaren Polizeipräsenz in Zentren und öffentlichen Räumen unseres Kantons	27/11/2003

Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2002/285	Postulat von Peter Zwick vom 14. November 2002: "Raum der Stille" in der Kantonalen Psychiatrischen Klinik Liestal	10/04/2003

Landeskanzlei

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR

Keine

2.6 In den Jahren 2002 bis 2003 überwiesene, noch nicht erfüllte Motionen

Büro Landrat

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR

Keine

Bau- und Umweltschutzdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2002/142	Motion von Max Ribi vom 6. Juni 2002: Änderung der Zuständigkeit zum Erlass und zur Genehmigung von kantonalen Nutzungsplänen	10/04/2003
2003/137	Motion von Remo Franz vom 12. Juni 2003: Sicherheitskonzept vor den Landrat	12/06/2003

Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
1998/112	Motion der FDP-Fraktion vom 28. Mai 1998: Für ein Konzept zur beruflichen Fort- und Weiterbildung (Erwachsenenbildung) im neuen Bildungsgesetz	06/06/2002
2003/090	Motion der GPK vom 10. April 2003: Revision des Gesetzes über die Leistung von Beiträgen zur Förderung kultureller Bestrebungen	18/09/2003
2003/188	Motion von Paul Schär vom 4. September 2003: Die Schule muss ein drogenfreier Raum werden!	13/11/2003

Finanz- und Kirchendirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2002/303	Motion der FDP-Fraktion vom 28. November 2002: Schuldenbremse	18/09/2003

Kantonsgericht

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR

Keine

Justiz-, Polizei- und Kirchendirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2002/192	Motion von Sabine Pegoraro vom 5. September 2002: Polizeiliche Wegweisung von Gewalttätern aus ihrer Wohnung bei häuslicher Gewalt	23/01/2003
2002/281	Motion von Fredy Gerber vom 14. November 2002: Konzept zur Einführung von Schnellrichterinnen und Schnellrichtern gegen die Massenkriminalität, insbesondere gegen den Drogenhandel	27/03/2003

Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2002/086	Motion der FDP-Fraktion vom 21. März 2002: Ausbau der Hafenbahn	14/11/2002
2002/194	Motion von Agathe Schuler vom 5. September 2002: Werbeverbot für Tabak und Alkoholgetränke auf Plakatwänden	10/04/2003
2002/193	Motion von Madeleine Göschke vom 5. September 2002: Werbeverbot für Tabakwaren	10/04/2003

Landeskanzlei

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR

Keine

Anhang 2: Initiativen (Stand der Bearbeitung)

1 Neue Initiativen

Im Jahr 2003 sind 4 (2002: 9) neue Initiativen eingereicht worden.

2 Beim Regierungsrat hängige Initiativen

Titel	**Wohnkosten-Entlastungs-Initiative**
Typ	Formulierte Gesetzesinitiative
Publikation der Vorprüfung	27. Dezember 2002
Eingereicht am	27. Januar 2003
Zustandegekommen (Publikation)	6. März 2003
Anzahl gültige Unterschriften	10'189
Landratsvorlage	2003 / 135 (Rechtsgültigkeit)
Behandlung im Landrat	18. September 2003 (Rechtsgültigkeit)

Titel	**KMU-Förderungsinitiative**
Typ	Formulierte Verfassungsinitiative
Publikation der Vorprüfung	18. September 2003
Eingereicht am	4. November 2003
Zustandegekommen (Publikation)	7. Januar 2004
Anzahl gültige Unterschriften	5719

Titel	**KMU-Entlastungsinitiative**
Typ	Formulierte Gesetzesinitiative
Publikation der Vorprüfung	18. September 2003
Eingereicht am	4. November 2003
Zustandegekommen (Publikation)	7. Januar 2004
Anzahl gültige Unterschriften	5667

Titel	**Höhere Kinderzulagen für alle**
Typ	**Nichtformulierte Volksinitiative**
Publikation der Vorprüfung	**11. April 2002**
Eingereicht am	**12. November 2002**
Zustandegekommen (Publikation)	**19. Dezember 2002**
Anzahl gültige Unterschriften	2197

Titel	**Für eine Schule mit Qualität (Qualitätsinitiative)**
Typ	Nichtformulierte Volksinitiative
Publikation der Vorprüfung	8. Februar 2001
Eingereicht am	17. April 2002
Zustandegekommen (Publikation)	30. Mai 2002
Anzahl gültige Unterschriften	1784

Titel	**Kantonsbeiträge für den Unterhalt der Gemeindestrassen in der 10 km-Zone für 40-Tonnen-Lastwagen**
Typ	Nichtformulierte Gemeindeinitiative
Publikation der Vorprüfung	-
Eingereicht am	23. Juni 1999
Zustandegekommen (Publikation)	1. Juli 1999
Eingereicht von den Gemeinden:	Aesch, Allschwil, Birsfelden, Giebenach, Münchenstein, Muttenz, Pratteln (Federführung) und Reinach.
Begründung der Fristüberschreitung	Ein Entwurf liegt vor, konnte aber aufgrund anderer Prioritäten noch nicht abschliessend bearbeitet werden.

Titel	**Faktor 4 - Energiekanton Basel-Landschaft**
Typ	Nichtformulierte Volksinitiative
Publikation der Vorprüfung	10. Juli 1997
Eingereicht am	7. Mai 1998
Zustandegekommen (Publikation)	28. Mai 1998
Anzahl gültige Unterschriften	1'529
Begründung der Fristüberschreitung	Es war die Absicht des Regierungsrates, die Faktor-4-Initiative im Rahmen der Revision des Energiegesetzes zu behandeln. Auslöser der beabsichtigten Gesetzesrevision waren ein Postulat und eine Motion im Zusammenhang mit der erwarteten Zustimmung des Volkes zum Elektrizitätsmarktgesetz (EMG) am 22. September 2002. Das EMG wurde aber in der Volksabstimmung abgelehnt. Eine Gesetzesrevision muss zurückgestellt werden, bis Klarheit über die neuen Aufgaben der Kantone im Strombereich besteht.

Titel	**Änderung von § 137 des Schulgesetzes**
Typ	Formulierte Gesetzesinitiative (Gemeindeinitiative)

Eingereicht am	9. Januar 1992
Zustandegekommen (Publikation)	23. Januar 1992
Landratsvorlage	2002 / 113 (vom Landrat am 5. Juni 2003 an den Regierungsrat zurückgewiesen)

3 Beim Landrat hängige Initiativen

Titel	**Für eine faire Partnerschaft**
Typ	Formulierte Verfassungsinitiative
Publikation der Vorprüfung	19. April 2001
Eingereicht am	17. April 2002
Zustandegekommen (Publikation)	30. Mai 2002
Anzahl gültige Unterschriften	1811
Landratsvorlage	2002 / 320
Kommissionsbericht vom	10. März 2003

Titel	**Spitalinitiative**
Typ	Nichtformulierte Volksinitiative
Publikation der Vorprüfung	12. April 2001
Eingereicht	27. November 2002
Zustandegekommen (Publikation)	23. Januar 2003
Anzahl gültige Unterschriften	1995
Landratsvorlage	2003 / 270

Titel	**Sicherheitsinitiative**
Typ	Nichtformulierte Volksinitiative
Publikation der Vorprüfung	12. April 2001
Eingereicht	27. November 2001
Zustandegekommen	23. Januar 2003
Anzahl gültige Unterschriften	1957
Landratsvorlage	2003 / 271

Titel	**Bildungsinitiative**
Typ	Nichtformulierte Volksinitiative
Publikation der Vorprüfung	12. April 2001
Eingereicht	27. November 2002
Zustandegekommen	23. Januar 2003
Anzahl gültige Unterschriften	1979
Landratsvorlage	2003 / 272

Titel	**Änderung der Rechtsform bzw. Verselbständigung der Basellandschaftlichen Pensionskasse (BL PK)**
Typ	Nichtformulierte Gemeindeinitiative
Publikation der Vorprüfung	-
Eingereicht am	10. April 2000
Zustandegekommen (Publikation)	20. April 2000

Anzahl gültige Unterschriften	Zustimmungsbeschlüsse von fünf Einwohnergemeinden
Landratsvorlage	2003 / 213

Titel	**Gewässer-Initiative Baselland**
Typ	Formulierte Gesetzes-Initiative
Publikation der Vorprüfung	17. August 2000
Eingereicht am	5. Februar 2002
Zustandegekommen (Publikation)	7. März 2002
Anzahl gültige Unterschriften	2841
Landratsvorlagen	2002 / 126 (Rechtsgültigkeit und Fristverlängerung) und 2003 / 183

4 Abstimmungsreife Initiativen

Keine.

5 Durch Eintreten, Volksabstimmung, Rückzug oder Ungültigerklärung erledigte Initiativen

Titel	**Optimale Verkehrsstau-Bewältigung (Anti-Stau-Initiative)**
Typ	Formulierte Gesetzesinitiative
Publikation der Vorprüfung	22. November 2001
Eingereicht am	18. März 2002
Zustandegekommen (Publikation)	25. April 2002
Anzahl gültige Unterschriften	10'067

Landratsvorlagen	2002 / 173 (Rechtsgültigkeit) / 2002 / 243
Kommissionsbericht vom	24. September 2002 / 17. Dezember 2002
Behandlung im Landrat am	17. Oktober 2002 / 9. Januar 2003
Abstimmung am	18. Mai 2003 (Initiative angenommen; 54'103 Ja : 31'466 Nein)

Titel	**Realisierung der 3. Tunnelröhre am Belchen (Belchentunnel-Initiative)**
Typ	Formulierte Gesetzes-Initiative
Publikation der Vorprüfung	22. November 2001
Eingereicht am	18. März 2002
Zustandegekommen (Publikation)	25. April 2002
Anzahl gültige Unterschriften	9701
Landratsvorlagen	2002 / 172 (Rechtsgültigkeit) / 2002 / 242
Kommissionsbericht am	24. September 2002 / 17. Dezember 2003
Behandlung im Landrat	17. Oktober 2002 / 9. Januar 2003
Abstimmung am	18. Mai 2003 (Initiative angenommen; 53'380 Ja : 33'316 Nein)

Titel	**Kostengerechte Vergütung von Solarstrom (Baselbieter Solarinitiative)**
Typ	Formulierte Volksinitiative
Publikation der Vorprüfung	10. Juli 1997
Eingereicht am	7. Mai 1998
Zustandegekommen (Publikation)	28. Mai 1998

Anzahl gültige Unterschriften	1'581
Landratsvorlage	2002 / 214
Kommissionsbericht vom	28. April 2003
Behandlung im Landrat	19. Juni 2003
Abstimmung am	30. November 2003 (Initiative abgelehnt; 17'929 Ja : 21'980 Nein Gegenvorschlag angenommen; 24'682 Ja : 14'401 Nein)

Titel	**Zukunftsgerichtete Wohneigentumsförderung**
Typ	Formulierte Verfassungsinitiative
Publikation der Vorprüfung	12. Dezember 2002
Eingereicht am	23. Dezember 2002
Zustandegekommen (Publikation)	21. Februar 2003
Anzahl gültige Unterschriften	6'713
Landratsvorlage	2003 / 075
Kommissionsbericht vom	2. Mai 2003
Behandlung im Landrat	22. Mai 2003
Abstimmung am	19. Oktober 2003 (Initiative angenommen; 59'301 Ja : 15'137 Nein)

Titel	**Wohnkosten-Gleichbehandlungs-Initiative**
Typ	Formulierte Gesetzesinitiative
Publikation der Vorprüfung	27. Dezember 2002
Eingereicht am	27. Januar 2003

Zustandegekommen (Publikation)	6. März 2003
Anzahl gültige Unterschriften	10'562
Landratsvorlage	2003 / 076
Kommissionsbericht vom	12. Mai 2003
Behandlung im Landrat	22. Mai 2003
Abstimmung vom	19. Oktober 2003 (Initiative angenommen; 52'232 Ja : 21'798 Nein)

6 Angemeldete Initiativen

Folgende zwei Initiativen sind 2003 erst zur Vorprüfung eingereicht worden (2002: 4):

– Formulierte Gesetzesinitiative „Familiengerechte Wohnkosten-Initiative“

– Formulierte Gesetzesinitiatve „Wieder-Einführung des Kinderabzuges vom Einkommens-Steuerbetrag (Familiengerechte Kinderabzugs-Initiative)“